DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
E-MAIL: contraste@online.de

333 29. JAHRGANG Juni 2012 4,50 €

AUS DEM INHALT:

GREEN ECONOMY

Früher war »Nachhaltigkeit«, heute ist »Green Economy«. Nachhaltigkeit war das Versprechen der ökologischen Modernisierung des krisenförmigen Kapitalismus mit mehr oder weniger sozialen Elementen – und darum geht es auch bei »Green Economy«. In 10 Thesen zeigt der »Arbeitsschwerpunkt Gesellschaftliche Naturverhältnisse« der BUKO, warum die Green Economy am Anspruch einer Ökologisierung der Wirtschaft unter den gegebenen kapitalistischen und imperialen Verhältnissen und vor dem Hintergrund eines unhinterfragten Fortschrittsglaubens scheitern muss. Seite 3

Schon vor dem Start des UNO-Umwelt- und Entwicklungsgipfels in Rio de Janeiro stellt sich Enttäuschung ein. Der alternative Gipfel »People's Summit« zeigt sich hingegen dynamisch und selbstbewusst. Die vorbereitenden Organisationen sind sich einig in der Ablehnung der marktwirtschaftlichen »Green Economy«. Seite 4

GENOSSENSCHAFTEN

Ende 2014 läuft der Konzessionsvertrag für das Berliner Stromnetz aus. Der Berliner Energietisch hat ein Volksbegehren zur Rekommunalisierung der Netze und für die Produktion regenerativer Energien in öffentlicher Hand gestartet. Nun hat sich auch eine Genossenschaft um die Konzession für den Netzbetrieb beworben. Seite 5

GEMEINSCHAFTEN

Auf dem Laakenhof wohnen zur Zeit 13 Menschen. Außerdem sind da noch fünf Angestellte, die im Laakenhof ein- und ausgehen, aber dort nicht wohnen. Hier lebt ein bunter Haufen Menschen, deren Bindeglied die Landwirtschaft ist. Seite 11

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

Das bundesweite Forum Solidarische Ökonomie bildete Anfang März mit ca. 200 TeilnehmerInnen in der Uni Kassel den Auftakt für den gezielten Aufbau eines Netzwerk Solidarische Ökonomie – mit Blick auf ähnliche Netzwerke, die jüngst beispielsweise in Lateinamerika, Italien, den USA und auf europäischer Ebene entstanden sind. Seite 12

Mit der Tagung »Solidarische Ökonomie und Selbstverwaltungsgesellschaft« sollte ein Beitrag zu den aktuellen Diskussionen über mögliche Alternativen zu einer »immer kurzatmigeren Politik einer Stabilisierung der globalen Ökonomie« geleistet werden, wie es in der Einladung hieß. Sie sollte sich auf die beiden Debattenstränge beziehen, in denen sich Gewerkschaften und ihr Umfeld einerseits und die ökologische bzw. globalisierungskritische Bewegung andererseits an der Entwicklung von Antworten auf die bislang einzigartige Zusammenballung ökonomischer, sozialer und ökologischer Krisen versuchen. Seite 13

www.contraste.org

ENERGIEWENDE

Windige Zeiten?

Neue Energiegenossenschaften setzen soziale und ökonomische Maßstäbe

**»Energiegenossenschaften stark im Kommen«, »Kahlschlag bei der Photovoltaik«, »Energiewende abgewürgt«, »Energiekommune des Monats mit Bürgerbeteiligung auf Erfolgskurs« – diese und ähnliche Schlagzeilen prägen in den letzten Monaten die Tagespresse. Geradezu von einer Achterbahnfahrt kann bei den Einschätzungen zur künftigen Rolle genossenschaftlicher Bürgerbeteiligung für die Entwicklung der Energiebranche gesprochen werden. Tatsächlich stimmen beide Tendenzen.
Die beeindruckenden Erfolge der Energiegenossenschaften für die Energiewende führen zu erheblichem Gegenwind. In der Windbranche lassen sich dennoch, wie der Schwerpunkt »Energiegenossenschaften« verdeutlicht, zahlreiche spannende Perspektiven aufzeigen.**

Die Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Windpark Streu & Saale wurde am 14. März 2012 als zukünftige Betreibergesellschaft des größten bayerischen Windparks gegründet. Es ist das innovativste und konsequenteste Beispiel für eine Bürgerbeteiligung im Bereich der Windenergie in Deutschland.

Von Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Im westfälischen Lichtenau können die Anwohner ihren Strom direkt vom benachbarten Bürgerwindpark beziehen. Für ihr Engagement ist die Gemeinde als »Energie-Kommune« des Monats Mai 2012 ausgezeichnet worden. Mit dem Titel würdigt die Agentur für Erneuerbare Energien vorbildliche kommunale Energieprojekte und stellt sie auf einem Infoportal (1) ausführlich vor. Um die Anwohner auch direkt einzubinden, hat die Stadt Lichtenau schon 2010 eine Energiegenossenschaft ins Leben gerufen. Sie betreibt Photovoltaikanlagen auf städtischen Dächern. Hier kommen drei Themenfelder zusammen, die für die »Energiegenossenschaftsszene« aktuell prägend sind:

- Von der Photovoltaik- zur Windenergieproduktion;
- Zunehmende Bedeutung der Kooperation von Genossenschaften und Kommune;
- Wachsende Rolle der Bürgerbeteiligung für die Energiewende.

Dezentralität und Bürgerbeteiligung

Dass Bürgerbeteiligung noch keine Selbstverständlichkeit ist, wird von Ursula und Michael Sladek, den bekanntesten Gesichtern der Schönauer Stromrebellen, auf den Punkt gebracht. In einem Interview machen sie deutlich, solange nur die Art der Stromerzeugung, nicht aber die Strukturen verändert werden, kann nicht ernsthaft von einer Energiewende gesprochen werden. Ihre Kritik an den aktuellen Entwicklungen: »Das Ausstiegsmodell der Bundesregierung beschränkt sich auf den Ersatz einer Großtechnologie, der Atomenergie, durch eine andere.« Sie sind überzeugt: »Der Ausbau kleiner, dezentraler Strukturen muss vorangebracht werden. Und das geht nur mit Bürgerbeteiligung.«

Schneller und effektiver als über reine Graswurzelaktivitäten gelingt dies durch gemeinsames Handeln von Bürgern und Politik. Am Beispiel der »Energiegemeinschaft Weissacher Tal eG« lässt sich sehr gut veranschaulichen, welche Synergien in der Zusammenarbeit einer Kommune mit ihren Bürgern stecken – umgesetzt durch genossenschaftliche Strukturen. Auch wenn eine organisatorische Unterstützung, Finanzmittel sowie die kostenlose Bereitstellung von Dächern für Photovoltaikanlagen für dieses »Geburtshelfer-Modell« von hohem Wert sind, entscheidend ist das Heben der Ressource »Vertrauen«. Kommt beides zusammen, sind Energiegenossenschaften in ihrer Weiterentwicklung kaum zu stoppen. Der Einstieg in die Windenergie und vielleicht sogar der Rückkauf der Netze sind die folgerichtigen weiteren angedachten Schritte.

In den meisten Fällen tasten sich Energiegenossenschaften sehr »behutsam« an das Thema Nutzung der Windenergie heran. »Nicht kleckern, sondern klotzen«, prägt dagegen das Vorgehen bei der Entwicklung des Windparks »Streu & Saale«. Er wird nicht nur der größte Windpark in Bayern, auch die Zahl der involvierten Energiegenossenschaften – sechs Ortsgenossenschaften, eine Regionalentwicklungsgenossenschaft und eine Betreibergenossenschaft – setzt neue Maßstäbe. Das erhebliche Volumen von 18 Windkraftanlagen angegangen bereits zu einem sehr frühen Zeitpunkt mit vorbildhafter Bürgerbeteiligung verbunden mit einem Verteilungsmodell für die Erträge, dass in der Windbranche neue »Maßstäbe« setzt. Dies zeigt: Eine genossenschaftlich getragene Energiewende bringt soziale und ökonomische Leuchttürme hervor.

Die Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Windpark Streu & Saale wurde am 14. März 2012 als zukünftige Betreibergesellschaft des größten bayerischen Windparks gegründet. Es ist das innovativste und konsequenteste Beispiel für eine Bürgerbeteiligung im Bereich der Windenergie in Deutschland.●

1) www.kommunal-erneuerbar.de

Schwerpunktthema Seite 7 bis 10

D 8008

Anzeige

HEBAMMENTAG 2012

Aktionen und Hintergründe

Der Beruf der Hebamme ist gesellschaftlich hoch angesehen. Nur wenige wissen, wie sehr sich die Arbeitsbedingungen für Hebammen über die Jahre verschlechtert haben.

Von Christine Bruhn, Berlin ● Die Kostenentwicklung im Gesundheitswesen und das Drängen auf Wirtschaftlichkeit und Kostensenkung sind natürlich auch an den Hebammen nicht vorüber gegangen.

Nur 7,50 Euro pro Stunde verdient eine Hebamme netto – so rechnete 2007 der Hebammenverband aus. Und um nur 1,5% wurde die Vergütung von Hebammen in 2010 angehoben – das ist ein weit unterdurchschnittliches Einkommen gegenüber vergleichbaren Berufen. Hinzu kommen die extrem stark gestiegenen Prämien für die Berufshaftpflicht: zum 1. Juli 2012 steht die nächste Steigerung an und Hebammen müssen dann mit einer Versicherungsprämie von rund 4.300 Euro jährlich rechnen. Immer mehr Hebammen sind aufgrund dieser Lage gezwungen, ihren Beruf aufzugeben.

Der rapide Anstieg von mehr Technik und Medizin in der Geburtshilfe, die Entwicklung vom »gebären« zum »entbinden« ist die zweite schlechte Nachricht für alle, die die Geburt als natürliches Geschehen begreifen: die Kaiserschnittrate hat sich in den letzten 20 Jahren verdoppelt und liegt momentan bei 32% und nur noch 7% aller Geburten verlaufen ohne technische oder medizinische Eingriffe! Bezogen auf die geburtshilfliche Arbeit und den Einsatz von Hebammen steht im Zuge dieser Entwicklungen etwas Gewichtiges auf dem Spiel: die Möglichkeit für Frauen und Paare, eine selbstbestimmte, natürliche Geburt ohne unnötige technische oder medizinische Eingriffe wählen zu können. Eine solche Geburt kostet Zeit und erfordert die kontinuierliche Begleitung durch eine vertraute Hebamme in sicherer Umgebung und solange, wie die Geburt dauert. Diese eins-zu-eins-Betreuung und Begleitung ist natürlich kostenintensiver, als in Klinik-Kreißsälen, wo eine Hebamme stets mehrere Frauen gleichzeitig betreut.

Es gibt genügend Hinweise darauf, wie wichtig die Geburt samt ihrer Rahmenbedingungen für den frühen Beziehungsaufbau ist, die Familienfindung und einen gelungenen Start fürs Stillen. Und wie belastend demgegenüber negative Geburtserlebnisse v.a. für die Frauen sind – und dies noch über Jahrzehnte hinweg. Die Geburt ist ein natürlicher Vorgang und insofern ist es sehr wichtig, Frauen darin zu bestärken, diesen Vorgang aus eigener Kraft, mit den eigenen Ressourcen auch zu bewältigen – ein wichtiges Anliegen jeder Hebamme.

Das hört sich gut und richtig an – und bewegt sich doch entlang der Frage, was sich eine Gesellschaft leisten will und kann und wer für die Kosten aufkommen soll. Die Gesetzeslage in Deutschland besagt, dass jede Geburt, auch im Krankenhaus, durch eine Hebamme begleitet werden muss. Eine ärztliche Begleitung ist erforderlich, wenn es Probleme gibt, nicht aber bei einem normalen Geburtsverlauf. Dass die Zunft der Hebammen so eine kleine Lobby hat, ist auf diesem Hintergrund besonders erstaunlich. Geburtshilfe in Deutschland ist jedenfalls mit einer Reihe berufs- und verbandspolitischer Fragen und Auseinandersetzungen verknüpft.

Die Proteste der Hebammen, die seit Jahren am 5. Mai, dem Internationalen Hebammentag, stattfinden, drehen sich um die finanzielle und inhaltliche Anerkennung der Hebammenarbeit. In diesem Jahr sind die vielfältigen Protestaktionen verstärkt in die öffentliche Aufmerksamkeit gelangt: zu Recht und hoffentlich mit mehr Aussicht auf Erfolg!●

Mehr Informationen:
www.evidero.de/artikel/mehr-geld-fur-geburtshelferinnen-die-hebammen-sterben-aus

AKTION 2012

CONTRASTE im Internet

»Eure Webseite ist richtig gut gelungen, ich freue mich schon auf die erste Papierausgabe«, so eine Neuabonnentin in ihrer Mail-Bestellung. Solches Lob erreicht uns häufiger. Zusätzlich scheint unsere Medien- und Projekteliste gut anzukommen, es gibt viele Anfragen, Neueinträge und Benachrichtigungen zu Adressenänderungen. Unsere Linklisten umfassen viele tausend Links von Projekten und Betrieben und wir sind bemüht, diese auch auf dem neuesten Stand zu halten.

Redaktion Heidelberg ● Anfang Juli 2012 findet unser diesjähriges Redaktionsplenum in Berlin statt. Eine gute Gelegenheit, unsere Redakteurinnen und Redakteure kennenzulernen und etwas über die Weiterentwicklung unseres Zeitungsprojektes zu erfahren. An diesem Wochenende werden die möglichen Schwerpunktthemen bis zum Sommer 2013 diskutiert und festgelegt. Details findet Ihr im Kasten.

Abokampagne

Erfreulich ist weiterhin unsere Aboentwicklung. Im Monat Mai 2012 gab es sechs Neuabos, leider aber auch wieder zwei Kündigungen. Wir benötigen noch 120+ Abos, um zukünftig auch ohne Spenden wirtschaften zu können.

Auf unserem Spendenkonto gingen im Monat Mai 649 EUR ein. Es fehlen uns nun noch 1.782 EUR für die Produktion in diesem Jahr.

Die Spenden:
- Wolfgang Bittlmayer, Eichstätt (5 EUR)
- Markus Blümel, Wien, Austria (49 EUR)
- N.N., München (90 EUR)
- Bernd Maier-Staud, Frankfurt (150 EUR)
- Stefan Merten, Kaiserslautern (300 EUR)
- Petra Milhoffer, Bremen (8 EUR)
- Hubert Wizemann, Stuttgart (25 EUR)
- Einzelverkauf Stuttgart (22 EUR)

Herzlichen Dank!

Adressänderungen

Nun noch etwas Wichtiges: In fast jeder Ausgabe weisen wir darauf hin, dass bei einem Umzug Zeitungen im Postzeitungsvertrieb trotz Nachsendeauftrag grundsätzlich nicht nachgesendet werden. Falls CONTRASTE wegen eines Umzuges nicht zugestellt werden kann, vernichtet der/die ZustellerIn unsere Zeitung und wir erfahren Eure neue Anschrift nicht, bis Ihr uns selbst die neue Anschrift mitteilt. Deshalb bitten wir Euch um Benachrichtigung bei einem Umzug an unsere Anschrift Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg oder per Mail: contraste@online.de.

TeilnehmerInnen am Lastschriftverfahren bitten wir bei der Änderung der Bankverbindung gleichfalls um eine Nachricht. Die beteiligten Banken belasten nicht ausführbare Lastschriften mit Beträgen zwischen 5,50 und 9 EUR.

Wir hoffen weiterhin auf Eure Unterstützung durch Umstellungen von Normalabos auf Fördermitgliedschaften (siehe Coupon auf dieser Seite) und/oder durch Spenden. Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05 (für Spenden bis 200 EUR ist der Einzahlungsbeleg für das Finanzamt ausreichend, bei höheren Beträgen versenden wir automatisch eine Spendenquittung). Kostenlose Überdrucke für die Werbung auf Treffen & Tagungen können bestellt werden unter contraste@online.de●

SPENDEN- UND ABOZÄHLER 2012

Das Zeitungsprojekt benötigt für 2012: 1.782 EUR

Das Ziel der Abokampagne: 120+ Neuabos

SOMMERPLENUM

Liebe CONTRASTE-LeserInnen, Ihr seid herzlich eingeladen, an unserem diesjährigen Plenum in Berlin teilzunehmen. Es findet am Samstag 7. (ganztags) und Sonntag 8. Juli (vormittags) in der Kreuzberger Regenbogenfabrik statt. Bitte meldet Euch an bei: post@elisabeth-voss.de, wir teilen Euch dann den genauen Ort und die Uhrzeit mit.

Change of Address !

Einstürzendes Hochhaus

Das Bild darf aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht gezeigt werden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen?

Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland, bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus.

Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg, einsenden.

Spendenkonto

Contraste e.V., Volksbank Darmstadt eG
BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 515 124 05
IBAN DE02508900000051512405
BIC GENODEF1VBD

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... Euro pro Jahr. (mindestens 62 Euro für Einzelpersonen, mindestens 154 Euro für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den Differenzbetrag zum Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen, ich zahle den vollen Mitgliedsbeitrag.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

elis.corner

Genossenschaften...

Von Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Die Genossenschaftsverbände in Deutschland haben zum Internationalen Jahr der Genossenschaften 2012 den Slogan »Ein Gewinn für alle – Die Genossenschaften« als klotzigen Schriftzug entwickelt (siehe CONTRASTE Nr. 329, Seite 12). Da haben genossenschaftliche AktivistInnen Jahr um Jahr versucht deutlich zu machen, dass es in Genossenschaften nicht um Gewinnerzielung, sondern um den Nutzen für die Mitglieder geht – und nun das. Mit dem »für alle« scheint es keine Interessengegensätze mehr zu geben. Diese Genossenschaften verstehen sich als »wichtiger Bestandteil der mittelständischen Wirtschaft« und als »Ein Gewinn für Deutschland«.

Viel sympathischer wirkt der Schriftzug der Vereinten Nationen zum Genossenschaftsjahr: »Cooperative enterprises build a better world«. Was direkt zu der Frage führt, wie das denn gehen kann mit dem Richtigen, oder wenigstens Besseren, so mitten im Falschen. Jan Kuhnert, Vorsitzender des Bundesverein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens, hat auf dem Eröffnungspodium des Forum Solidarische Ökonomie im März 2012 in Kassel Klartext geredet: »Es gibt keine genossenschaftliche Demokratie«, die Vorstände hätten zu viel Macht, darum könnten Genossenschaften nicht überzeugend begründen, was das Besondere an ihnen ist – nötig wären Transparenz und Stärkung der Mitgliederrechte, und damit auch eine Politisierung von Genossenschaften.

In der Regel führt das genossenschaftliche Demokratiedefizit nicht zu offen ausgetragenen Konflikten, sondern eher zu Passivität und Rückzug der Mitglieder. Hauptsache es läuft irgendwie, Beschlussvorlagen werden durchgewunken, Vorstände und Aufsichtsräte entlastet – von den oft wenigen Mitgliedern, die an der Generalversammlung überhaupt teilnehmen. In Berlin haben sich einige Mitglieder von Wohnungsgenossenschaften in der Initiative »Genossenschaft von unten« zusammen getan, um sich dagegen zu wehren, dass ihre Genossenschaften ihnen wie private Wohnungsunternehmen entgegentreten, indem sie zum Beispiel die Nutzungsentgelte für Wohnungen erhöhen, so weit es der Mietspiegel zulässt – statt sie auf die notwendige Kostendeckung zu reduzieren.

Eine Genossenschaft soll zum Nutzen ihrer Mitglieder wirtschaften. Nun gibt es zunehmend ein Bedürfnis nach ethisch vertretbaren und sicheren Geldanlagen, so dass z.B. Energiegenossenschaften relativ leicht umfangreiche Einlagen von Mitgliedern einwerben können. Dass diese auch verzinst werden, entspricht der Logik der herrschenden Ökonomie. Anders ließen sich ökologische Projekte kaum finanzieren, und es ist allemal besser, in Sonnen- und Windenergie zu investieren, als in spekulative Fonds oder Rüstungsaktien. Wenn allerdings der Investitionsdruck in Konkurrenz tritt zu kommunalen Investitionen in öffentliche Infrastrukturen der Daseinsvorsorge, dann besteht das Risiko, dass Genossenschaften als ökonomische und politische Akteure die Interessen einiger weniger AnlegerInnen gegen die Interessen der Allgemeinheit vertreten.●

Vereinte Nationen: »Cooperative enterprises build a better world«

IM E-MAIL-POSTFACH

elis.corner: »Veränderungslust beflügelt« in CONTRASTE Nr. 332

Bleibt, wer durch Veränderung des Geldsystems Grundlegendes ändern will, in der Fixierung auf die Austauschverhältnisse gefangen? Das Geldsystem betrifft die Austauschverhältnisse der Güter, ja, und seine Bedeutung geht darüber hinaus. Das Geld hat einen Doppelcharakter – es ist zugleich Äquivalent im Güterverkehr und NichtÄquivalent. Dies hat Folgen, z.B. im Geldverkehr. Dort ermöglicht es »Mehr-Wert«, und selbstverständlich nicht etwa, weil Geld arbeiten würde. Das tun ausschließlich Menschen. Dieser »Mehr-Wert« ist Ausdruck von Aneignung, von Verteilung, von Verteilungsmacht. Und woher rührt diese Macht des Geldes bzw. der »Geldbesitzer«? Sie können über etwas verfügen, auf dessen Nutzung alle anderen immer neu angewiesen sind. Und nur wenn die momentanen Geldbesitzer sich davon trennen, sei es durch eigene Nutzung – »Konsum« – oder durch Überlassung für eine Zeit lang an andere – »Kredit« – oder gar für immer – Schenken –, kann dieses Angewiesensein der anderen befriedigt werden. Dann können viele andere durch kurzzeitige Nutzung des Geldes ihren Bedarf befriedigen. Ein »Bedarf an Geld« ist dabei zunächst kein Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck. Dieses Angewiesensein auf das Zahlungsmittel ist diejenige Triebkraft, die die Kreditnehmer veranlasst, einen »Mehr-Wert« an die Kreditgeber abzuführen. Dieter Suhr hat dies in »Kapitalismus als monetäres Syndrom« sehr prägnant dargestellt (1).

Unter welchen Bedingungen wird produziert? Wer entscheidet, was hergestellt wird? Diese Fragen treiben auch Regiogeld-Initiatoren, Genossenschafts- und Gemeinschaftsbeteiligte massiv um. Darin liegt die grundlegende Frage nach den Bedürfnissen. Der o.g. Dieter Suhr schreibt dazu: »Nur das menschliche Bedürfnis entscheidet (S. 87) .... Wie aber können ... diese bedürftigen Menschen den Produzenten möglichst genau, möglichst direkt und möglichst unverfälscht mitteilen, welche Bedürfnisse sie haben und ob die Produkte ihre Bedürfnisse auch wirklich befriedigen?... Dadurch, dass innerhalb der Wirtschaft durch 'gesellschaftliche Tat' eine Äquivalentform der Waren, nämlich das Geld, hervorgebracht wurde, ist zugleich ein Messsystem entstanden, mit Hilfe dessen die bedürftigen Menschen ... signalisieren können, ob und in welchem Umfang sie ein Produkt 'wertschätzen'.« (S. 88). Dazu Marx, von Suhr zitiert: »Ob sie [die Arbeit] anderen nützlich (ist), ihr Produkt daher fremde Bedürfnisse befriedigt, kann aber nur ihr Austausch beweisen.« (Marx, Das Kapital, Band 1, S. 100 f.; alle Zitate Suhr, a.a.O.). So verweist bereits Marx auf diese Rolle des Austausches bzw. des Marktes. Selbstverständlich müssen dazu die »bedürftigen Menschen« über die entsprechenden Geldmittel verfügen. Wenn aber die Überlegenheit des Geldes über JEDES Gut auf Gütermärkten, also seine qualitative Nicht-Äquivalenz dafür sorgt, dass ein Mehr-Wert bzw. Mehr-Geld allein des Geldbesitzes wegen an Private fließt, ist diese Verfügung über Geldmittel auf Dauer für zunehmend mehr potentiell Marktteilnehmende unmöglich. Der Markt kann also das, was er auch nach Marx vom Prinzip her könnte, dann nicht leisten.

Insofern geht die Frage nach dem Geldsystem weit über die Frage nach Austauschverhältnissen hinaus. Auch was die Naturverhältnisse angeht, spielt das Geldsystem eine hervorragende Rolle. Es bietet die Möglichkeit, unseren Naturverbrauch zu dämpfen, ohne im einzelnen vorschreiben zu müssen, wer in welchem Maße wann was verbrauchen darf. Jeder »Konsum« bedeutet ja die Teilhabe an global hervorgebrachten Gütern, sei es die Banane, die wir nicht von Deutschen kaufen wollen, die interkontinentale Reise oder der Datenfluss. Der einfache Vorschlag der Einführung von Ökosteuern, deren Aufkommen direkt gleichmäßig pro Kopf zurück ausgeschüttet wird, also ein »Grundeinkommen mit ökologischer Lenkungswirkung«, ist in seiner Realisierung sehr komplex. Er beruht darauf, dass Verteuerung am Anfang der Produktionsketten bzw. dort, wo Naturgüter in die Produktion eingehen, die Produzenten ökonomisch motiviert, den Naturverbrauch zu verringern. Damit verbunden wird der Gebrauch von, die Nachfrage nach menschlicher Arbeitskraft steigen. Da Produzenten alle Kosten über die Preise weiter geben, führt das zu unterschiedlicher Verteuerung des Produzierten. Die Rückausschüttung ist notwendig, um diese Verteuerung der lebensnotwendigen Naturgüter überhaupt akzeptierbar zu machen. Verteuerung alleine schließt ja zunehmend mehr Menschen von der (direkten oder indirekten) Nutzung der Naturgüter aus.

Genau – Veränderungslust beflügelt, sie eröffnet eine Vielfalt von Strategien für das gute Leben aller, in individuellen wie auch gemeinschaftlichen Ansätzen, privat und institutionell, durch Kombination von Selbstversorgung, Fremdversorgung, Schenken und auch Leistungstausch – mit einem dienenden Geld, das stabiles(!) Wirtschaften und freie Kreativität unterstützt!

Alwine Schreiber-Martens
alwine.schreiber-martens@INWO.de

1) http://sozialoekonomie.info/Kritik___Antwort/Kritik___Antwort_2/AKG-2-4_Suhr/Suhr_Kapitalismus.pdf

DOKUMENTATION

Nach dem Scheitern der Green Economy

10 Thesen zur Kritik der Grünen Ökonomie

Früher war »Nachhaltigkeit«, heute ist »Green Economy«. Nachhaltigkeit war das Versprechen der ökologischen Modernisierung des krisenförmigen Kapitalismus mit mehr oder weniger sozialen Elementen – und darum geht es auch bei »Green Economy«. In 10 Thesen zeigen wir, warum die Green Economy am Anspruch einer Ökologisierung der Wirtschaft unter den gegebenen kapitalistischen und imperialen Verhältnissen und vor dem Hintergrund eines unhinterfragten Fortschrittsglaubens scheitern muss.

Von Arbeitsschwerpunkt Gesellschaftliche Naturverhältnisse (GesNat) der BUKO ● *Green Economy*-Strategien können die sozialen und ökologischen Widersprüche des Kapitalismus nicht aufheben, sondern allenfalls neu bearbeiten. Anders formuliert: Die kapitalistische Produktionsweise orientiert sich nicht an den Reproduktionsnotwendigkeiten von Mensch und Natur, die jedoch faktische Grenzen der Produktion darstellen. Durch eine *Green Economy* können diese nur verschoben werden. Wir argumentieren, dass die Bearbeitung gegenwärtiger Krisen in einem emanzipatorischen, internationalistischen und solidarischen Sinne mit einer Veränderung der bestehenden Wirtschafts- und Herrschaftsverhältnisse einhergehen muss. Unsere hier in einer Kurzversion vorgestellten Thesen verstehen wir als Beitrag zu Diskussionen und Suchprozessen nach einer emanzipatorischen sozial-ökologischen Transformation der Produktions- und Lebensweisen weltweit.

Wie schon beim Leitbild der Nachhaltigkeit versprechen die BefürworterInnen einer *Green Economy* die Versöhnung von Ökonomie, Ökologie und Sozialem. Entsprechend überschreibt das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) seinen programmatischen Bericht für die Rio+20-Konferenz aus dem Jahr 2011 mit dem Titel »Hin zu einer Grünen Ökonomie. Wege für nachhaltige Entwicklung und Armutsreduzierung«. Die gegenwärtige Auseinandersetzung um eine *Green Economy* unterscheidet sich jedoch von den Debatten und Strategien zu nachhaltiger Entwicklung zu Beginn der 1990er Jahre: Zum einen ist die technologische Basis der *Green Economy* heute deutlich weiter entwickelt als damals. Zum anderen wird die *Green Economy* zur Lösung einer tiefgreifenden (Wirtschafts- und Finanz-)Krise in den kapitalistischen Zentren angepriesen. Gerade aus der »schöpferischen Kraft der Krise« erfährt die *Green Economy* ihre besondere Attraktivität.

Wie so oft bei solchen Debatten werden mit der *Green Economy* jene Kräfte als Hoffungsträger ausgemacht, die für die Krise verantwortlich sind: Staaten und vor allem Markt und Kapital sowie die Orientierung an Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Mit der *Green Economy* werden die Triebkräfte des sozial und ökologisch desaströsen Kapitalismus nicht in Frage gestellt; sie sollen – im Gegenteil – für einen grünen Umbau genutzt werden.

Anzeige

ArchivCD.4

8 Jahre CONTRASTE auf CD-ROM!
1/2004 - 12.2010 und 10.1984 - 12.1985
zusätzlich:
BUNTE SEITEN 2012 - Das alternative Adressbuch
und
Reader der AlternativMedien - BRD/AUSTRIA/CH
Die CD kostet:
25 EUR (für CONTRASTE-AbonnentInnen)
20 EUR (für alle, die bei uns schon eine CD gekauft haben)
35 EUR (für Menschen ohne CONTRASTE-Abo)
+ jeweils 3 EUR (Ausland 4 EUR) Versandkosten
Info: www.contraste.org/archiv-cd.htm
Bestellungen an:
Zeitsprung-Verlag, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg
zeitsprung-verlag@online.de

Kritik der Green Economy

These 1: Die grundsätzliche Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Naturzerstörung ist im Kapitalismus nicht möglich.

Verschiedene neuere Konzepte einer *Green Economy*, verstanden als neue paradigmatische Wirtschaftsstrategie, teilen die Annahme, dass eine Entkopplung von kapitalistischem Wirtschaftswachstum und Naturzerstörung durch technologische und soziale Innovationen möglich sei. Das ist ein attraktives Versprechen. Schon auf der empirischen Ebene werden jedoch die Grenzen einer solchen Perspektive deutlich. Der so genannte Rebound-Effekt lässt erwarten, dass Einsparpotentiale von Effizienzmaßnahmen durch Mehrnachfrage aufgrund von Produktivitätssteigerungen und damit einhergehenden Kostensenkungen aufgezehrt oder sogar überkompensiert werden. Die Formel Effizienz = Sparsamkeit = weniger Naturzerstörung geht nicht auf: Effizienz- und Produktivitätssteigerungen kurbeln das Wirtschaftswachstum an, was sich wiederum in steigender Güterproduktion und steigendem Verbrauch von Energie und Naturelementen niederschlägt. Immer offensichtlicher wird: Wir benötigen ein Verständnis von gesellschaftlichem und individuellem Wohlstand, das Wohlstand nicht mit Wirtschaftswachstum gleich setzt.

These 2: Die Green Economy blendet Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse aus. Die soziale Frage wird auf Wachstum, green jobs und monetäre Armutsreduzierung verengt.

In der *Green Economy* haben Klassen-, Geschlechter- und ethnisierte Verhältnisse und Fragen gesellschaftlicher (Re)Produktion und globaler Arbeitsteilung keinen Platz. Die *Green Economy* sitzt einem Trugschluss auf, wenn sie die soziale Frage auf die Schaffung sogenannte grüne Jobs verengt – dies allein stellt nicht schon soziale Gerechtigkeit her. Das oberste Gebot kapitalistischer Produktion ist, Gewinne durch die Steigerung der Produktion von Gütern und Dienstleistungen zu machen bzw. zu erhöhen. Produkte, auch so genannte »grüne«, benötigen natürliche Ressourcen wie Seltene Erden oder landwirtschaftliche Güter – dies zeigt sich insbesondere bei der Erzeugung von Agrartreibstoffen.

Gewonnen werden diese Ressourcen im Bergbau oder auf Plantagen im globalen Süden. Die sozialen Bedingungen dort sind oftmals katastrophal. Bergbautätigkeiten unter Leitung internationaler Konzerne ziehen massive Vertreibungen und Umweltbelastungen nach sich. Beim Anbau von Rohstoffen für Agrartreibstoffe hat die lokale Nahrungsmittelproduktion gegenüber den Mobilitätsbedürfnissen der globalen Mittel- und Oberschicht das Nachsehen. Gleichzeitig forcieren kapitalstarke (trans-)nationale Unternehmen im Einklang mit nationalen politischen Eliten eine aggressive Landnahme (*land grabbing*). Statt soziale Ungleichheiten und rassistische, klassen- und geschlechtsspezifische Unterdrückung aufzuheben, münden die Strategien einer *Green Economy* in deren Zuspitzung.

These 3: Green Economy Strategien sind auf technologische Ansätze fixiert.

Green Economy Strategien folgen einem grün-technologischen Fahrplan. Wie schon in Modellen der ökologischen Modernisierung der 1980er Jahre geben technologische Innovationen und Know-How den Pfad der zukünftigen Entwicklung vor. Das Zauberwort heißt »Ressourceneffizienz«.

Gegen einen Ausbau erneuerbarer Energien und eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Es muss jedoch danach gefragt werden, wie dies erreicht werden soll und *welche* gesellschaftlichen Interessen dabei gestärkt werden. Die *Green Economy* setzt auf herrschaftsförmige Technologien, die zu einer zentralisierten, Energieproduktion und -versorgung durch Großunternehmen passen. So sind bereits heute immer gigantischere Windanlagen in den Ozeanen, die Wüstenstrom-Initiative »Desertec«, elektrobetriebene Automobilflotten oder der geplante Belo Monte-Staudamm im Norden Brasiliens Ausdruck einer herrschaftstechnologischen Problembearbeitung, die von ökonomischen und politischen Eliten kontrolliert wird und bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse verfestigt.

These 4: Die Green Economy entpolitisiert die Debatten um eine sozialökologische Transformation.

Die Debatten um eine *Green Economy* könnten perspektivisch in eine Entpolitisierung aktueller Krisendiskussionen münden und autoritäre Lösungsvarianten befördern. Krisenerscheinungen werden als Bedrohung der Gesellschaft oder der gesamten Menschheit *von außen* dargestellt, die nur durch scheinbar objektives und neutrales Expertenwissen und darauf beruhenden Entscheidungen unter Kontrolle gebracht werden können. Bestehende gesellschaftliche Widersprüche und soziale Konflikte werden im Glauben an die Wirksamkeit von Management- und Governance-Ansätzen und deren Alternativlosigkeit unsichtbar gemacht.

Green Economy und Grüner Kapitalismus

These 5: Die Green Economy forciert die Inwertsetzung von Natur unter dem Deckmantel ihres Schutzes.

Die kapitalistische Dynamik lebt davon, dass Arbeitskraft und Naturelemente wie Wasser, biologische Vielfalt, Gas, Öl oder die Atmosphäre zu verkaufbaren Waren werden. Grundlage dafür ist, dass Naturelemente zu »Ressourcen« werden und Eigentumsrechte an ihnen geschaffen und durchgesetzt werden. Ob es überhaupt sinnvoll ist, alles über Eigentumsrechte und Preise zu regulieren, wird nicht mehr gefragt. Die Hauptakteure dieser Prozesse werden als alternativlos dargestellt: Die produzierenden Unternehmen und Märkte, so die Grundidee der *Green Economy*, funktionieren dann richtig, wenn der Staat die richtigen Rahmenbedingungen setzt.

These 6: Die Green Economy favorisiert marktförmige Instrumente um der Vernutzung von Ressourcen, Ökosystemen und Senken zu begegnen.

Der globalisierte Kapitalismus macht die Atmosphäre, Ozeane oder Land, das als Mülldeponie genutzt wird, zur Deponie für vernutzte Ressourcen – zur Senke. Wir sprechen hier nicht nur von unserem Hausmüll, sondern auch von riesigen Seen, die aus der Schlacke der Metallproduktion in Ungarn oder im Amazonas entstehen. Als Mittel dagegen preist die herrschende Wirtschaftstheorie marktförmige Instrumente an. Die *Green Economy* will diesem Pfad folgen. Es muss sich »rechnen«, die Umwelt nicht zu verschmutzen und zu übernutzen. Offensichtlich ist das in der Klimapolitik, der Emissionshandel, in dem ausgestoßenen Treibhausgasen ein Preis gegeben wird. Bislang kommt es damit jedoch faktisch zu keiner Reduktion der Emissionen. Im Gegenteil: Kalkulierende Manager ahnen wahrscheinlich, dass sie im Jahr 2020 noch bessere Geschäfte machen, wenn weiterhin zu viel CO_2 emittiert wird.

These 7: Deutschland ist ein Paradebeispiel für die Etablierung einer herrschaftlich verfassten Green Economy.

Nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima sah sich die konservativ-liberale Regierung genötigt, die Energiekonzerne zu einer Abschaltung einiger Atomkraftwerke zu zwingen. Mit ihrer so genannten »Energiewende« forciert sie derzeit eine herrschaftliche Bearbeitung der sozial-ökologischen Probleme, die schon vor einigen Jahren begann. So fördert sie großtechnologische Ansätze wie die Offshore-Windkraft und ordnet die erneuerbaren Energien der Wettbewerbslogik unter. Deutschland ist ein Beispiel dafür, wie Elemente einer *Green Economy* vorangetrieben werden, ohne dass sich eine tatsächlich ökologische und soziale Produktions- und Lebensweise durchsetzt.

These 8: Die Green Economy ist sozial und räumlich selektiv und exklusiv.

Das Beispiel Deutschland zeigt auch: Die *Green Economy* wird an falschen Versprechen scheitern. Selektiv und sozial exklusiv mag es zwar gelingen, mehr grüne Elemente in Wirtschaft und Gesellschaft zu etablieren. Es mag in Europa zu einem Zuwachs an E-Mobilität kommen, erneuerbare Energien könnten wichtiger werden.

Neue grüne Anlagefelder für das krisengeschüttelte Kapital geben jedoch die falschen Anreize zur Bearbeitung der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise, weil sie auf Wachstum zielen. Mit einer nicht-nachhaltigen Produktions- und Lebensweise wird damit ebenso wenig gebrochen wie die Umweltdegradation oder die Übernutzung der globalen Senken gestoppt werden. Diese werden lediglich an die Orte verlagert, woher die notwendigen Rohstoffe stammen: in ländliche Regionen, den globalen Süden oder die Tiefsee. Gerade aus einer internationalistischen Perspektive müssen die drohenden Problemverschiebungen in andere Weltregionen kritisiert und unterbunden werden.

Emanzipatorische Alternativen zur Green Economy

These 9: Eine solidarische Gesellschaft baut auf radikaldemokratischen Entscheidungen auf, nicht auf der Wert- und Preislogik der Green Economy.

Statt die Verfügung über die natürlichen Lebensgrundlagen immer exklusiver zu gestalten gilt es, sie radikal zu demokratisieren. Abstrakt bedeutet dies, die Art und Weise, wie sich Gesellschaften Natur aneignen und wie sie darüber Ernährung und Wohnen, Kommunikation und Mobilität ermöglichen, zum Gegenstand demokratischer Auseinandersetzung zu machen.

Beispiele hierfür zeigen sich in nicht-kapitalistischen Formen des Umgangs mit Wasser, und Biodiversität, in dezentralisierter Energieversorgung auf der Basis erneuerbarer Energien oder in gemeinschaftlichen Formen des »Urban Gardening«. Eine Demokratisierung der gesellschaftlichen Naturverhältnisse beinhaltet die Demokratisierung der Technologieentwicklung ebenso wie die Überwindung ungleicher Geschlechterverhältnisse und rassistischer Diskriminierung.

These 10: Dem Green Economy-Diskurs müssen öffentliche Kritik und praktische Aktivitäten sozial-ökologischer Bewegungen entgegengesetzt werden.

Aus einer emanzipatorischen Perspektive ist es wichtig, nicht jede Form eines ökologischen Umbaus zu kritisieren, sondern speziell seine kapitalistische Variante in Gestalt der *Green Economy*.

Wir stellen uns auf die Seite derer, die mit emanzipatorischen Absichten und Zielen für eine tiefgreifende und weltweite Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft kämpfen. In Lateinamerika etwa werden aktuell Kämpfe um die Ausbeutung mineralischer Rohstoffe, den Bau von Großstaudämmen und die Monokulturisierung der Landwirtschaft geführt. Indem wir uns auf diese Kämpfe ebenso beziehen wie auf dortige Debatten um Alternativen zu herrschenden Entwicklungsmodellen öffnen sich Denk- und Handlungsräume, die mit dem Kitt der Grünen Ökonomie möglicherweise auf lange Sicht geschlossen werden.●

Eine Langfassung des Papiers findet sich unter www.buko.info

RIO+20: ALTERNATIVER GIPFEL PEOPLE'S SUMMIT

Selbstbewusste Zivilgesellschaft

Schon vor dem Start des UNO-Umwelt- und Entwicklungsgipfels in Rio de Janeiro stellt sich Enttäuschung ein. Der alternative Gipfel »People's Summit« zeigt sich hingegen dynamisch und selbstbewusst. Die vorbereitenden Organisationen sind sich einig in der Ablehnung der marktwirtschaftlichen Green Economy und haben es abgelehnt, am kurzfristig einberufenen »Dialog für Nachhaltige Entwicklung« der brasilianischen Regierung teilzunehmen.

Von Andreas Behn, Poonal ● Während die Verhandlungen über das Abschlussdokument der offiziellen UN-Konferenz Rio+20 auf der Stelle treten und die Zweifel am politischen Willen und Bewusstsein der Verantwortlichen immer größer werden, präsentieren die VeranstalterInnen des alternativen Gipfels klare Positionen und Lösungsansätze für die vielfältigen Krisenerscheinungen. Die Anmeldung von über 1.200 Veranstaltungen seitens Organisationen aus aller Welt und ein immer größeres Medienecho mit bislang 800 akkreditierten JournalistInnen verleiht dem People's Summit zunehmend Gewicht. Die jüngste Absage an die brasilianische Regierung, an einem angeblichen Dialog mit der Zivilgesellschaft teilzunehmen, unterstreicht das Selbstbewusstsein der sozialen Bewegungen in Lateinamerika.

Mitte Mai kam der Internationale Koordinierungsausschuss des Alternativgipfels zu einem weiteren Treffen in Rio de Janeiro zusammen. Trotz lebhafter Diskussionen unter den knapp Hundert VertreterInnen aus 35 Netzwerken und sozialen Bewegungen, die aus 13 Ländern angereist waren, wurde eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, deren Konsens eine grundlegende Kritik der Themen und Ausrichtung des offiziellen Gipfels ist. Diese Positionen sind die Diskussionsgrundlage des People's Summit, der sich zum Ziel gesetzt hat, die bislang eher isolierten Protestbewegungen in aller Welt zu bündeln, mit einem klaren Anspruch: Nicht im Protest verharren, sondern politisch zu intervenieren.

»Grüne Verkleidung« in der Kritik

Die UN-Konferenz »diskutiert weder eine Bilanz der Beschlüsse des Erdgipfels von 1992 noch die Ursachen der Krise. Statt dessen wird ein Bündel von Maßnahmen diskutiert, das irreführend »grüne Wirtschaft« (green economy, vgl. Seite 3) genannt wird, und die Errichtung eines neuen institutionellen Rahmens, um sie umzusetzen«, so der offene Brief, den der Internationale Koordinierungsausschuss am 12. Mai unter dem Titel »Um was es bei Rio+20 geht« veröffentlichte.

»Die heutige Produktions- und Konsumweise verschlimmert die Erderwärmung, die Klimakrise, den Hunger auf der Welt sowie den Verlust an biologischer und kultureller Vielfalt,« fährt das Dokument fort und beklagt, dass der Textentwurf der UN-Konferenz nicht diese Krisenursachen hinterfragt, sondern den Mythos eines unendlichen Wachstums bedient. »Das gescheiterte Wirtschaftsmodell wird grün verkleidet, um nun alle vitalen Zyklen der Natur dem Markt, der Privatisierung und dem Diktat der Technologie unterzuordnen. Genetisch veränderte Pflanzen, Agrosprit, die Nanotechnologie, Nuklearenergie und andere »technischen Lösungen« sollen den natürlichen Grenzen des Planeten und den vielfältigen Krisen entgegen gestellt werden, anstatt deren Ursachen zu thematisieren.«

Aufruf zum Boykott der UN-Agenda

Der offene Brief endet mit der Einladung, ab Mitte Juni in Rio de Janeiro der von Unternehmensinteressen dominierten UN-Agenda eine klare Absage zu erteilen und gemeinsam die bereits existierenden Alternativen zu diskutieren und zu konkretisieren. Als Angelpunkt dieser Alternativen werden unter anderem »die Ernährungssouveränität und die ökologische Landwirtschaft, die Verteidigung aller bedrohten (Menschen)rechte, die Verteidigung der öffentlichen Güter, die Durchsetzung des Rechts auf Land und auf eine lebensgerechte Stadt sowie der nachhaltige Schutz von Umwelt und Natur« genannt.

Bereits Anfang Mai stand der Koordinierungsausschuss vor der schwierigen Aufgabe, das Verhältnis des People's Summit zu der widersprüchlichen Politik der Regierung des Gastgeberlandes Brasilien zu klären. Widersprüchlich zum einen, weil Präsidentin Dilma Rousseff sich gerne als Hüterin der nachhaltigen Entwicklung darstellt, sich aber in der Praxis kaum ökologische Kriterien zu eigen macht. Zum anderen, weil die Regierung vorgibt, die gesamte Zivilgesellschaft großzügig in die Konferenz Rio+20 einzubeziehen, während doch kaum ein Wort der unzähligen Eingaben seitens sozialer Organisationen in der offiziellen brasilianischen Verhandlungsposition auftaucht.

Im März überraschte Dilma Rousseff mit der Initiative, in den vier Tagen vor Beginn der eigentlichen Konferenz – parallel zum People's Summit – einen »Dialog für Nachhaltige Entwicklung« einzuberufen. NobelpreisträgerInnen und andere Persönlichkeiten aus aller Welt werden auf Podien zu Wort kommen und über zehn ausgewählte Themen debattieren. Als Ergebnis sollen einige wenige Thesen erstellt werden, die dann Eingang in die UN-Debatte der Staats- und Regierungschefs finden sollen. Deren Erklärung wird zu diesem Zeitpunkt freilich schon formuliert sein.

Die Einladung der Regierung vom April, an diesem Dialog teilzunehmen, lehnte der Koordinierungsausschuss jetzt ab. In einer am 2. Mai veröffentlichten Erklärung kritisierten die Organisatoren des People's Summit, dass es sich nicht um einen wirklichen Dialog handele. »Der Vorschlag kommt von oben nach unten. Es ist die brasilianische Regierung, die Themen, Teilnehmer und Moderatoren bestimmt hat. Damit zeigt sie unzweideutig, dass sowohl der Dialog wie seine Ergebnisse von der Regierung kontrolliert sein werden.«●

Weitere Informationen:
http://npla.de/de/poonal http://rio20.net/en/
http://cupuladospovos.org.br/en/

Prozession in Altamira, Brasilien und Protest gegen das Staudammprojekt Belo Monte (vgl. Kasten). Bild aus dem Film »Count-Down am Xingu II« von Martin Kessler, www.neuewut.de

STUTTGART: THEMENABENDE ZU RIO+20

Kritisches Forum zum Erdgipfel
Der »People's Summit für Soziale und Ökologische Gerechtigkeit« findet vom 15. bis 23. Juni 2012 parallel zur UN-Konferenz über Nachhaltige Entwicklung (»Rio+20«) in Rio de Janeiro statt. Vor 20 Jahren wurden auf dem ersten »Erdgipfel« unter dem Schlagwort »Nachhaltigkeit« wegweisende Ansätze zur Lösung brennender globaler Umwelt- und Entwicklungsfragen angestoßen. Lokale Agenda, Klimakonferenzen, Artenschutzabkommen u.v.a. waren hoffnungsvolle Anzeichen eines neuen Umgangs miteinander und mit der Erde.

Heute ist die globale Situation mit einer Milliarde hungernder Menschen, ungebremstem Klimawandel u.v.a. bedrohlicher denn je. Bei der offiziellen Folgekonferenz »Rio+20« deutet vieles darauf hin, dass mit den Schwerpunkten »Grüne Wirtschaft« und »Global Governance« wenig ambitionierte Ziele verfolgt werden. Die Initiatoren des Peoples Summit bezweifeln, dass damit der, durch kapitalistische Produktions- und Konsummuster ausgelösten Krise des Planeten begegnet werden kann. Als Meilenstein von 20 Jahren sozialer, umweltpolitischer und globalisierungskritischer Kämpfe wird der People's Summit anhand von weiterentwickelten, nachhaltigeren Modellen und Forderungen ausgerichtet und eigene gelebte Alternativen präsentieren.

In der Stuttgarter Veranstaltung wollen wir:
• das aktuell diskutierte Konzept einer »Grünen Wirtschaft« vorstellen,
• diesem zivilgesellschaftlichen Ansätze für ein gemeinsame Leben miteinander und mit der Erde gegenüberstellen
• und am Ende die Frage stellen, wo unser Aufbruch heute stattfindet.

Die Veranstaltung soll einerseits zeigen, wie wichtig der Anstoß von Rio 1992 war, aber auch wie sich soziale Bewegungen heute noch intensiver für eine solidarische, ökologische und soziale Welt einsetzen können.

Stuttgart, Forum3, Fr. 22. Juni 2012, 19 Uhr: Diskussion und Tischgespräche mit Alexis Passadakis/AttacDeuschland, Live-Schaltung nach Rio de Janeiro mit Thomas Hirsch/Brot für die Welt

Film: Count-Down am Xingu II
Für die Indigenen des brasilianischen Amazonasgebietes ist der Xingu ein heiliger Fluss. Doch dieser Tage wird ihr Fluss geschändet. Der bislang unberührte Riesenstrom wird aufgestaut – zum drittgrößten Wasserkraftwerk der Welt: »Belo Monte«. Auch mithilfe deutscher Unternehmen wie Mercedes-Benz, Siemens und Voith. Um das Schwellenland Brasilien und internationale Aluminiumkonzerne mit »billigem« Strom zu versorgen. Dafür werden rund 600 qkm Urwald geflutet, über 30 000 Indigene, Flussbauern und Bewohner vertrieben. In seiner aktuellen Reportage »Count-Down am Xingu II« berichtet Martin Keßler über den Beginn der Bauarbeiten und den anhaltenden Widerstand.

Stuttgart: Kino Delphi, Mi. 13. Juni 2012, 19 Uhr, anschl. Gespräch mit dem Regisseur Martin Keßler. Info zum Film: www.neuewut.de

Beide Veranstaltungen im Rahmen von Stuttgart Open Fair
(www.sofa2012.de)

NETZWERK NEWS

Fördern – Vernetzen – Unterstützen

Netzwerk Selbsthilfe e.V. als staatlich unabhängiger politischer Förderfonds ist mit seiner Idee seit nunmehr 34 Jahren einzigartig. Sie wird auf drei Wegen umgesetzt. Direkte finanzielle Förderung durch einen Zuschuss, persönliche und individuelle Beratung sowie Vernetzung von politischen Projekten. Wir brauchen UnterstützerInnen und SpenderInnen, damit das Entstehen und Überleben vieler kleiner politischer, sozialer und alternativer Projekte möglich bleibt!

Mit Menschenrechten spielt man nicht!

Menschenrechte sind: »eine wichtige Querschnittsaufgabe, die sich durch alle Politikfelder zieht«.
(Außenminister Westerwelle zum Bundesbericht an die Menschenrechtskommission 2009-2012)

Weltweit sind nach Angaben der UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) 43 Millionen Menschen auf der Flucht vor Armut, Unterdrückung und Unfreiheit, vor Gewalt und Krieg. 43.362 von Ihnen stellten 2011 einen Asylantrag oder Folgeantrag in der Bundesrepublik. Von denen 22,9% (ca. 9.900) eine Erlaubnis auf Aufenthalt erhielten. Die restlichen 77,1% (ca. 33.462) leben unter einem prekären Aufenthaltsstatus in Lagern, bedroht von Abschiebungsmaßnahmen, getrennt von Verwandten und unter Beschneidung der Freiheit und Selbstbestimmung. Schon im Juni 2011 appellierte der UNHCR an die Staaten, bat um Mithilfe und erhoffte sich eine Zielverschiebung vor allem in der europäischen Asylpolitik. Die von EU-Geldern finanzierten »neuen« Internierungslager für Flüchtlinge muss wohl als Antwort der europäischen Politik angesehen werden.

Ungeachtet der menschenunwürdigen Lage von Asylsuchenden in Deutschland, propagiert die Bundesregierung zum Bericht der Menschenrechtskommission stolz den weltweiten Einsatz für Menschenrechte. Beginnt weltweiter Einsatz aber nicht vielleicht zuerst in der Bundesrepublik? Hinsichtlich der Lage von Asylsuchenden kann von einer »politischen Querschnittsaufgabe« nicht die Rede sein. Ein selektives Bleiberecht beispielsweise, das Menschen in nützliche – weil wirtschaftsstark – und unnütze – weil wirtschaftsschwach – einteilt, ist mit dem propagierten menschenrechtlichen Schlaraffenland Bundesrepublik nicht zu vereinbaren!

The Refugees – die Tour der Tausend Brücken

Die »Autofocus Videowerkstatt« wird eine ungewöhnliche Band, mit Musikern aus verschiedenen Staaten Afrikas, Russland und dem Balkan, auf ihren Konzerten durch Deutschland begleiten – »The Refugees«. Dieses Projekt entstand aus der Idee Heinz Ratz, der letztes Jahr durch 80 Städte tourte und seine Lieder in Flüchtlingsunterkünften sang. Er traf dabei auf exzellente, in ihren Heimatländern teilweise bekannte und erfolgreiche, Musiker aus aller Welt und initiierte mit ihnen die Band »The Refugees«, die 2012 auf Tour gehen werden.

Die »Autofocus Videowerkstatt« nimmt dieses Projekt als Anlass, um die desolate Situation von Flüchtigen in der BRD wieder in die Öffentlichkeit zu bringen. Die Besonderheit des Projektes ermöglicht es dabei, den Protagonisten auf Augenhöhe zu begegnen und sie nicht auf ihren Flüchtlingsstatus zu reduzieren. Im Fokus der Reportage stehen die Menschen und ihre Musik, dabei sollen aber die schwierigen Bedingungen nie außer Acht gelassen werden, unter denen sie in unserer Gesellschaft leben. Im Stil eines Roadmovies wird »The Refugees – Eine Reportage« die Musiker auf ihrer Tournee begleiten, die zwischen Reggae und Jazz ihre unsichere Situation immer vor Augen haben, da das gesamte Projekt immer von Behördenentscheidungen abhängig bleibt – der Erlaubnis, den Landkreis zu verlassen, drohende Abschiebung, Termine der Ausländerbehörde etc.●

Mehr Informationen zum Projekt:
http://1000bruecken.de

Stella Napieralla

Netzwerk Selbsthilfe e.V., Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin
www.netzwerk-selbsthilfe.de

KOMMUNAL ODER GENOSSENSCHAFTLICH?

Neue Energie für Berlin – aber wie?

Ende 2014 läuft der Konzessionsvertrag für das Berliner Stromnetz, das bisher von Vattenfall betrieben wird, aus. Der Berliner Energietisch hat ein Volksbegehren zur Rekommunalisierung der Netze und für die Produktion regenerativer Energien in öffentlicher Hand gestartet (CONTRASTE berichtete in Ausgabe 330, März 2012). Nun hat sich auch eine Genossenschaft um die Konzession für den Netzbetrieb beworben.

Von Elisabeth Voß, Redaktion Berlin ● Der Berliner Energietisch versteht sich als Teil einer wachsenden Bewegung gegen die Privatisierung der Daseinsvorsorge, denn: »Die Menschen haben verstanden, dass die Energieversorgung nicht in die Hand privater Unternehmen gehört, sondern Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge werden muss.«. Nun ist Vattenfall kein privater, sondern ein staatlicher Konzern – er gehört zu 100% dem schwedischen Staat. Als europäischer Konzern betreibt Vattenfall Kraftwerke mit fossilen Energieträgern (Stein- und Braunkohle, Erdgas und -öl) und Atomkraft. In Deutschland gehören Vattenfall die stillgelegten AKWs Brunsbüttel und Krümmel, sowie 20% des AKW Brokdorf. Für den Braunkohleabbau ließ Vattenfall in der Lausitz u.a. die Dörfer Horno und Lakoma abbaggern, weitere Orte sind bedroht. Auch das umstrittene Kraftwerk Moorburg in Hamburg wird durch Vattenfall errichtet. Der Konzern mit dem schönfärberischen Namen (Vattenfall bedeutet auf schwedisch Wasserfall) hat nur einen geringen Anteil regenerativer Energien in seinem Strommix, und fällt immer wieder durch Greenwashing auf.

In Berlin stellt sich nun die Frage nach Alternativen zum Netzbetrieb durch Vattenfall – an die Stelle des schwedischen Staatskonzerns soll ein regionaler Betreiber treten. Sowohl der Berliner Energietisch, als auch die Genossenschaft BürgerEnergie Berlin eG i.G. (eingetragene Genossenschaft in Gründung) wollen das Berliner Stromnetz für die Energiewende und für eine hundertprozentige Versorgung mit regenerativen Energien ausbauen. Die Gewinne aus dem Netzbetrieb sollen in der Region bleiben. Allerdings unterscheiden sich beide in ihren Vorstellungen davon, wer die Netze betreiben soll.

Die Genossenschaft sagt: »Energienetze gehören in die Hand der Bürgerinnen und Bürger.« Darum möchte sie das Stromnetz selbst kaufen: »Bürgerinnen und Bürger kaufen gemeinsam ihr Stromnetz, nutzen die Millionengewinne daraus sinnvoll und nehmen die Energiewende selbst in die Hand.« Der Energietisch möchte stattdessen die Netze in eine kommunale Anstalt öffentlichen Rechts überführen, und hat dafür ein Volksbegehren in die Wege geleitet.

Oh je, ein Staatsbetrieb, mögen viele SelbstverwalterInnen denken, dann doch lieber eine basisdemokratische Genossenschaft, ein Mensch – eine Stimme, unabhängig von der Einlage, das ist doch viel sympathischer. Allerdings ist auch eine Genossenschaft ein privatwirtschaftliches Unternehmen, das dem Nutzen für seine Mitglieder verpflichtet ist, nicht dem Nutzen für die Allgemeinheit – außer ihre Mitglieder entscheiden sich für eine gemeinnützige Ausrichtung. Auch die Tatsache, dass ein öffentliches Unternehmen in staatlichem oder kommunalem Eigentum ist, garantiert noch lange nicht, dass es auch im Interesse der Allgemeinheit wirtschaftet. Welche Interessen sich in der Geschäftspolitik durchsetzen, ist eine Frage der Macht.

Am Energietisch wurde diskutiert, wie ein öffentlicher Stromnetzbetreiber (und ein städtisches Stadtwerk zur Stromproduktion) so transparent und demokratisch gestaltet werden kann, dass es im Interesse aller BerlinerInnen sozial und ökologisch wirtschaftet. Der Gesetzentwurf, der zur Volksabstimmung gestellt wird, enthält Transparenzregeln und demokratische Beteiligungsmöglichkeiten. So sollen zum Beispiel jährliche Versammlungen der Bevölkerung das Recht haben, Empfehlungen an den Verwaltungsrat des öffentlichen Unternehmens auszusprechen, die von diesem behandelt werden müssen, ebenso wie Initiativen, die mit mindestens 3.000 Unterschriften versehen sind. Über Anliegen mit 5.000 Unterschriften muss eine KundInnenbefragung durchgeführt werden. Ein Teil der Mitglieder des Verwaltungsrats soll direkt gewählt werden. Dies ist ein Versuch, demokratische Einflussnahme auf ein Großunternehmen zu gewährleisten. Vier Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes soll das Abgeordnetenhaus prüfen, »über die Bestimmungen dieses Gesetzes hinausgehende Formen der Bürgerbeteiligung und demokratischen Kontrolle eingeführt werden.« (Gesetzentwurf des Energietisch)

Die Genossenschaft, die für den Netzbetrieb auch eine Partnerschaft mit dem Land Berlin nicht ausschließt, möchte die Entscheidungen über die Berliner Energiepolitik nicht dem Senat überlassen, sondern als (Mit-) Eigentümerin des Stromnetzes direkten Einfluss nehmen. Der Betrieb von Stromnetzen ist ein lukratives Geschäft. Die Genossenschaft meint dazu: »Vattenfall erwirtschaftet mit dem Betrieb des Berliner Stromnetzes regelmäßig Millionengewinne. Wir meinen: Gewinne aus dem Netzbetrieb sollten besser zu den Bürgern fließen. In der Hand der Berlinerinnen und Berliner werden die Gewinne regional wirksam. Und jeder Einzelne, der mitmacht, kann auch selbst profitieren: Ein Stromnetz ist eine sichere Anlage und erzielt in der Regel stabile Renditen.«

Aber wie fließen die Gewinne im Genossenschaftsmodell zu den BürgerInnen? In §4 der Satzung der Genossenschaft steht dazu: »(1) Über die Verwendung des Jahresüberschusses beschließt die Generalversammlung unter Beachtung der Vorschriften des Gesetzes und dieser Satzung. (2) Die Verteilung als Gewinnanteil erfolgt nach dem Verhältnis der Geschäftsguthaben bei Beginn des Geschäftsjahres, für das der Jahresabschluss aufgestellt ist.« Das heißt, die Gewinne fließen keineswegs »zu den Bürgern«, sondern zu den Mitgliedern der Genossenschaft – also zu denjenigen, die sich eine Beteiligung an der Stromnetz-Genossenschaft leisten können und wollen. Und wie werden diese Gewinne dann »in der Hand der Berlinerinnen und Berliner« regional wirksam? Mitglied der Genossenschaft kann jede und jeder werden, nicht nur BerlinerInnen. Die Gewinne aus dem Betrieb der Berliner Stromnetze werden also bundesweit an die Mitglieder der Genossenschaft als private Rendite ausgezahlt.

Zum Beispiel nach Baden-Württemberg – dort sitzt Aufsichtsrat Michael Sladek, Gründer der als »Stromrebellen« bekannt gewordenen EWS Schönau, der auch Aufsichtsratsvorsitzender der EiB – Energie in Bürgerhand eG ist (siehe CONTRASTE-Schwerpunkt »Energie in Bürgerhand – Hase oder Igel« in Ausgabe 302, November 2009). Dieser Genossenschaft war es innerhalb kurzer Zeit gelungen, etwa 30 Millionen Euro einzusammeln, mit denen sie sich an der Thüga AG beteiligen wollte. Der Deal scheiterte. Nun wollen EiB eG und EWS Netzkauf eG fusionieren. Diese hat sich u.a. um die Konzession für das Stuttgarter Stromnetz beworben. Eine Beteiligung am Stuttgarter Volksbegehren zur Rekommunalisierung lehnte EWS ab, EiB lieferte die Begründung: »Wir möchten, dass sich die Bürgerinnen und Bürger über eine Genossenschaft direkt an den Stadtwerken beteiligen können – somit wären dann die Stadtwerke nicht mehr zu 100% in kommunaler Hand, sondern zu einem bestimmten Prozentsatz in Bürgerhand. Dies widerspricht dem Bürgerbegehren – weshalb wir es nicht unterstützen können.« (EiB-Newsletter, 24.11.2011) Träger des Berliner Volksbegehrens zur Rekommunalisierung der Energieversorgung ist der Verein Bürgerbegehren Klimaschutz (BBK) – unter den BeraterInnen, die auf ihrer Website gelistet sind, findet sich auch Ursula Sladek, die Ehefrau von Michael Sladek und gemeinsam mit ihm Gründerin der EWS Schönau.●

(Die Zitate stammen von den Websites von Energietisch bzw. Energiegenossenschaft, Stand Mitte Mai 2012)

Berlin: Gemeinsame Ziele von Energietisch und Energiegenossenschaft

»Den Berliner Energietisch und die BürgerEnergie Berlin eG i. Gr. verbinden gemeinsame Ziele: Wir streiten für ein Stromnetz in der Hand von Berlinerinnen und Berlinern. Wir treten ein für eine ökologisch orientierte und demokratisch kontrollierte Energiewirtschaft und für ein zukunftsfähiges Stromnetz, das eine 100 Prozent erneuerbare Energieversorgung der Hauptstadt ermöglicht. Die Gewinne aus dem Betrieb des Berliner Stromnetzes sollen regional wirksam werden und zurück in die Stadt, nicht an Vattenfall fließen.

Wir haben uns für unterschiedliche Modelle entschieden, mit denen diese gemeinsamen Ziele erreicht werden können. Der Berliner Energietisch fordert mit einem Volksbegehren u.a. die Rekommunalisierung des Stromnetzes, die BürgerEnergie Berlin eG will Bürgerinnen und Bürger direkt am Netzkauf beteiligen. Eine Kombination beider Modelle hätte juristisch einige Schwierigkeiten beinhaltet, daher beschreiten wir verschiedene Wege.

Beide Initiativen tauschen sich jedoch regelmäßig aus und verstehen sich nicht als konkurrierende Kampagnen. Trotz der unterschiedlichen Wege, die unsere Initiativen verfolgen, eint uns das gemeinsame Ziel: Das Berliner Stromnetz gehört in die Hand von Bürgerinnen und Bürgern, nicht in die Hand von Vattenfall oder anderen Kohle- und Atomkonzernen.«

Quelle: Website des Berliner Energietisch – eine fast vollständig gleichlautende Erklärung findet sich auch auf der Website der BürgerEnergie Berlin eG i.G. Mehr Informationen:
http://berliner-energietisch.net und
www.buerger-energie-berlin.de

Energienetze in Hamburg und Stuttgart

Die Hamburger Bürgerschaft hat am 9. Mai 2012 beschlossen, 25,1% der Strom-, Gas- und Fernwärmenetze von E.ON und Vattenfall zurück zu kaufen. Voraussichtlich im Herbst 2013 wird – gleichzeitig mit der Bundestagswahl – der Volksentscheid zur hundertprozentigen Rekommunalisierung durchgeführt. »Unser Hamburg – unser Netz«:
http://unser-netz-hamburg.de

Das Bürgerbegehren zur Rekommunalisierung der Stuttgarter Wasser-, Strom-, Gas- und Fernwärmenetze wurde Ende April 2012 von der Stadtverwaltung als unzulässig erklärt – das wollen die Bürgerbewegten nicht so stehen lassen:
www.aktion-stadtwerke-stuttgart.de

REZENSION

Querfeldein durch den Genossenschaftsgarten

Zunächst ist es löblich, dass die TAZ zum internationalen Jahr der Genossenschaften ein Genossenschaftsbuch herausgibt. Der Genossenschaftsgedanke ist nämlich bisher äußerst spärlich zu diesem Ehrenjahr in den Medien zu finden. Als ich das Buch zu Gesicht bekam – direkt beim taz-Shop bestellt – freute ich mich auf 250 Seiten fundierte Lektüre. Am Ende dachte ich – weniger Seiten hätten auch gereicht.

Konny Gellenbeck bricht in der Einleitung eine Lanze für Genossenschaft. Ausgehend vom abgewirtschafteten Neoliberalismus beschreibt sie die immer schon vorhandene moralische Ökonomie genossenschaftlichen Wirtschaftens.

Der erste Abschnitt »Genossenschaften heute« beginnt mit der Beschreibung der Volks- und Raiffeisenbanken. Insider wissen, dass es außerordentlich hilfreich war, dass damals kollektive Geld- und Warensammelstellen für die bedürftige Bevölkerung entstanden. Leider ist der Genossenschaftsgeist heute weitgehend entfleucht. Als nächstes wird von einer neuen Energiegenossenschaft berichtet. Das ist noch handfest. Aber dann folgen Berichte über Hilfsgenossenschaften wo nicht auszumachen ist, wie viel Gehalt an Genossenschaft in diesen Wirtschaftszusammenschlüssen existiert. Greifbarer wird es zum Ende des Kapitels, wenn von der gemeinschaftlichen Organisation eines Dorfladens berichtet wird. Im Übrigen erfährt man beim Weiterlesen auch hier etwas über die kleinste Raiffeisenbank Deutschlands. Die allgemeine Medienaufmerksamkeit zu diesem Objekt scheint mir aber mehr durch die Exotik gespeist als dass gezielt die alten guten Grundsätze genossenschaftlichen Wirtschaftens vermittelt werden sollten. Wer vor kurzem noch in der Karl-Marx-Allee in Berlin-Neukölln die Ausstellung Le Grand Magasin besucht hat, bekam einen Überblick über die Produkte europäischer – vor allem osteuropäischer – Produktivgenossenschaften. Autor Helmut Höge hat sich drangehängt und länderbedingte Spezifika im Buch aufbereitet.

Das nächste Hauptkapitel ist überschrieben: »Aus der Geschichte der solidarischen Ökonomie«. Zur Zeit wird sich um den Begriff »Solidarische Ökonomie« viel Arbeit gemacht. 2006 und 2012 fanden in Berlin und Kassel Großveranstaltungen unter diesem Label statt. Ein paar Worte im Buch zum Begriff hätten gut getan. Am Anfang des Abschnitts erfährt man nochmals, wie Raiffeisen und Schulze-Delitzsch die ersten Schritte unternahmen. Politische Auseinandersetzungen, an denen Marx, Lassalle, Bismarck, beteiligt waren, werden rudimentär beschrieben. Auch Fourier und Kropotkin kommen zu Wort. Etwas ausführlicher und für mich interessant wird Robert Owens Lebenswerk dargelegt. Dann geht es wie Kraut und Rüben weiter. »Kibbuzim«, »New World Utopias«, »Genossenschaften im Weltraum?« – so die Überschriften. Die Kibbuz-Geschichte ist sicher lehrreich; die Betrachtung der Gemeinschaften, die sich im neuen Kontinent niedergelassen haben, ebenso. Aber die detaillierte Beschreibung, wie eine Genossenschaft im All installiert werden könnte, ist so absurd, dass sie nur als Satire aufgefasst werden kann. Ich denke, das ganze Buch leidet dadurch an Glaubwürdigkeit.

Abschnitt »Das taz-Wunder«: Die TAZ ist wirklich eine geglückte Genossenschaft. Kein Kommentar!

In dem Kapitel: »Die Wiederkehr der Commons« geht es drunter und drüber. Nebenbei, die Untersuchungen Elinor Ostroms sind, trotz Nobelpreis, viel zu wenig bekannt. Was allerdings Common im Ostromschen Sinne mit dem nachfolgenden Abschnitt über die Open Source-Bewegung zu tun haben soll, erschließt sich mir nicht. Bei den 1.000-jährigen Commons geht es um die harte Existenz ihrer Mitglieder, während Arbeit an Open Source aufgrund unseres gehobenen Existenzniveaus meist ohne materiellen Benefit auskommt.

Bettina Luise Harms fragt: »Können Kollektive von den Schwärmen lernen?« Abwechselnd folgen eine theoretische Reflektion und der Bericht über ein konkretes Projekt, welches sich »Projektwerkstatt auf Gegenseitigkeit (PaG) nennt. Was es damit auf sich hat bleibt meiner Meinung nach diffus. Schwärme gibt es vor allem im Tierreich. Es ist gewagt, vom Verhalten der Tiere auf das Verhalten von Menschen zu schließen. Tiere verhalten sich ausschließlich instinktiv – sie sind festgestellte Wesen. Der Mensch kann über sich selbst nachdenken. Die Variationsbreite seines darauf folgenden Handelns ist ungemein groß. Helmut Plessner würde sagen: Er ist das nicht festgestellte Tier. Eine Genossenschaft ist eine, von Mitgliedern bewusst geführte, demokratische Organisationsform und kein Schwarm.

Der letzte Beitrag ist überschrieben mit »Zeitlos glücklich«. Es folgt der Bericht über ein Amazonas-Volk, wo es ein konfliktfreies »Leben ohne Zahl und Zeit« gibt. Genossenschaft bedeutet aber, wie bei allen demokratischen Organisationsformen, der zivile Umgang mit Nichtübereinstimmung.

Zum Schluss sei gesagt, dass die Typisierung der spezifischen Genossenschaften im Buch manchmal willkürlich und ungenau ist. Kommuneähnliche Gebilde, wie Kibbuzim, wären besser mit Soziabilitätsgenossenschaft (Burghard Flieger) bezeichnet als mit Totalgenossenschaft. Produktivgenossenschaften werden im Buch meist als Produktionsgenossenschaften bezeichnet. In einer Produktivgenossenschaft ist das Genossenschaftsmitglied lediglich ArbeiterIn, jedoch zugleich TeilhaberIn; es hat keinen Selbstständigkeitsstatus. Bei einer Produktionsgenossenschaft sind die Genossenschaftsmitglieder selbstständig. Die Genossenschaft bildet als Hilfsgenossenschaft den Rahmen, um als Förderinstrument über die individuelle Wirtschaftstätigkeit hinaus Vorteile zu bieten.

Noch einmal: Es ist gut, dass sich die taz im internationalen Jahr der Genossenschaften mit diesem Buch als eG outet. Allerdings handelt es sich bei dem Buch um einen preisgünstigen Überflieger in großer Höhe.●

Konny Gellenbeck: Gewinn für alle! – Genossenschaften als Wirtschaftsmodell der Zukunft, Westend Verlag, Frankfurt/Main, 2012, 252 S., 12,99 EUR oder (Auflage begrenzt) bei shop@taz.de, 8,50 EUR zzgl. Porto

Anzeige

ZWEI AKTUELLE BÜCHER ZUM EIN- UND AUFMISCHEN

Couragiert und Gewaltlos

Zwei Bücher, die Mut machen einzugreifen ohne Gewaltmittel zu gebrauchen, möchte ich CONTRASTE-LeserInnen empfehlen: »Gewaltfreie Aktion«, herausgegeben von der Aktions-Trainerin Ulrike Laubenthal und dem Friedensforscher Reiner Steinweg, und Andreas Buros Autobiografie »Gewaltlos gegen Krieg«.

Der Sammelband von Laubenthal und Steinweg präsentiert eine Fülle von Beispielen aus verschiedenen Ländern aus Geschichte und Gegenwart, dazu Reflexionen und Schlussfolgerungen für zukünftige Aktionen, verfasst von AktivistInnen und AktionsforscherInnen. Die Lebenserinnerungen von Andreas Buro, Aktivist und Forscher in Personalunion, kann mensch mit Gewinn zur Veranschaulichung und Vertiefung verschiedener in der Textsammlung angesprochener Themen lesen.

Von Ariane Dettloff, Redaktion Köln ● Wer sich politisch widerständig einmischt, gerät bekanntermaßen nicht selten in bedrohliche Situationen. Flucht oder Angriff sind evolutionsbiologisch verankerte Reaktionen, die dann allzu leicht reflexhaft einsetzen. Dass der Weg der Gewaltfreiheit eher Erfolg verspricht, dokumentieren beide Bände anhand zahlreicher Erfahrungen. Vom Kampf gegen die Sklaverei im England des 18. Jahrhunderts unter anderem durch einen Zucker-Boykott über Ghandis Salzmarsch, den Frauen-Widerstand in der Berliner Rosenstraße gegen die Deportation ihrer jüdischen Männer 1943 und den Streik- und Boykott-Aktionen der United Farm Workers in den 1960er Jahren in Kalifornien bis zur gewaltfreien Beendigung der Marcos-Diktatur auf den Philippinen 1986 und den Castor-Blockaden neueren Datums im Wendland reicht die Palette.

Zu den wenig bekannten Beispielen gehört die paschtunische anti-imperialistische Bewegung der »Khudai Khidmatgar« (»Diener Gottes«). Sie wurde von Khan Abdul Ghaffar Khan, dem »pakistanischen Gandhi«, begründet und war als unbewaffnete soziale Widerstandsbewegung dennoch wie eine Armee organisiert. 25.000 Menschen (überwiegend Männer, aber auch einige hundert Frauen) gehörten ihr in den 1930er Jahren an. Die Khidmatgar bauten Schulen, reinigten Straßen, organisierten kulturelle Veranstaltungen und außerschulische Bildung für Jugendliche, veranstalteten Kochaktionen für die Armen und praktizierten Zivilen Ungehorsam gegenüber der britischen Herrschaft. Wurde einer von ihnen verhaftet, boten sich mit »Gefängnisfüllungskampagnen« auch alle anderen Mitglieder seiner Gruppe zur Verhaftung an. Die Khidmatgar waren einem alternativen Begriff von Männlichkeit verpflichtet: »sabr«, was so viel heißt wie Beharrlichkeit, Zurückhaltung, Geduld. Warum diese massenhafte gewaltfreie Bewegung hierzulande kaum beachtet worden ist, verwundert. Um so erfreulicher die Entdeckung in diesem Sammelwerk von Laubenthal/Steinweg.

Hildegard Goss-Mayr (sie war maßgeblich an der Vorbereitung des gewaltfreien Aufstands gegen den Diktator Marcos auf den Philippinen beteiligt) erläutert Elemente der »Gütekraft«. Ein wichtiger Punkt zur Überwindung des Marcos-Regimes war es, ihm die Stützen zu entziehen. Dazu gehörten Streiks und Boykotts, Non-Kooperation und Massendemonstrationen. Als weiteres wichtiges Element nennt sie Medien im Dienste der alternativen Gesellschaft. So begreife ich auch die CONTRASTE.

Coverbild: »Gewaltlos gegen Krieg. Lebenserinnerungen eines streitbaren Pazifisten«

»Gewaltfreier Widerstand ist aktiv oder dummes Geschwätz«

Zur gewaltfreien Aktion in innergesellschaftlichen Konflikten bemerkt der Politikwissenschaftler Egbert Jahn im Zusammenhang mit seinen Erfahrungen beim Kampf um die Startbahn West des Frankfurter Flughafens in den 80er Jahren: »Erster Grundsatz des gewaltfreien Widerstands ist, dass er nichts mit der Gewaltlosigkeit des Nichtstuns, der Passivität, des unterwürfigen Erleidens von Unrecht und Gewalt zu tun hat. Gewaltfreier Widerstand ist aktiv oder dummes Geschwätz.« Im Unterschied zum gewaltsamen Widerstand, so Jahn, sei gewaltfreier Widerstand die »Äußerung von geistiger, psychischer, moralischer Kraft.«

In seiner Analyse der Erfolgsbedingungen der Umwandlung des Truppenübungsplatzes »Bombodrom« in die »FREIe HEIDe« im Land Brandenburg stellt Roland Vogt heraus, wie wichtig dabei das Gewinnen von Bündnispartnern aus verschiedensten Bevölkerungskreisen gewesen ist – eine Erkenntnis, die bei etlichen der in dem Buch dargestellten Aktionen eine wichtige Rolle spielt. Auch spektakuläre Bilder trugen ihr Teil dazu bei – etwa, wenn Tausende gemeinsam ein Friedenszeichen bildeten.

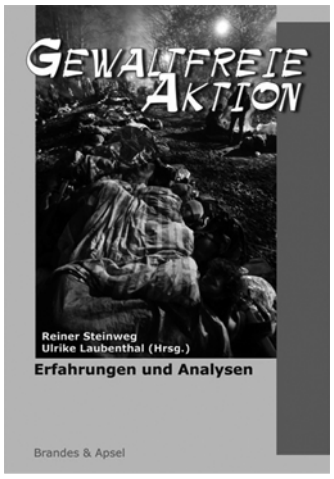
Verallgemeinerbare Anregungen ergeben sich immer wieder beim Lesen der Beiträge – sei es über den Castor-Widerstand im Wendland, den Bürgerprotest gegen »Stuttgart 21« oder den Zivilen Ungehorsam gegen Genmais-Anbau. Auch der Versuch, die israelische Blockade von Gaza im Mai 2010 mit einigen Schiffen mit Hilfsgütern zu durchbrechen, der seitens Israels mit neun Menschenleben geahndet wurde, wird reflektiert. In diesem Kontext betont der USamerikanische Friedensforscher Michael Nagler die neurophysiologische Kapazität des Menschen für Empathie.

Besonders ansprechend wirken pfiffige Aktionen wie zum Beispiel die Verwendung der Abbildung der sowjetischen Skulptur »Schwerter zu Pflugscharen« durch DDR-BürgerrechtlerInnen zur Wendezeit. Christian Führer, damals Pfarrer in der Leipziger Nikolaikirche, berichtet: »Überall in der Öffentlichkeit, wo dieses Zeichen auftauchte, wurde es abgerissen. Die Polizisten machten Jagd darauf, aber die wussten offenbar gar nicht, was das ist.«

Gerade das Beispiel der gewaltfreien Revolution in der DDR hat einmal mehr gezeigt, dass die Herrschenden immer auf Unterstützung durch die Beherrschten angewiesen sind. Genau darin besteht die Macht von unten, diese Passiv-Komplizenschaft aufzugeben. Voraussetzung dafür ist laut Friedensforscher Martin Arnold die Bereitschaft zu fragen, wo wir selbst auch Teil des Problems sind. Um gewaltfrei aktiv zu werden, hilft es außerdem sehr, sich an Geschichte und Tradition gewaltfreier Interventionen zu erinnern. Dazu sind in Steinweg/Laubenthals Kompendium eine Vielzahl erfolgreicher Beispiele zu finden, was dafür spricht, Arnolds Aussage Glauben zu schenken, gewaltfreie Aufstände seien im 20. Jahrhundert doppelt so oft erfolgreich gewesen wie gewaltsame. Aber auch in diesem Zusammenhang gilt: Erfolge kommen nicht wie das Morgenrot nach durchschlafener Nacht, sondern sie wollen gut vorbereitet sein.

Gewaltfrei Handeln ist lernbar

Dazu dienen vor allem Trainings für Gewaltfreiheit. Dass die – speziell in den USA – eine lange Tradition haben, gehört wie vieles andere in diesem aufschlussreichen Buch zu den wenig bekannten Fakten. So nutzten die QuäkerInnen in ihrem Kampf gegen die Sklaverei seit 1730 Formen des Widerstands, die AktivistInnen bis heute einsetzen wie z.B. Unsichtbares Theater, Stofftaschen mit Antisklaverei-Slogans usw. – erfunden in Meetings, die im Konsensverfahren tagten. Trainings in Gewaltfreiheit sind mittlerweile bis in Volkshochschulen verbreitet, doch hat sich, so Trainer Uwe Painke, ihr Anwendungsbereich hierzulande eher entpolitisiert. Schon zu Beginn der 90er Jahre kritisierte der indische Trainer Ramjee Singh: »Wir geben alljährlich mehr als 500 Milliarden Dollar aus, um Soldaten für den Krieg auszubilden und Kriegsmaschinerien zu kaufen, aber wir denken nicht daran, die Wissenschaft vom Frieden in unseren Stundenplan einzufügen.«



Gerade den Werkzeugcharakter ziviler Methoden zu verdeutlichen hält Konrad Tempel für entscheidend, um die Hürden für EinsteigerInnen flach zu halten. Nachdrücklich warnt der langjährige Friedensaktivist davor, durch besserwisserisches Hervorkehren eigener Erfahrungen und Einsichten potentielle Partner zu verschrecken. Verbreitete Missverständnisse gewaltfreien Handelns bearbeitet der Sozialforscher Wolfgang Hertle in seinem Beitrag »Stärke durch Vielfalt«: »Gesellschaftskritiker, die zur notwendigen Veränderung Gegen-Gewalt nicht ausschließen oder sogar als gerechtfertigt ansehen, vermuten hinter der Position der Gewaltfreiheit die Blindheit von Liberalen gegenüber den Gewalt enthaltenden Verhältnissen oder gar eine raffinierte Form der Integration von Widerspruch und Protest in das bestehende Herrschaftssystem.« Er betont, dass gewaltfreie Aktionen zugleich Lernfelder für weitergehende Gesellschaftsveränderung sein sollten. Deshalb sei es wichtig, »dass gewaltfreie Aktionsgruppen sich ernsthaft um Austausch und Gesprächskontakt mit den »Einheimischen« bemühen, auch wenn dies anstrengender ist als im Kreis Gleichgesinnter und Gleichaltriger aus den vertrauten Milieus zu bleiben.« Und Laubenthal gibt anlässlich der Debatte um die Kampagne »NATO-ZU« in Straßburg 2009 zu bedenken: »Je mehr eine Bewegung in der Bevölkerung verankert ist, umso höher der politische Preis, gegen diese Bewegung mit Gewalt vorzugehen.« Abgerundet wird das Handbuch mit einer Kontaktliste für Trainingsangebote in der Bundesrepublik, Österreich und der Schweiz und ausführlichen Literaturhinweisen.

Bruch mit dem kriegerischen Grundmuster von Politik

Einer der 25 AutorInnen ist auch der Politologe und Mitbegründer des »Komitee für Grundrechte und Demokratie« Andreas Buro. Gleichfalls 2011 veröffentlichte der Professor und Friedensaktivist seine Autobiografie, verknüpft mit Analysen und Reflexionen. Bescheiden, zuweilen ironisch oder auch lakonisch, immer nachdenklich und gut nachvollziehbar, schildert er seine Lern- und Wachstumsprozesse, beginnend mit seiner Flakhelferzeit als 16jähriger Junge 1944 (»Dass in dem feindlichen Flugzeug ein Mensch saß, ist uns nach meiner Erinnerung nicht in den Sinn gekommen«) über die 68er Jahre in Frankfurt mit der Gründung des »Sozialistischen Büros« (SB), den Jugoslawienkrieg in den 90er Jahren, als Buro gemeinsam mit anderen die Initiative »Den Krieg überleben« startete, bis zu den aktuellen out-of-area-Einsätzen der Bundeswehr und seinem Engagement dagegen, aber auch für Zivile Konfliktbearbeitung. In seiner Exitstrategie aus dem Afghanistankrieg plädiert Buro unter anderem für die Entwicklung angepasster Technologien für die Produktion von Gebrauchsgegenständen vor Ort, wofür die GTZ, Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (jetzt GIZ, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) Projekte entwickeln solle. 2003 publizierte er gemeinsam mit Clemens Ronnefeldt vom Internationalen Versöhnungsbund ein Dossier zum Israel-Palästina-Konflikt. Darin wird unter anderem die hiesige Friedensbewegung aufgefordert, die Stimmen des »anderen Israels« und des »anderen Palästinas« hörbar zu machen.

Mensch lernt in dieser aufschlussreichen Biografie aber nicht nur Werke und Aktionen des Autors kennen, sondern auch die Person. Das ist besonders für jene unter uns, die ihn aus politischen Zusammenhängen kennen, interessant. Wir begegnen einem sympathischen, selbstkritischen und außerordentlich hilfsbereiten Menschen, der es zudem verstanden hat, einen großen Freundeskreis zu pflegen.

2008 wurde Andreas Buro der Aachener Friedenspreis verliehen. Am Ende seiner »Lebenserinnerungen eines streitbaren Pazifisten« verweist der Autor auf seinen gemeinsam mit Arno Klönne verfassten Aufsatz »Der militärische Sieg gegenüber dem Faschismus ist kein geeignetes Argument gegen den Pazifismus. Eine Überprüfung pro-militärischer Argumentationen«, der 2003 erschienen ist. Darin heißt es: »Pazifismus ist kein kurzfristig wirkendes Wundermittel, um aufeinander zurasende Militärzüge noch vor dem Zusammenprall zu stoppen. Pazifistische Politik ist langfristig angelegt und anzulegen. Sie zielt graduelle Erfolge an, nutzt aktuell bestehende Spielräume. Aber sie hat nichts weniger im Sinn als einen Bruch mit jenem kriegerischen Grundmuster von Politik, das immer noch als Normalität gilt.« Dem ist sicherlich zuzustimmen. Auch mir ist das Totschlagargument, Hitler sei nur mit Gewalt beizukommen gewesen, oft genug um die Ohren geflogen. Es zu widerlegen hilft nicht nur die Lektüre der beiden hier vorgestellten Werke, sondern auch das dünne Bändchen »Gewaltfrei gegen Hitler?«, herausgegeben von der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden. Das möchte ich dem CONTRASTE-LeserInnen-Kreis demnächst vorstellen.●

Reiner Steinweg, Ulrike Laubenthal (Hg.): Gewaltfreie Aktion. Erfahrungen und Analysen Frankfurt/Main 2011 (Brandes & Apsel), 287 Seiten, 21,90 EUR

Andreas Buro: Gewaltlos gegen Krieg. Lebenserinnerungen eines streitbaren Pazifisten, Frankfurt/Main 2011 (Brandes & Apsel), 325 Seiten, 24,90 EUR

Anzeige

BAUSTOPP DURCHSETZEN

Endlager blockieren!
Noch bis 13. August 2012

Jetzt als Gruppe
1 Tag Blockade übernehmen.
Freie Termine auf
www.gorleben365.de

gorleben365, Lange Straße 8, 29451 Dannenberg
Fon 05861 / 806 95 14, Fax 05861 / 806 95 16, kontakt@gorleben365

Spendenkonto: X-tausendmal quer, Stichwort: gorleben365
Konto: 24422803, BLZ: 25861990, Volksbank Clenze

INTERVIEW

GENOSSENSCHAFTEN

Die Energiewende gelingt... ... nur mit dezentralen Strukturen

Der Ausstieg aus der Atomenergie ist beschlossene Sache, aber ebenso wie Fukushima längst aus den Schlagzeilen verschwunden. Was ändert sich nun wirklich? Für eine echte Wende muss noch viel getan werden, meinen die Schönauer Stromrebellen. Das Interview mit Michael und Ursula Sladek von der Energieverbrauchergenossenschaft Netzkauf eG führten Dietrich Roeschmann, Hans Schmid und Martin Wiedemann.

Ursula und Michael Sladek sind von den Schönauer Stromrebellen bundesweit am bekanntesten. Beide engagieren sich in der Energieverbrauchergenossenschaft Netzkauf eG in verantwortlichen Positionen

Der Atomausstieg ist perfekt, erneuerbare Energien werden massiv gefördert, jeder große Energieversorger hat plötzlich Ökostrom im Angebot. Haben Politik und Wirtschaft die Lehren aus Fukushima gezogen?

Michael Sladek: Schön wär's. Aber der Atomausstieg, den die Bundesregierung jetzt beschlossen hat, stellt lediglich die von Rot-Grün verabschiedete Situation wieder her, die bis vor knapp zwei Jahren galt und dann von Schwarz-Gelb gekippt wurde. Eine wirklich positive Folge von Fukushima dagegen ist, dass es in Deutschland jetzt erstmals ganz deutlich belegbar einen breiten gesellschaftlichen Konsens über die Notwendigkeit des Atomausstiegs gibt. Davor konnte auch die Bundesregierung die Augen nicht mehr verschließen.

... und nahm prompt acht Atomkraftwerke vom Netz. Das klingt doch nach einer guten Nachricht.

Ursula Sladek: Zumindest ist es ein positives Signal. Zum einen, weil es ein Umdenken der Regierung andeutet, aber auch, weil damit klar wurde, dass Atomkraftwerke keineswegs unentbehrlich sind: Nirgendwo ging wegen ihres Fehlens das Licht aus! Die Frage ist jetzt nur, was man mit dieser Erkenntnis anfängt. Da gibt es momentan noch wenig Anlass zum Optimismus.

Aber überall bei den Befürwortern der Erneuerbaren ist doch eine starke Aufbruchstimmung spürbar?

Michael Sladek: Was die Bundesregierung nach Fukushima beschlossen hat, ändert nichts an den bestehenden Strukturen des Energiemarktes. Solange die Politik nicht gezielt auf eine Veränderung dieser Strukturen hinarbeitet, dürfte der endgültige Atomausstieg bis zum Jahr 2022 kaum zu realisieren sein.

Was steht im Weg, der politische und der gesellschaftliche Wille sind doch formuliert?

Michael Sladek: Die vier großen Energieversorger. In Deutschland steht für diese viel Geld auf dem Spiel. Man darf nicht vergessen: Ihre AKWs sind regelrechte Gelddruckmaschinen. Deshalb fordern sie von der Politik jetzt vehement einen Ausgleich für die Gewinne, die ihnen die Produktion von Atomstrom bislang garantierte. Die Bundesregierung geht auf diese Forderungen ein, indem sie gezielt die zentralistischen Strukturen stützt, die die Stromerzeugung in der Hand weniger Großunternehmen bündelt. Im Fokus stehen dabei vor allem Großkraftwerke, Modelle der dezentralen Stromerzeugung und -verteilung dagegen bleiben völlig außer Acht. Und das Erneuerbare-Energien-Gesetz verschärft diese Situation noch.

Inwiefern? Es wird doch gerade sehr viel Geld in die Förderung von OffshoreWindanlagen gesteckt oder in Desertec-Programme für die Solarstromproduktion in der Wüste?

Michael Sladek: Sicher, auf den ersten Blick wirkt das vernünftig. Auch die Geothermie erhält massive Unterstützung – und das, obwohl bislang nur ein oder zwei Anlagen wirklich funktionieren und derzeit noch völlig unklar ist, ob Geothermie überhaupt einen Beitrag zum Atomausstieg leisten kann. Genau das ist das Problem: Während das meiste Geld momentan in Großtechnologien fließt, fallen BinnenlandWindanlagen und die Photovoltaik zunehmend aus der Förderung heraus. Das dezentrale Potenzial der Kraft-Wärme-Kopplung, also größerer und kleinerer Blockheizkraftwerke, die bei einem gezielten Ausbau von Nahwärmenetzen bis zu 40 Prozent des Stroms abdecken könnten, liegt absolut brach.

Mit anderen Worten: Die Energiewende hat gerade erst begonnen, und schon geht es in die falsche Richtung.

Ursula Sladek: Ja, das muss man leider so sehen. Nehmen wir zum Beispiel die großen Hoffnungen, die die Bundesregierung gegenwärtig in die Offshore-Windlagen setzt. Um den Strom von der Küste zu den Verbrauchern zu bringen, müsste als erstes das Stromnetz deutlich ausgebaut werden. Aber hätten wir damit irgendetwas gewonnen? Nein. Denn abgesehen davon, dass dieser Ausbau auch ohne den zu erwartenden Widerstand aus der Bevölkerung Jahre bräuchte, stünden wir am Ende trotzdem vor der gleichen Situation wie heute: Das Stromnetz wäre immer noch in der Hand weniger großer Unternehmen. Daran lässt sich ablesen. Das Ausstiegsmodell der Bundesregierung beschränkt sich auf den Ersatz einer Großtechnologie, der Atomenergie, durch eine andere Großtechnologie. Strukturell ändert sich dadurch nichts.

Wenn der Umstieg technologisch machbar ist, was weist darüber hinaus?

Michael Sladek: Das ist der entscheidende Punkt. Bei all den technologischen Fragen, die die Energiewende aufwirft, darf man ihre gesellschaftspolitische Dimension nicht außer Acht lassen. Fukushima hat uns vor allem eines gezeigt: Die Zentralisierung der Energieversorgung in den Händen einiger weniger Großunternehmen schafft Abhängigkeiten, die sich im Ernstfall schnell zu einer Gefahr für die gesamte Gesellschaft auswachsen. Damit wird die Energiefrage im Kern auch zu einer Frage des demokratischen Selbstverständnisses: Wie wollen wir leben? Wohin entwickelt sich unsere Gesellschaft? Den Zentralismus können wir nur durch einen qualitativen Strukturwandel überwinden. Das bedeutet: Statt in Großtechnologien und die Erweiterung zentraler Netze zu investieren, muss der Ausbau kleiner, dezentraler Strukturen vorangebracht werden. Und das geht nur mit Bürgerbeteiligung.

Das bedeutet, die Bürger übernehmen vor Ort zusammen mit den Kommunen die Verantwortung für die Energieversorgung?

Ursula Sladek: Genau. Die Energieerzeugung und die Energieverteilung müssen zu einem System umgebaut werden, das nicht mehr wie bislang die Interessen weniger Großunternehmen bündelt, sondern im Dienste aller steht. Partizipation heißt, dass die Bürger gleichermaßen Stromkonsumenten und Stromproduzenten sind. Genutzt wird dafür, was vor Ort an regenerativen Energien vorhanden ist: Wind, Wasser, Sonne, Kraft-Wärmekopplung. Intelligente, dezentrale Stromnetze machen es heute schon möglich, Produktion und Verbrauch in ein optimales Verhältnis zu bringen, um auch bei Stromspitzen weitgehend unabhängig von Zukäufen zu sein. Die technische Machbarkeit dieses Konzepts erarbeiten wir in einer gemeinsamen Studie mit der Fachhochschule Offenburg.

Michael Sladek: Hinzu kommt, dass viele Kommunen inzwischen ein großes Interesse daran haben, die Energieversorgung gemeinsam mit ihren Bürgern in die Hand zu nehmen. Und es funktioniert: In Titisee-Neustadt sollen ab Mai 2012 die neu gegründeten Stadtwerke das örtliche Stromnetz von der EnBW-Tochter Energiedienst übernehmen. Das Besondere daran: Gesellschafter dieser Stadtwerke sind die Gemeinde, die Elektrizitätswerke Schönau und die Bürger, die sich zu einer Genossenschaft zusammengetan haben. Sie sitzen im Aufsichtsrat und haben die gleichen Rechte wie alle anderen Anteilseigner auch.

Das setzt bei den Bürgern ein großes Engagement voraus. Ist das realistisch?

Michael Sladek: Natürlich ist es das, weil sich ein ganz neues und ziemlich gutes Lebensgefühl damit verbindet, wenn du die Versorgungsmentalität hinter dir lässt und die Dinge selbst in die Hand nimmst, die du bewegen möchtest. Bei unseren Kunden ist das ein sehr wichtiger Aspekt. Vielen reicht das gute Gefühl nicht, einfach nur sauberen Strom zu beziehen. Sie wollen das noch bessere Gefühl haben, selbst an der Stromproduktion beteiligt zu sein. Dafür investieren sie nicht nur Zeit, sondern oft auch Geld. Als wir 1997 die EWS Genossenschaft gründeten, verfügten wir über 1,5 Mio. Mark Eigenkapital. Heute steuern wir auf die 10 Mio. Euro zu – und das ganz ohne Werbung. Schon allein daran lässt sich ablesen, welch enormes Potenzial im Ausbau dezentraler, partizipativer Strukturen steckt.

Aber geht das auch mit der Stromindustrie? Welches Interesse sollte sie an einer solchen Umstrukturierung haben, die faktisch auf eine Einschränkung ihrer Macht hinausliefe?

Ursula Sladek: Das ist sicher eine der großen Herausforderungen: Wie können wir die Großen an diesem Wandel beteiligen? Fest steht: Ohne sie wird es nicht gehen, da sie sonst immer Sand ins Getriebe streuen werden. Aber geht es wirklich mit ihnen?

Michael Sladek: Das halte ich für ausgeschlossen. Das beste Beispiel dafür ist die EnBW. Glaubt man ihrem 2012 ausscheidenden Vorstandvorsitzenden Hans-Peter Villis, dann steckt der Konzern derzeit in einem großen Umbruch – weg vom Atom- und Kohlestromkonzern, hin zu einem blitzsauberen Ökostromunternehmen. Leider hat er ein Problem: Es glaubt ihm keiner. Und das zu Recht. Ökologische Wirtschaft ist immer dezentral organisiert, ohne das geht es nicht. Wie soll da ein Unternehmen wie die EnBW, das derart fest an den alten Strukturen hängt, den ökologischen Wandel schaffen? Durch frisches Personal in den Führungsetagen? Wohl kaum.

Trotz Fukushima und dem Regierungswechsel im Land scheint das in der breiten Öffentlichkeit bislang aber noch nicht so richtig angekommen zu sein.

Ursula Sladek: Ich würde das nicht so negativ sehen. Man kann momentan ganz erstaunliche Veränderungen beobachten. Die gleichen Leute zum Beispiel, die noch vor ein einem halben Jahr gesagt haben: Windenergie im Schwarzwald? Auf keinen Fall! Heute sagen sie: Wir brauchen die Windenergie – und zwar sofort! Plötzlich werben Bürgermeister und Landräte dafür, das Thema hat eine hohe Medienpräsenz und die Menschen sind überzeugt davon, dass es ohne ökologische Energiewende keine Zukunft gibt.

Könnt ihr zum Abschluss einen Blick in die Zukunft wagen?

Ursula Sladek: Bei allen Problemen, die ich sehe, sollten wir Fukushima als Chance begreifen. Die Menschen wollen sich nicht länger vorschreiben lassen, mit welchen Gefahren und in welchen Abhängigkeiten sie leben sollen. Der Zug hat seine Fahrt aufgenommen. Wenn wir jetzt den Ausbau dezentraler Strukturen in der Energieversorgung vorantreiben, dann stärken wir damit nicht nur die lokale Wertschöpfung, sondern erschließen zugleich einen gigantischen Zukunftsmarkt für neue Technologien. Die Entwicklung intelligenter Netze ist da nur ein Beispiel.

Michael Sladek: Ich bin mir sicher, dass es nur eine Frage der Zeit ist, bis auch Politik und Wirtschaft auf diesen Weg einschwenken werden. Ob ich das noch erlebe, ist eine andere Frage. Aber um im Bild zu bleiben: Der Zug ist losgefahren und hat an Geschwindigkeit zugelegt. Jetzt müssen wir nur darauf achten, dass die Weichen richtig gestellt werden.●

Erstmals erschienen in:
FABRIK-Rundbrief Nr. 51, Freiburg 2012

ENERGIEGEMEINSCHAFT WEISSACHER TAL EG

GENOSSENSCHAFTEN

Vertrauen

Voraussetzungen guter Zusammenarbeit zwischen Gemeindevertretung und Bürgerschaft

»Energiewende ja – ich bin dabei aber wie?«, das war eine Aussage von Bürgern der Gemeinde Weissach im Tal, mit der Bürgermeister Ian Schölzel des Öfteren konfrontiert wurde. Diese Aussagen und der Wille von Gemeinderat und Bürgermeister, bürgerschaftliches Engagement auch beim Thema »Erneuerbare Energien« zu binden, war die »gedankliche Geburtsstunde« der Energiegemeinschaft Weissacher Tal. Von dieser Idee bis zum Beschluss des Gemeinderats im Sommer 2008, eine Bürgerenergiegenossenschaft auf den Weg zu bringen, war es nur ein kleiner Schritt.

Die schwäbische Gemeinde Weissach im Tal wurde von der Agentur für Erneuerbare Energien e.V. für ihr Engagement als »Energie-Kommune« des Monats August 2011 ausgezeichnet. Die Aktivitäten der örtlichen Energiegenossenschaft, hier mit dem Vorstand und der Solaranlage auf dem Bildungszentrum-WiT, haben daran einen entscheidenden Anteil.

Von Rudolf Scharer, Red. Genossenschaften ● In seiner Sitzung vom 26.06.2008 erteilte der Gemeinderat der Gemeinde Weissach im Tal der Gemeindeverwaltung den Arbeitsauftrag, eine Bürgerenergiegenossenschaft auf den Weg zu bringen. Eine Informationsveranstaltung, und daran gleich anschließend die Gründungsversammlung, fanden am 19.11.2010 in der Gemeindehalle Unterweissach statt. Die wenigen Monate zwischen dem Beschluss des Gemeinderat und der Gründungsversammlung der Energiegenossenschaft waren gezeichnet von einer intensiven Öffentlichkeitsarbeit in den lokalen Nachrichtenblättern der Gemeinden des Weissacher Tales (Allmersbach im Tal, Althütte, Auenwald und Weissach im Tal) und der lokalen Presse. Parallel dazu wurde eine Geschäftsstelle für die noch zu gründende Genossenschaft bei der Gemeindeverwaltung Weissach im Tal eingerichtet, um allen Interessierten eine informierte Anlaufstelle anzubieten.

Kommunale Unterstützung

Als Glücksfall erwies sich, dass der Vorstand der örtlichen Raiffeisenbank bereits im Vorfeld des Gemeinderatsbeschlusses im Gremium über die Möglichkeiten der genossenschaftlichen Organisation informierte. Sie verfügt in Bayern und Baden-Württemberg über eine mehr als 120-jährige Tradition. Die »basisdemokratische« Ausrichtung der Organisationsform überzeugte den Gemeinderat. Dank der Zusammenarbeit mit dem in genossenschaftlichen Fragen erfahrenen Vorstand der Raiffeisenbank und einem Vertreter des

Am 19.11.2008 wurde die Energiegemeinschaft Weissacher Tal eG in der Gemeindehalle Unterweissach gegründet. 82 Personen erklärten an diesem Abend ihren Beitritt zur Genossenschaft.

Genossenschaftsverbandes Baden-Württemberg konnte die aufwendige Gründungsphase gut gemeistert werden – trotz eines engen Zeitkorsetts. Dabei geht es nicht nur um die Formulierung einer Satzung, die Klärung des Namensrechtes oder der Erstellung von Wirtschaftlichkeitsplänen. Die Detailorganisation und die rechtlich sehr diffizile Gründungsversammlung gilt es ebenfalls sorgfältig durchzuführen.

Die Einladung zur Informationsveranstaltung und der anschließenden Gründungsversammlung ging über die Nachrichtenblätter in den genannten Gemeinden und über eine detaillierte Berichterstattung in der lokalen Presse. Am 19.11.2008 fanden sich dazu 127 interessierte Bürgerinnen und Bürger in der Gemeindehalle Unterweissach ein. In der anschließenden Gründungsversammlung erklärten davon 82 Personen an diesem Abend ihren Beitritt zur Energiegemeinschaft Weissacher Tal eG. Sie zeichneten Anteile in Höhe von 106.000 Euro. Für den Start der Energiegenossenschaft ein sehr erfolgreicher Abend!

Bürgermeister im Aufsichtsrat

Ein weiteres Indiz für die vertrauensvolle Wechselbeziehung zwischen Kommunalvertretung und Bürgerschaft war die Wahl des Weissacher Bürgermeisters und die seiner Bürgermeisterkollegen aus den Nachbargemeinden in den Aufsichtsrat. Bereits nach zwei Monaten konnte das 100. Mitglied in der Genossenschaft gefeiert werden. Heute umfasst die Energiegemeinschaft Weissacher Tal 247 Mitglieder mit Geschäftsanteilen im Wert von über 762.000 Euro. Die Investitionssumme für die zehn derzeit betriebenen PV-Anlagen mit einer Leistung von rund 350 kWpeak beträgt etwas mehr als 1 Mio. Euro. Eine Beteiligung an der Genossenschaft ist mit fünf Anteilen zu je 50 Euro möglich. Die Höchsteinlage je Mitglied beträgt 25.000 Euro.

Die Investition der Mitgliedsanteile erfolgt entsprechend dem in der Satzung formulierten Zwecke der Genossenschaft. Er umfasst die Initiierung von Projekten zur Erzeugung erneuerbarer Energien auf lokaler, regionaler und überregionaler Ebene, die Beteiligung an Projekten zur Erzeugung erneuerbarer Energien und die Initiierung von Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien und des Klimaschutzes vor Ort und in der Region sowie den Verkauf der erzeugten Energie. Mitglieder können natürliche Personen, Personengesellschaften sowie juristische Personen des privaten und öffentlichen Rechts werden.

Breite Bürgerbeteiligung

Die Mitgliederstruktur spiegelt sich in der vom Gemeinderat beim Grundsatzbeschluss gewünschten breiten Bürgerbeteiligung wieder. Neben einer Vielzahl von Einzelpersonen (Privatpersonen) haben auch örtliche Vereine, Firmen und sonstige Organisationen Anteile gezeichnet. Diese Mischung stellt neben einem Gesellschaftsquerschnitt vor allem eine Menge an Fachwissen, Ideenpotential und die Bereitschaft zur ehrenamtlichen Mitwirkung und Mitarbeit in der Genossenschaft dar. Weder der kaufmännische und der technische Vorstand noch die Mitglieder des Aufsichtsrats oder der Leiter der Geschäftsstelle erhalten für ihre Tätigkeit eine Vergütung, allenfalls Kostenerstattung für private Sachauslagen (Telefon, Fahrtkosten etc.). In dieser Bereitschaft zum Ehrenamt spiegelt sich das vorhandene bürgerschaftliche Engagement wieder. Bei einer entsprechenden Expansion soll künftig auch über Beschäftigungsverhältnisse nachgedacht werden.

In den vergangenen Jahren wurden Photovoltaikanlagen auf kommunalen Dachflächen errichtet, die die beteiligten Gemeinden kostenlos zur Verfügung gestellt haben. Dies war in der Gemeinde Weissach im Tal Teil des Grundsatzbeschlusses zur Gründung der Energiegenossenschaft, vor allem um diese in der Startphase in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Die an der Genossenschaft ebenfalls beteiligten Kommunen schlossen sich diesem Beispiel weitgehend an. Auch ein größeres Unternehmen, die Firma Harro Höfliger GmbH mit Sitz in Allmersbach im Tal, überließ der Genossenschaft seine Dachflächen für eine Großanlage kostenlos. Aus Sicht der Genossenschaft ein besonders erwähnenswertes Beispiel für ein sozial ausgeprägtes Unternehmerdenken.

Weniger positiv war rückblickend die rechtliche Problematik mit der Beteiligung der Gemeinde an der Energiegemeinschaft. In der Gemeindeordnung für BadenWürttemberg (§ 103) ist geregelt, dass sich Gemeinden unter anderem nur dann an einem wirtschaftlichen Unternehmen beteiligen dürfen, wenn sie angemessenen Einfluss auf dieses Unternehmen und dessen wirtschaftliche Tätigkeit ausüben können.

Diese Vorschrift wurde von der Kommunalaufsicht dahingehend ausgelegt, dass der Bürgermeister der Gemeinde einen garantierten Sitz im Aufsichtsrat der Genossenschaft erhalten muss. Ansonsten sei die Einflussnahme der Gemeinde nicht gegeben. Diese Forderung kollidiert mit dem Genossenschaftsrecht. Dieses schreibt vor, dass die Aufsichtsräte von der Generalversammlung, also den Mitgliedern der Genossenschaft, zu wählen sind. Bei diesen Wahlen besteht keine Garantie, dass der Bürgermeister als Vertreter der Gemeinde jederzeit in den Aufsichtsrat gewählt wird. Aus diesem Grund musste die ursprünglich vom Gemeinderat beschlossene und bereits geleistete Beteiligung an der Genossenschaft in Höhe von 25.000 Euro auf Weisung der Kommunalaufsicht auf 7.500 Euro und damit einen »unmaßgeblichen Anteil« reduziert werden.

Überdurchschnittliche Entwicklung

Trotz intensiver Kontakte mit dem Regierungspräsidium Stuttgart und verschiedenen Landesministerien bestätigte das Innenministerium Baden-Württemberg die Auffassung der Kommunalaufsicht, obwohl gleichzeitig von Seiten des Landes die Gründung von Bürgerenergiegenossenschaften gefordert und zwischenzeitlich auch gefördert wird. Die Genossenschaft hat sich bei der Mitgliederzahl und den Anteilszeichnungen allerdings überdurchschnittlich gut entwickelt. Insofern sind trotz dieser Einschränkung keinerlei finanzielle Engpässe zu verzeichnen. Diese Vorgabe wirkt sich nicht negativ auf den Geschäftsverlauf aus.

Nach zwischenzeitlich drei vollen Geschäftsjahren wird die Wahl der Genossenschaftsform als hundertprozentig richtig angesehen, obwohl sie in der Gründungsphase einen immensen Arbeitsaufwand mit sich brachte. Aus Sicht der Beteiligten überwiegen eindeutig die Vorteile:

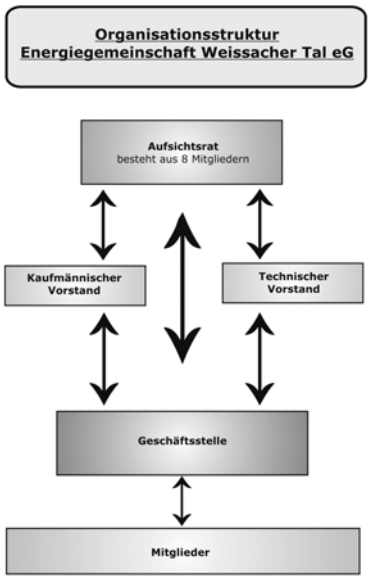
- Es kann eine unbegrenzte Zahl an Mitgliedern aufgenommen werden.
- Durch den Beschluss über die Mindestanteilshöhe können auch »Kleinanleger« jederzeit ihren Beitrag zur Erzeugung erneuerbarer Energien leisten.
- Die basisdemokratische Struktur, in der jedes Mitglied eine Stimme hat, unabhängig von der Höhe der Einlage, ist ein überzeugendes Argument, gerade auf Grund der immer wieder für Negativschlagzeilen sorgenden »globalisierten Unternehmensstrukturen«.
- Die Wertschöpfung bleibt vor Ort, d.h., sowohl die Erträge aus der erzeugten Energie finden ihren Weg zurück in die Kommunen, als auch die wirtschaftlichen Leistungen, die die Genossenschaft initiiert.
- Das Haftungsrisiko für die Mitglieder ist gering, da dieses ausschließlich ihre Einlage betrifft.
- Die lokale Struktur ermöglicht den Mitgliedern nachvollziehbar mit zu erleben, was die Genossenschaft unternimmt und welche Folgen daraus entstehen.

Erweiterung der Geschäftstätigkeit

Selbstverständlich haben die Mitglieder der Energiegemeinschaft Weissacher Tal die Anteile nicht ausschließlich aus ökologischen Gründen gezeichnet, um die Energiewende herbeizuführen. Sie erfolgte auch im Hinblick auf eine zu erwartende Rendite, die für 2010 mit 4% deutlich über den Geldmarktkonditionen lag. Die Motivation der Beteiligten lässt sich zusammenfassen mit: »Tue Gutes und verdiene dabei«, eine Win-Win-Situation für Alle.

Damit die erfolgreiche Arbeit auch in Zukunft so weiter geführt werden kann, muss das Spektrum der Aktivitäten immer wieder überprüft und angepasst werden. Derzeit beschäftigen sich die Verantwortlichen mit folgenden Themenfeldern:

- Mögliche Beteiligung am Rückkauf des Stromnetzes der in der Genossenschaft vertretenen Kommunen;



Das Besondere der Energiegenossenschaft ist eine Organisation mit eigenständiger Geschäftsstelle und Geschäftsstellenleiter (nicht Geschäftsführer).

- Beteiligung an einem interkommunalen Windkraftprojekt;
- Untersuchungen zum Bau und Betrieb einer Biogasanlage;
- Beteiligung an kleineren Nahwärmenetzen;
- Örtliche Energieberatung.

Hohes Beitrittsinteresse

Wichtig ist, den unternehmerischen Gesichtspunkt bei allem persönlichen und privaten Engagement nicht aus dem Auge zu verlieren. Letztlich ist die Genossenschaft ein Unternehmen, das auch Gewinne erwirtschaften muss, um überlebensfähig zu bleiben. Derzeit stehen 25 Interessenten auf der Warteliste, um mit weiterem Kapital von ca. 200.000 Euro die künftigen Projekte der Genossenschaft zu unterstützen. Dies zeigt, welches Vertrauen die Bürgerinnen und Bürger in die Genossenschaft haben.●

ORTSGENOSSENSCHAFTEN

GENOSSENSCHAFTEN

Das Geld dem Dorfe

Die Wertschöpfung der Windenergie für die Bürger genossenschaftlich sichern

Mit dem Windpark Streu & Saale entsteht Bayerns größter Windpark. Er ist, so die Einschätzung von Reinhold Wahler, Vorstand des Landesverbands Rheinland-Pfalz im Bundesverband Windenergie e.V., Deutschlands innovativstes Bürgerwindparkprojekt. Die Gründung von sechs Ortsgenossenschaften sichert die Beteiligung der Bürger aller angrenzenden Gemeinden.

Von Gunnar Gantzhorn, Red. Genossenschaften ● In den Bundesländern, in denen Windenergie schon intensiv genutzt wurde, lässt sich beobachten, dass dadurch ein enormer Druck auf die ländlichen Räume entsteht. Windenergienutzung ist dort vor allem ein großes Geschäft für ortsfremde Projektentwickler und Investoren. Sie eignen sich die Windenergiepotentiale auf Kosten der örtlichen Bevölkerung an. Die Menschen vor Ort müssen mit allen Nachteilen leben, die die Windenergienutzung mit sich bringt, werden aber selten am Ertrag der Windkraftanlagen (WEA) beteiligt.

Pionierarbeit der Agrokraft

Die Agrokraft GmbH mit Sitz in Bad Neustadt/Saale engagiert sich seit längerem für die Umsetzung von Energiegenossenschaften im ländlichen Raum nach dem Konzept der »Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Energiegenossenschaft« (www.raiffeisen-energieeg.de). Ihre intensive Beschäftigung mit den EE-Potentialen (Energie Effizienz Potenzial) der ländlichen Räume verdeutlichte, der Windenergienutzung kommt auch in Bayern eine hohe Bedeutung zu. Dies gilt, obwohl lange Zeit dafür politisch sehr ungünstige Rahmenbedingungen vorlagen. Vorrangig wird das Ziel verfolgt, die Windenergiepotentiale für die Bevölkerung der Ortschaften zu sichern. Die Erträge aus der Nutzung der Windenergienutzung sollen den Menschen in den ländlichen Räumen zugute kommen und nicht ortsfremden Finanzinvestoren.

Ende 2009 begann die Agrokraft deshalb, die Sicherung der Windenergiepotentiale im Landkreis Rhön-Grabfeld voranzutreiben. Noch war Windenergienutzung in Bayern auf Basis der bestehenden Regionalpläne weitgehend unterbunden. Durch die Privilegierung der Windenergieanlagen im Baugesetzbuch zeichnete sich jedoch ab, dass auch die Landesregierung in Bayern darauf reagieren musste. Deshalb bestehen gute Chancen, die Region für eine selbstbestimmte Windenergienutzung aufzustellen. Dies sollte geschehen, bevor ortsfremde Projektentwickler und Investoren auf »Bauernfang« gehen, um sich die Windenergiepotentiale durch Pachtverträge »anzueignen«.

Einbindung der Bürger

Die Agrokraft war zu Beginn ihrer Aktivitäten der Zeit weit voraus. Anfangs gab es noch keinerlei Abklärungen, wo die genehmigungsfähigen Windkraftpotentiale im Landkreis lagen. Ihre Hauptanstrengungen richteten sich zunächst auf die Identifikation möglicher Standorte. In Nachbarschaft zum Biosphärenreservat Rhön galt es, diese Flächen zunächst einmal außerhalb des Naturparks zu suchen, möglichst in bereits vorbelasteten Gebieten. Entsprechend drängten sich die windhöffigen Standorte entlang der Autobahn A71 von Schweinfurt nach Suhl auf. Mit der Projektentwicklung für einen Windpark wurde in diesem Gebiet begonnen. Darin lagen erhebliche Risiken, denn zu diesem Zeitpunkt war noch völlig unklar, ob dort je ein Windpark entstehen würde.

Von Anfang an kam bei diesem Projekt der Grundsatz der Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Ortsenergiegenossenschaft zur Anwendung: Die vielfältigen EE-Potentiale eines Ortes können nur gemeinsam mit den Bürgern und wenn nötig auch in interkommunaler Zusammenarbeit erschlossen werden. Deshalb starteten erste Aktivitäten gleichzeitig in allen Gemeinden, die im Gebiet des potentiellen Windparks lagen: Mittelstreu, Heustreu, Bahra, Hendungen, Unsleben und Hollstadt. Anfang 2010 gab es erste Gespräche mit den Bürgermeistern der Gemeinden. Danach folgte die Information der jeweiligen Gemeinderäte über die Projektidee in einer nichtöffentlichen Sitzung. Im August 2010 waren die Vorgespräche so weit gediehen, dass die Grundstückseigentümer der potentiellen Windparkflächen zu ersten Informationsveranstaltungen eingeladen werden konnten, um die Projektidee vorzustellen.

Die Gründung der Ortsgenossenschaft Friedrich Wilhelm Raiffeisen Hollstadt erfolgte zeitgleich mit fünf weiteren lokalen Energiegenossenschaften, um den Bürgern der Gemeinde am Windpark Streu & Saale einen hohen Einfluss zu sichern

Gründung von Ortsgenossenschaften

Anschließend folgten Informationsveranstaltungen für die breite Öffentlichkeit, die den Bürgern die Vorteile einer selbstbestimmten Nutzung der Windenergiepotentiale aufzeigten. Ab November 2010 bereiteten die Initiatoren konkrete Gründungen von Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Energiegenossenschaften in jeder der Ortschaften vor.

Bei der Bevölkerung stieß dies von Anfang an auf viel positive Resonanz. Am 1. Dezember 2010 wurde schließlich am selben Abend von ca. 250 Gründungsmitgliedern für jede der sechs Gemeinden eine eigene Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Energiegenossenschaft gegründet. Die Beteiligung und das Engagement der Bevölkerung erwies sich als vorbildlich: Für jedes der Ämter in Vorstand und Aufsichtsrat der Genossenschaften traten mehr als doppelt so viele Bewerber an wie erforderlich. Mit den Gründungen war ein wichtiger Meilenstein erreicht.●

VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT

Wer den Vertrag macht, hat die Macht

Investoren- und Gemeinschaftskonzepte im Wettbewerb bei der Flächensicherung für Windparks

Windparks werden nicht nur in vielen Fällen auf Kosten der örtlichen Bevölkerung umgesetzt. Auch zwischen den Bewohnern kommt es zu eklatanten Ungerechtigkeiten. Einige Wenige erhalten hohe Pachten und die Chance sich zu beteiligen, während die Übrigen im Umfeld »leer« ausgehen. Schlimmer noch: Ihre Grundstücke verlieren oft erheblich an Wert. Dass Windparks in solchen Fällen auf wenig Akzeptanz stoßen, verwundert bei genauer Betrachtung nicht.
Die Agrokraft mit Sitz in Bad Neustadt/Saale hat ein Aufteilungskonzept für potentielle Erträge entwickelt, die »Dreiteilige Raiffeisenformel«. Energiegenossenschaften können mit deren Hilfe eine Beteiligung der Bürger vor Ort erzielen, die als gerecht und innovativ zu bezeichnen ist.

Von Burghard Flieger, Red. Genossenschaften ● Verteilungsgerechtigkeit für Windparks lässt sich mit der »Dreiteiligen Raiffeisenformel« bewirken. Wie diese erreicht wird, kann anhand der Projektentwicklung des Windparks Streu & Saale verdeutlicht werden. Dort hatten die Aktivitäten der Agrokraft zur Entwicklung eines Windparks in Kooperation mit den angrenzenden Gemeinden externe Projektentwickler und Investoren auf die lokalen Möglichkeiten aufmerksam gemacht. Sie traten bei der anstehenden Flächensicherung in Konkurrenz mit den Initiatoren. Ein ungleicher Wettbewerb, denn die ortsfremden Investoren verfügten über mehr Kapital. Auch hatten die Projektentwickler erheblich mehr Erfahrungen in Windkraftprojekten als die Agrokraft. Sie verfolgten bei der Flächensicherung eine grundsätzlich andere Strategie.

In Gebieten mit Realteilung existieren relativ kleine Flurstücke. Dort fällt es ortsfremden Projektierern schwer, große zusammenhängende Flächen für ihre Projekte zu sichern. Sie konzentrieren sich von daher nur auf besonders lukrative Standorte und versuchen, diese durch hohe Pachtangebote für sich zu sichern. Im Gebiet des Windparks Streu & Saale boten sie bis zu 30.000 Euro Pacht pro Jahr für den Standort einer Windenergieanlage (WEA). Als Resultat dieser Vorgehensweise entstehen im günstigsten Fall an den besten Einzelstandorten einer Gemeinde WEAs. Sehr oft werden dadurch aber auch weitere WEAs im Windpark verhindert, weil sie im »Windschatten« dieser Anlagen nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden können. Große Teile des örtlichen Windenergiepotentials bleiben dann ungenutzt.

Vorstand und Aufsichtsrat der Ortsgenossenschaft Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Energie eG Aubstadt

Zum Konzept der Agrokraft gehört es hingegen, sich bei der Sicherung der vollständigen Flächen eines potentiellen Windparks, darum auch über kommunale Grenzen hinweg zu bemühen. Nur so lässt sich eine optimale Windparkkonfiguration mit einer maximalen Anzahl von Anlagen sicherstellen. Erst dies bringt höchste Erträge für die örtliche Bevölkerung und den größten Nutzen für die Energiewende. Um solche Konzepte zu realisieren, hat die Agrokraft eine sogenannte »Dreiteilige Raiffeisenformel« für die Verteilung der Erträge aus der Windenergienutzung auf die örtliche Bevölkerung und die beteiligten Gemeinden entwickelt.

Die erste Raiffeisenformel regelt die Verteilung des Pachtertrags. Das Pachtmodell ortsfremder Projektierer basiert in der Regel auf einem »Alles oder Nichts«-Modell für die Grundstückseigentümer. Der Eigentümer, auf dessen Grundstück ein Windrad steht, bekommt »Alles«, fast alle anderen »Nichts«. Ein solcher Ansatz führt offensichtlich zu Ungerechtigkeiten: Nur einige wenige profitieren von den Pachterträgen. Alle anderen aber müssen mit den Nachteilen leben. Unter den Grundstückseigentümern und der Bevölkerung entsteht so eine Atmosphäre von Neid und Misstrauen. In der Folge kommt es nicht selten zu Widerständen, die das Windenergieprojekt scheitern lassen.

Die Raiffeisenformel der Agrokraft verfolgt dagegen eine weitgehende Gleichbehandlung der Grundstückseigentümer innerhalb der potentiellen Windparkfläche. Alle sollen in gleicher Weise profitieren. Zugleich sollen diejenigen, die durch den Bau der WEAs ihre Flurstücke nicht mehr landwirtschaftlich nutzen können, angemessen entschädigt werden. Bei der Entwicklung der Raiffeisenformel ist deshalb im Kontrast zum Pachtmodell der Investoren die (Neid-)Frage entscheidend: »Wie viel Pacht würdest Du Deinem Nachbarn zubilligen, wenn auf seinem Grundstück die WEA gebaut wird und nicht auf Deinem eigenen?«

Das Ergebnis ist die Raiffeisenformel für die Pachtverteilung: 10% für die Standorte der WEAs, 10% für die Kranstellflächen, 80% für alle anderen Grundstückseigentümer im Windpark. Diese Anteile werden dann nach den jeweiligen Flächenanteilen unter den Grundstückseigentümern aufgeteilt. Beim ersten Windparkprojekt, bei dem die Agrokraft ihr Konzept erprobt, fand dieser Ansatz trotz der hohen Gegenangebote der Wettbewerber von Anfang an breite Zustimmung. Strittig blieb vor allem der Verlauf der Grenzen des potentiellen Windparks: Jeder wollte gerne dabei sein.

Fortsetzung auf Seite 10

PROJEKTENTWICKLUNGSGENOSSENSCHAFT

GENOSSENSCHAFTEN

Transparenz und kommunale Wertschöpfung

Risikoauslagerung mit kooperativer Projektentwicklung

Wie lassen sich bei der Projektentwicklung und der Finanzierung eines Windparks neue Wege beschreiten? Normalerweise planen und realisieren finanzstarke Projektentwicklungsgesellschaften oder Generalübernehmer Windkraftprojekte. Sie tragen zwar alle Risiken der Projektentwicklung, aber außer den Pachtzahlungen und anteiliger Gewerbesteuer lassen sie kein Geld in den Gemeinden vor Ort. Die Pachtzahlungen betragen nur ca. 3% der Erlöse aus der Stromerzeugung. 97% der Erlöse gehen damit für die Region verloren. Eine solche Vorgehensweise widerspricht zutiefst Zielsetzungen, die in der Windkraftnutzung einen Motor für die Entwicklung ländlicher Räume verwirklichen wollen. Am Beispiel des Windparks Streu & Saale lassen sich alternative Möglichkeiten veranschaulichen.

Gründungsveranstaltung der Friedrich Wilhelm Raiffeisen Energie eG Oberstreu Mitte

Von Gunnar Gantzhorn, Red. Genossenschaften ● Wichtige Voraussetzung, um die Entwicklung eines Windparks für die Akteure in einer Region durchschaubar und verstehbar zu machen, ist die Projektentwicklung in Einzelleistungen aufzubrechen. In der Gebäudeplanung nach HOAI wird die Aufgliederung in Einzelleistungen praktiziert, um diese dann auch einzeln ausschreiben zu können. Bisher ist in der Windenergiebranche eine solche Vorgehensweise unüblich, obwohl dies eine in allen Wirtschaftsbereichen praktizierte Methode darstellt, um Preistransparenz herzustellen. Projektierer und Generalübernehmer profitieren bisher von solchen intransparenten Kostenstrukturen überproportional.

Bei der Entwicklung des Windparks Streu & Saale durch die Agrokraft gelang es durch beständige Unnachgiebigkeit und die Perspektive auf ein sehr lukratives Gesamtprojekt, einige wenige Firmen zu finden, die bereit sind, sich auf eine transparente Ausschreibung und die Vergabe der Einzelleistungen einzulassen. In der ersten Phase der Projektentwicklung hatte die Agrokraft auf eigenes Risiko die Grenzen der Windparkflächen ermittelt und eine Grobplanung der vorläufigen WEA-Standorte vorgenommen. Dadurch gelang es, eine solide Grundlage für die Flächensicherung zu schaffen.

Genossenschaftliche Regionalentwicklung

Nach erfolgreichem Abschluss der Flächensicherung geht es bei der Entwicklung eines Windparks im nächsten Schritt um dessen Feinplanung und die Vorbereitung des Bauantrags. Durch die umfangreichen Planungsleistungen und eine Vielzahl notwendiger Gutachten ist dies die kostenintensivste Stufe einer Projektentwicklung. Gleichzeitig ist diese Phase mit hohen Risiken verbunden. Durch die unterschiedlichen Gutachten und Planungsleistungen können wesentliche Annahmen für die Wirtschaftlichkeitsberechnung des Windparks so stark verändert werden, dass ein Projekt aus wirtschaftlichen Gründen abgebrochen werden muss.

Um diese Projektphase bewältigen zu können, wurden beim Windpark Streu & Saale die erforderlichen Gutachten und Planungsleistungen ausgeschrieben. Da die Agrokraft ihre Möglichkeiten mit den bisherigen Vorleistungen ausgeschöpft hatte, wurde nun die weitere Projektentwicklung auf die späteren Nutznießer des Projektes übertragen. Die eher risikoaversen Mitglieder der Ortsenergiegenossenschaften sollten aber nicht mit dem Problem gescheiterter Projekte belastet werden, wie sie in der Projektentwicklung üblich sind. Deshalb wurde am 13. September 2011 für die Entwicklung und Initiierung eine Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Regionalentwicklungsgenossenschaft gegründet. Von dieser wurden Mittel für die weitere Projektentwicklung des Windparks Streu & Saale eingeworben. Da dieses mit dem Risiko des Totalausfalls behaftet ist, wird den Mitgliedern, die sich daran beteiligen wollten, eine Verzinsung ihrer Nachrangdarlehen angeboten, die dem Risiko entspricht.

Freiwillige Gierbremse

Der vorgeschlagene Zins wurde von den Mitgliedern selbst, die überwiegend aus den beteiligten Gemeinden kommen, als zu hoch erachtet. Niemand will in der Ortsgemeinschaft als Wucherer in Erscheinung treten. Vereinbart wurde schließlich eine Verzinsung von 9%. Nach Abschluss der Projektentwicklung übergibt die Regionalentwicklungsgenossenschaft das Projekt an die Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Windpark Streu & Saale eG. Diese wurde am 14. März 2012 als zukünftige Betreibergesellschaft des Windparks gegründet. Mitglieder sind die sechs Ortsenergiegenossenschaften und die Regionalentwicklungsgenossenschaft.

Auch für die Finanzierung des Windparks spielt die Regionalentwicklungsgenossenschaft eine wichtige Rolle. Für den Fall, dass die Ortsenergiegenossenschaften nicht in der Lage sein sollten ihren Anteil an der Projektfinanzierung von 70-90 Millionen EUR aufzubringen, wird über diese Genossenschaft auch ortsfremden Anlegern die Möglichkeit einer Beteiligung angeboten. Die Ortsenergiegenossenschaften werden in der Friedrich-Wilhelm Raiffeisen Windpark Streu & Saale eG mit sechs zu einer Stimme immer deutlich über eine Mehrheit verfügen. Dadurch sind die Interessen der Ortsgemeinden dauerhaft abgesichert. Am 27. April 2012 hat die Agrokraft den Bauantrag für den Windpark beim Landratsamt abgegeben. Wenn alles wie geplant läuft, werden sich Ende 2013 die ersten Windräder drehen.●

Anzeige

Genossenschaft gründen?
www.genossenschaftsgruendung.de
Telefon 040 - 23 51 97 90
Zentralverband deutscher Konsumgenossenschaften e.V.

FORTSETZUNG VON SEITE 9

Die zweite Raiffeisenformel regelt die Rendite der Anleger. Anders als in den klassischen Zins-Modellen der Investoren, soll nicht der Zins für die Anleger maximiert werden. Der limitierende Faktor in der Windenergienutzung ist nicht das Kapital, sondern der Standort der WEA. Deshalb soll auch der Großteil des Ertrags am Standort verbleiben. Der Anleger erhält lediglich eine »angemessene« Verzinsung seines Kapitals. Auf Basis der letzten Wirtschaftlichkeitsrechnungen für das Projekt entspricht das einer Verzinsung von höchstens 6%.

Die dritte Raiffeisenformel regelt die Ausschüttung an die Kommunen. In jeder Kommune mit Windenergienutzung gibt es Bürger, die weder als Grundstückseigentümer von der Pacht, noch als Anleger von einer Verzinsung ihrer Anlage profitieren können. Auch sie müssen mit den WEAs leben. Deshalb sollen auch sie über die Ausschüttung an die Kommunen von den WEAs profitieren.

Zustimmung durch Kommunikation

Beim Windpark Streu & Saale überzeugte das Konzept der Agrokraft trotz der massiven Konkurrenz durch ortsfremde Projektierer die Menschen in den sechs Gemeinden. Durch die sechs gegründeten Ortsgenossenschaften konnten ca. 80% der Grundstücke in der geplanten Windparkfläche auf Basis der Raiffeisenformel durch Pachtverträge gesichert werden. Um dies richtig würdigen zu können, muss man wissen: Der zukünftige Windpark weist eine Fläche von ca. 700ha auf, die sich aus rund 1.500 Flurstücken im Besitz von etwa 800 Grundstückseigentümern zusammensetzt. Der Abschluss der Pachtverträge erwies sich deshalb als eine äußerst schwierige Aufgabe. Sie wurde von vielen Fachleuten für unmöglich gehalten. Die Kraft der Dorfgemeinschaft machte aber eine gute Lösung möglich.

In unzähligen Einzelgesprächen konnten die Mitglieder der Genossenschaften immer weitere Grundstückeigentümer für das Projekt gewinnen. Am Ende wollte niemand einem Projekt im Wege stehen, das vom ganzen Dorf gewollt wird. Die verbleibenden 20%, die nicht gepachtet wurden, sind überwiegend nicht im Besitz von Gegnern des Windparks. Sie konnten bisher aufgrund schwieriger Besitzverhältnisse, wie z.B. größeren Erbengemeinschaften, nicht gepachtet werden.

Vorbildhafte Projektentwicklung

Schon dieser Erfolg in der Flächensicherung macht den Windpark Streu & Saale zu einem einmaligen Windkraftprojekt in Deutschland. Er ist es auch in Bezug auf die Konfiguration des Windparks, die mit den Bürgern vor Ort gemeinsam entwickelt wurde. Anders als in den Windparks ortsfremder Investoren stehen hier die WEAs nicht überall dort, wo sie baurechtlich zulässig wären, sondern nur dort, wo sie von den Bürgern akzeptiert werden. Auch das Konzept der großen Fläche zahlt sich aus. Von den ursprünglich geplanten 20 Standorten für WEAs können nach der Berücksichtigung aller planungsrelevanten Faktoren voraussichtlich 18 realisiert werden.

Ohne die großen zusammenhängenden Flächen des Windparks wären durch Schutzabstände zu Vogelhorsten, Flugplätzen und Richtfunkstrecken weit weniger WEAs zu verwirklichen gewesen. So konnten die WEA-Standorte innerhalb der Parkfläche verschoben werden. Unabhängig davon, wie der Windpark im weiteren Projektverlauf realisiert wird, haben die sechs Ortsgenossenschaften damit die wichtigste Grundlage erreicht: einen realisierbaren Windpark, der das Windenergiepotential der Region im Sinne der Bevölkerung optimal ausschöpft.●

FACHTAGUNG: AUFWIND MIT WIND

Energiegenossenschaften erschließen das Geschäftsfeld Windenergie

Veranstaltung »Energiewende jetzt« am 29. Juni 2012 in Mannheim

Es ist attraktiv – und es ist komplex, das Geschäft mit der Windenergie. Doch viele Energiegenossenschaften wollen mehr als Photovoltaikanlagen betreiben, nicht erst seit dem Kahlschlag in der Solarförderung. Beim Thema Wind waren die Bürgerinnen und Bürger die Initiatoren. Privatpersonen haben die ersten Windkraftanlagen installiert und betrieben. Mittlerweile haben Investoren und große Projektentwicklungsgesellschaften das Geschäft übernommen und teilen den Markt fast vollständig untereinander auf. Dies soll und wird sich ändern. Bürgerbeteiligung heißt das Schlagwort. Gemeint ist oft, den Gegenwind vor Ort durch finanzielle Beteiligung aufzuweichen. Doch damit eröffnet sich auch die Chance auf echte Bürgerbeteiligung: Mitsprache bei der Planung, der Investition und Umsetzung. Beteiligung bei der Besetzung der Leitungsfunktionen und der Verteilung des Gewinns. Das sind die Visionen vieler Energiegenossenschaften.

Ansätze der Wertschöpfung

Bisher steigen Energiegenossenschaften sehr unterschiedlich in das Geschäftsfeld Windenergie ein:

- Sie erwerben Aktien- bzw. KG-Anteile oder realisieren andere Beteiligungsformen.
- Sie kaufen einzelne fertige Windkraftanlagen oder kleine Windparks von Projektentwicklungsgesellschaften und betreiben diese in eigener Verantwortung.
- Sie gehen Projektpartnerschaften untereinander ein, oder gehen mit Kooperationspartnern die Projektentwicklung gemeinsam systematisch an.
- Aktuell gründen sich Energiegenossenschaften, um Windkraftstandorte zu erschließen und die Projektentwicklung in einer Mischung von Eigenaktivität und Fremdvergabe voranzutreiben.

Die Fachtagung Windenergie gibt einen Überblick über Geschäftsmodelle im Bereich Wind:

- Wie können Energiegenossenschaften das Geschäftsfeld erschließen?
- Welche Möglichkeiten der Projektentwicklung und damit einer erweiterten Wertschöpfung existieren bisher?
- Welche Chancen ergeben sich durch »intelligente Kooperationen«?
- Wie sind Einstieg und Lernprozesse bei gleichzeitig ausgeprägter Risikominimierung möglich?

Ort und Termin

29. Juni 2012 von 10 bis 16.30 Uhr im Ökumenischen Bildungszentrum sanctclara, B 5,19, 68159 Mannheim
Teilnahmebeitrag 75 Euro (incl. Mittagsimbiss und Tagungsgetränke).
Organisation und Anmeldung: Ev. Arbeitsstelle Bildung und Gesellschaft, Dietmar Freiherr von Blittersdorff, Kronstraße 40, 76829 Landau
Tel.: (0 63 41) 98 58 16, Fax: 98 58 25
E-Mail:
info@energiegenossenschaften-gruenden.de
www.energiegenossenschaftengruenden.de

DOPPELBELASTUNG ODER DOPPELTES GLÜCK?

Der Laakenhof: Kommune und Betrieb

Auf dem Laakenhof, in Beckum zwischen Dortmund und Bielefeld gelegen, wohnen zur Zeit 13 Menschen: drei Kinder, ein Jugendlicher, zwei Angestellte, zwei Auszubildende, eine Kommune-Probezeitlerin und vier KommunardInnen, eine weitere Kommunardin wohnt ca. 1 km entfernt. Außerdem sind da noch fünf Angestellte, die hier bei uns ein- und ausgehen, aber hier nicht wohnen. Da seht ihr schon eine unserer Besonderheiten und Herausforderungen: hier lebt ein bunter Haufen Menschen, deren Bindeglied die Landwirtschaft ist. Nur ein Teil von uns lebt also in Kommune.

Die Laakenhof-Gemeinschaft Foto: Laakenhof

Von Julia und Kathrin, Laakenhof ● Unser Alltagsleben ist hauptsächlich durch die Landwirtschaft auf dem Laakenhof geprägt, also durch unsere Erwerbsarbeit. Wir leben von den Produkten, die wir hier herstellen und vermarkten. Wir verstehen unsere Arbeit als politisch – wir leben zwar voll im System der »Wirtschaftlichkeit« und doch versuchen wir tagtäglich eine Alternative zu zeigen. Wir wollen einerseits so wirtschaften, dass unserer Lebensunterhalt gesichert ist, andererseits wollen wir uns auch Entscheidungen leisten, die von außen betrachtet unwirtschaftlich erscheinen, aber unseren Idealen, unserer Ethik und unseren Träumen entsprechen. So arbeiten wir z. B. im Tierbereich mit alten Rassen in sehr kleinen Herden von elf Kühen (alte Schwarzbunte), neun Schweinen (Bunte Bentheimer) und einer eigenen Hühnerzucht. Im Gemüsebau ist es uns wichtig, alte Sorten und eine breite Sortenvielfalt anzubauen und zu erhalten.

Dieses Pendeln zwischen dem »im System sein« und eine Alternative zu leben ist natürlich immer wieder Thema – nicht zuletzt abhängig von unserer momentanen finanziellen Situation, die zum Glück schon seit einigen Jahren wesentlich entspannter ist als in der Anfangszeit. Eine weitere Gratwanderung ist auch das enge Miteinander von KommunardInnen und Leuten, die eher individualisiert, teilweise in kleinfamiliären und in nicht politisierten Strukturen leben, die hier als Angestellte sind und den Laakenhof auch als Arbeitgeberin/Chefin erleben. Aber die hier anfallende Arbeit ist allein von den KommunardInnen nicht zu schaffen, oder soll einfach weniger gemacht werden?

Der Wunsch nach selbstbestimmtem Arbeiten und Leben kommt manchmal für uns KommunardInnen an seine Grenzen, da es viele betriebliche Vorgaben gibt. So gibt es unausweichlich jeden Tag zwei Melkzeiten, auch an Wochenenden und an Demotagen. 250 KundInnen warten jede Woche auf ihre Abo-Gemüsekiste. Nicht zuletzt muss ein Haufen Bürokratie erledigt werden, wenn Lebensmittel produziert werden.

Naja, und fünf KommunardInnen und eine Probezeitlerin – natürlich gibt es auch bei uns genug Dynamik, die die Frage nach »Doppelbelastung oder doppeltes Glück?« stellt: So definiert sich die eine von uns sehr stark und in erster Linie über die Erwerbsarbeit, für einen anderen ist ein anarchistischer Ansatz wichtig, eine sucht in erster Linie eine soziale Gemeinschaft, ein anderer kam her, weil seine Freundin hier lebte und stellt sich die Frage: Ist das wirklich meins? Eine mag die Menschen groß und klein und wieder eine arbeitet gerne im Kollektiv und mag gar nicht Chefin sein. Obwohl irgendwie gilt auch alles für alle.

Und wir alle haben die gemeinsame Frage: Wann wachsen wir endlich? Unser Ziel sind 10 KommunardInnen plus Kinder, aber dafür müssen wir Zeit und Energie finden auf neue Menschen zuzugehen und mehr Wohnraum auszubauen, denn schon jetzt ist es eigentlich zu eng. Also, wo seit ihr Menschen, die das Laakenhofleben als Doppelbelastung mit doppeltem Glück kennenlernen wollen???●

Infos: www.laakenhof.de

Ideen und Ziele

Wir verstehen uns als linke Kommune. Alle KommunardInnen leben bewusst in dieser Struktur. Unsere Kommune ist eine offene Gruppe von Menschen, die hierarchiefrei und selbst bestimmt leben wollen. Wir engagieren uns für eine gerechte, gewaltfreie Gesellschaft und möchten an der Entwicklung alternativer Ansätze mitarbeiten. Eine Vernetzung mit anderen Gruppen ist uns wichtig.

Das Konsensprinzip ist wichtiger Bestandteil unseres Zusammenlebens. Es bedeutet ständige Kommunikation und die Auseinandersetzung mit den Bedürfnissen der Anderen. Wir möchten auf Dauer in einer Kommune mit 10 Personen leben, dazu gehören auch Benachteiligte und Menschen anderen Alters.

Wir haben eine gemeinsame Ökonomie, alle Einnahmen und Ausgaben werden über eine Kasse geregelt. JedeR von uns hat einen individuellen Ausstiegsvertrag erarbeitet, der von der Gemeinschaft akzeptiert wurde. dort sind Kündigungsfristen, Forderungen an die Gemeinschaft und das Fortbestehen des Arbeitsbereichs geregelt.

Nachwuchs bei den »Alten Schwarzbunten« Foto: Laakenhof

TICKER REPRESSION & RECHTSFÄLLE

Aufkleber-Verfahren nach Verunsicherungsrazzia eingestellt

In der Grenzstadt Flensburg sind die Verbindungen nach Dänemark eng. So kam es auch nach der Räumung des Kopenhagener Hausprojektes Ungdomshuset 2007 in der Stadt zu mehreren SoliAktionen. Aus Sicht der Betroffenen als »Revanche-Foul« stürmte die örtliche Polizei ein Flensburger Hausprojekt, verwüstete es, schlug und verhaftete Anwesende und legalisierte das Vorgehen anschließend mit angeblichen Widerstandshandlungen. Diese wurden im Juli 2010 verhandelt. Bereits nach der ersten Zeugenaussage des Truppführers schien die Darstellung dem Richter so peinlich zu sein, dass gegen Geldbußen eingestellt wurde. Doch die Staatsanwaltschaft und dem Staatsschutz war das nicht genug. Ermittlungsführend im besagten Prozess hatten sie sich bereits einen Monat vorher einen Hausdurchsuchungsbefehl für besagtes Objekt geben lassen, der just 3 Stunden vor Prozessbeginn vollstreckt werden musste.

Das neuerliche Verfahren war noch absurder: Im Ruhrpott hatten sich Cops über Aufkleber an ihrer Wache geärgert, die ihrer Meinung nach zum Anzünden von Polizeifahrzeugen auffordern würden, und starteten Ermittlungsmaßnahmen in mehreren Städten mehrerer Bundesländer, um die vermeintlichen Anstifter zu Straftaten zu finden. Nach mehreren Monaten Ermittlungstätigkeit glaubten sie den Verantwortlichen in einem Versandhändler, wohnhaft in besagtem Hausprojekt, gefunden zu haben. Dieses absurde Verfahren wurde nun trotz bereits erstelltem Strafbefehl eingestellt.

SEKs dürfen fotografiert werden

Selbst SEK-Anführer dürfen ein Fotografieren ihrer Amtshandlungen nicht verbieten. Ein SEK hatte zwei Journalisten in Schwäbisch Hall im März 2007 verboten, ihre Amtshandlung zu fotografieren, da die Anonymität der Truppe gewährleistet werden müsse. Eine Lokalzeitung aus Schwäbisch Hall hatte gegen die Entscheidung geklagt. Das Bundesverwaltungsgericht entschied, dass ein SEK-Einsatz ein zeitgeschichtliches Ereignis sei, von dem Bilder auch ohne Einwilligung der Beamten gemacht werden dürften. Ein berechtigtes Interesse der eingesetzten Beamten könne dem nur dann entgegenstehen, wenn die Bilder ohne den erforderlichen Schutz gegen deren Enttarnung veröffentlicht werden, erklärte das Gericht. Zur Abwendung von Gefahren »bedarf es aber regelmäßig keines Verbots der Anfertigung von Fotografien, wenn zwischen der Anfertigung der Fotografien und ihrer Veröffentlichung hinreichend Zeit besteht, den Standpunkt der Polizei auf andere, die Pressefreiheit stärker wahrende Weise durchzusetzen«, begründete der 6. Senat seine Entscheidung (Az.: 6 C 12.11).

Bayerischer Verwaltungsgerichtshof verneint Verantwortung von GentechnikerInnen

Fünf Imker, deren Honig nach Genversuchen in der Nachbarschaft kontaminiert war, verklagten den Staat Bayern, damit dieser Schutzmaßnahmen ergreife, um ungewollte Verbreitung von genetisch manipulierten Pollen zu verhindern. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof verneinte nun eine derartige Pflicht. Es liege in der Verantwortung der Imker, wenn ihr Honig kontaminiert werde. Mehr Infos: www.bienen-gentechnik.de

Dokumentation zu Sexismus bei der Polizei erschienen

Polizisten nutzen mit Einschüchterung, Diskriminierung und sexueller Nötigung ihre Machtposition aus. Betroffene kritisieren, dass Sexismus zum »Repressionsrepertoire« der Polizei gehört. Eine im April publizierte Dokumentation des Feministischen Instituts Hamburg beschreibt sexistische Erfahrungen mehrerer Frauen im Kontakt mit Polizeibeamten. Die Vorfälle drehen sich um Hilfeersuchen auf einer Polizeiwache ebenso wie im Rahmen von Personalienfeststellungen, Ingewahrsamnahmen oder Festnahmen. Die Verfasserinnen konstatieren eine »häufige Form gesellschaftlich geduldeter sexistischer Verhaltensweisen«. Verschärfend kommt hinzu, dass die Beteiligten sich in einer Situation ungleicher Hierarchien und Abhängigkeitsverhältnisse wiederfinden. Ähnliche Erlebnisse sollen nun in einem Blog gesammelt werden. Die Dokumentation des Feministischen Instituts Hamburg kommt zu dem Schluss, dass rassistische und sexistische Verhaltensweisen im Korpsgeist der Polizei angelegt sind. Ihnen sei kein Fall bekannt, der eine Dienstaufsichtsbeschwerde nach sich zog oder zur Anzeige gebracht wurde. Bemängelt wird das Fehlen von Namen oder Dienstnummern. Auch die Weigerung anderer Polizistinnen oder Polizisten, einen beobachteten verbalen oder körperlichen Übergriff zu bezeugen, behindert die Verfolgung. Letztlich ist aber die Funktion der Polizei in der Gesellschaft das größte Problem: So wird das Ausgeliefertsein als »hierarchisch angelegte Situation« beschrieben, in der eine direkte Intervention unmöglich ist. Beim Anzeige erstatten sind Betroffene auf die Polizei angewiesen und zudem schambelastet oder traumatisiert. Als Verdächtige oder in Gewahrsam Genommene wollen sie die Situation womöglich nicht weiter eskalieren und verzichten auf das Kontern des sexistischen Übergriffs. Zu einem ähnlichen Schluss kommt »LesMigraS«, eine Gruppierung aus der Berliner Lesbenberatung. Der Verein weist darauf hin, dass die Angst vor Gewalt durch Polizisten vor allem unter migrantischen Frauen verbreitet ist. Mehr Infos:
www.feministisches-institut.de/polizei-und-sexismus/#more-1359
www.lesmigras.de/tl_files/lesmigras/Tapesh/LM_Broschuere_Tapesh_einzelseiten_korrigiert.pdf
http://polizeiundsexismus.wordpress.com

Gericht erlaubt rassistische Polizeikontrollen Identitätsfeststellung eines Zugreisenden auch ohne konkreten Verdacht zulässig

Das Verwaltungsgericht Koblenz hat entschieden, dass die Polizei Menschen auf Bahnstrecken, die angeblich von als »Ausländern« diskriminierten Menschen zur vermeintlich »unerlaubten Einreise oder zu Verstößen gegen das Aufenthaltsgesetz« dienen, verdachtsunabhängig kontrollieren dürfen. Ein Student mit dunkler Hautfarbe, der in Kassel lebt, war von zwei Uniformierten im Zug aufgefordert worden, sich auszuweisen. Weil er sich nicht angepasst genug verhielt, schrieben die Beamten noch eine Anzeige wegen einer angeblichen Beleidigung. Im Prozess zur diesbezüglichen Verurteilung äußerte ein Beamter der Bundespolizei zum Grund für die Kontrolle, wenn er die Vermutung habe, ein Reisender halte sich möglicherweise illegal auf, frage er, wohin der Reisende fahre und bitte um Vorlage von Ausweispapieren. Er spreche dabei Leute an, die ihm als Ausländer erschienen. Ein Kriterium sei hierbei auch die Hautfarbe. Deshalb klagte der Betroffene vor dem Verwaltungsgericht Koblenz. Dieses wies die Klage ab. Aus Gründen der Kapazität und Effizienz sei die Bundespolizei auf Stichproben angewiesen. Deswegen dürfte die Auswahl nach dem äußeren Erscheinungsbild erfolgen. Durch einschlägige Vorschriften, entsprechende Lageerkenntnisse und einschlägige grenzpolizeiliche Erfahrung werde laut dem VG willkürliches Vorgehen ausgeschlossen. Einen ähnlichen Fall muss demnächst das Amtsgericht Dortmund entscheiden. Hier mischte sich ein Passant am Bahnhof in eine offensichtlich rassistische Kontrolle ein, und steht nun u.a. wegen dieser Feststellung (Beleidigung) vor Gericht. Mehr Infos: http://pappnasenprozess.blogsport.de

Dornbirner Gericht – eine kriminelle Vereinigung?

Zumindest das Bezirksgericht Dornbirn (Österreich) darf man neuerdings ungestraft als »kriminelle Vereinigung« bezeichnen. Fast einem Dutzend Angestellten und mindestens einer Richterin wird von der Staatsanwaltschaft vorgeworfen, Testamente zu eigenen Gunsten gefälscht zu haben. Dabei soll es mindestens um eine Schadenssumme von 10 Mio. Euro gehen. Ein mittlerweile geständiger und verurteilter Geschäftstellenleiter teilte in der Verhandlung über seinen Anwalt mit, dass er als sehr junger Mann ans Bezirksgericht gekommen und gesehen habe, dass sich manche ihre Suppe richten. Als er in der Position war, habe er es sich auch gerichtet. Mehr zu den Urteilen:
http://diepresse.com/home/panorama/oesterreich/752590/TestamentsfaelscherProzess_Drei Mittaeter-verurteilt?_vl_backlink=/home/panorama/oesterreich/index.do

Berufungsprozess wegen »Erschleichen von Leistungen«

Am 21. Mai findet vor dem Landgericht Braunschweig die Berufungsverhandlung gegen eine Aktivistin statt, der vorgeworfen wird keinen gültigen Fahrschein vorgezeigt zu haben, als sie in einer Braunschweiger Straßenbahn kontrolliert wurde. Bereits im Dezember 2011 stand sie deswegen vor dem Amtsgericht Braunschweig. (https://linksunten.indymedia.org/de/node/51366). Der Prozess, welchen die Angeklagte offensiv führte, war von strengen Einlasskontrollen und Rechtsbrüchen am laufenden Band geprägt. Der Richter untersagte u.a. das Stellen von Beweisanträgen und räumte der Angeklagten keine Möglichkeit für ein Plädoyer ein. Die Verteidigungsstrategie der Angeklagten kommentierte der Vorsitzende Richter Steinberg unter anderem mit den Worten »die Herrschaften sind damit beschäftigt, das Verfahren zu torpedieren« und »das kenne ich alles schon, das ist doch langweilig«. Nach 2 Stunden Prozess verurteilte er die Angeklagte dann zu 20 Tagessätzen á 20 Euro, welche Richter Steinberg in der schriftlichen Urteilsbegründung auf 20 Tagessätze á 5 Euro korrigierte. Die Angeklagte legte daraufhin Berufung ein, welche am 21. Mai um 9 Uhr im Landgericht Braunschweig verhandelt wird. »Es ist nicht einzusehen, dass Menschen dafür bezahlen müssen, mobil zu sein. Wer sich kein Ticket leisten kann, muss zuhause bleiben oder wird bestraft, weil er oder sie ohne Fahrschein fährt. Diese Ungerechtigkeit kann ich nicht einfach akzeptieren.«, erklärt die Angeklagte ihren Schritt, gegen das Urteil Berufung einzulegen. »Ich fordere den Nulltarif für den öffentlichen Nahverkehr, damit Mobilität kein Privileg bleibt!« Die Angeklagte wird das Verfahren offensiv führen und freut sich über zahlreiches Publikum. Mehr Infos: schwarzfahren.blogsport.de●

Hauke Thoroe

ERGEBNISSE UND AUSBLICKE DES FORUM SOLIDARISCHE ÖKONOMIE ANFANG MÄRZ IN DER UNI KASSEL

...nach dem Forum ist vor dem Forum

In Deutschland existiert eine bunte Vielzahl von Zusammenschlüssen, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit Solidarischer Ökonomie beschäftigen: Oft mit leicht unterschiedlichen Konzepten und vor allem unter anderen Begriffen, wie z.B. Selbstverwaltung, (neue) Genossenschaften, Kollektivbetriebe, Commons, Gemeinwohlökonomie, soziale Ökonomie, fairer Handel. Es fehlt jedoch eine gemeinsame Identität, eine spürbare Bewegung und entsprechende Vernetzung der Solidarischen Ökonomie.
Das bundesweite Forum Solidarische Ökonomie bildete Anfang März mit ca. 200 TeilnehmerInnen in der Uni Kassel den Auftakt für den gezielten Aufbau eines Netzwerk Solidarische Ökonomie – mit Blick auf ähnliche Netzwerke, die jüngst beispielsweise in Lateinamerika, Italien, den USA und auf europäischer Ebene entstanden sind.

Eingangsbereich und Anmeldung Forum Solidarische Ökonomie

Von Dagmar Embshoff, Kassel ● Seit wenigen Jahren ist auch hierzulande bei (Energie-)Genossenschaften, Wohnprojekten, Nachbarschaftsgärten, Solidarhöfen und ethischen Banken ein starker Zulauf unübersehbar und viele Neugründungen entstehen. Die derzeitige multidimensionale Krise birgt darüber hinaus eine große Chance, da viele Menschen offener für Alternativen sind und sich nach einer möglichst regionalen und transparenten Ökonomie sehnen. Gerade auch dieser noch sehr jungen Bewegung sollte im März erstmals ein Forum zum Austausch geboten werden. Als alternative Praxis ist Solidarische Ökonomie für breite Bevölkerungsschichten leichter erfahrbar, attraktiv und zugänglicher als Kritik und linke Theorien. Schließlich geht es auch um das gute Leben, um mehr Gemeinschaft, Kooperation und Solidarität im Alltag, um konkrete Bedürfnisse. Doch sie darf sich nicht in der Praxis verlieren, sondern bedarf der Kooperation mit anderen progressiven Bewegungen und umgekehrt. Solidarische Ökonomie ist nach dem Franzosen J.-F. Draperi nicht anti-kapitalistisch. Sonst wäre sie überflüssig, sobald der Kapitalismus aufgehoben ist, sowie die Anti-AKW-Bewegung überflüssig wird, wenn die Atomenergie abgeschafft ist. Sie wirtschaftet viel mehr nach un-kapitalistischen – solidarischen – Prinzipien, versucht dies zumindest. Denn sie existiert schon heute und damit nicht frei von kapitalistischen Strukturen und Denkweisen, aber darüber hinaus weisend: Solidarische Ökonomie ist damit mehr als antikapitalistisch: Sie ist ein »Fenster in die Welt von morgen«, wie Gisela Notz über die Alternative Ökonomie schreibt.

Dieses Fenster weit zu öffnen war das Ziel des Forum Solidarische Ökonomie. Einem Netzwerk für Solidarische Ökonomie muss der Balanceakt gelingen, der angedeuteten Vielfalt Solidarischer Ökonomie Raum zu geben und gleichzeitig ein klares Selbstverständnis zu entwickeln und den Begriff Solidarische Ökonomie zu schärfen, um Weichspülungen wie beim Ausdruck »Nachhaltigkeit« aktiv entgegen zu wirken. Gemeinsame Prinzipien und Werte wie Kooperation statt Konkurrenz und die Orientierung an Sinn und Bedürfnissen statt am größtmöglichen Gewinn geben der »SÖ« ein Gesicht und erleichtern die Entscheidung sich anzuschließen.

Warum Vernetzung?

Die doppelte Herausforderung eines Netzwerk Solidarische Ökonomie besteht darin, nach innen und außen diese Wirtschaftsweise zu fördern: Innerhalb der Bewegung können sowohl Wissens- und Erfahrungsaustausch als auch ökonomischer Austausch entstehen, z.B. entlang lokaler Ketten oder durch gemeinsame (Risiko-) Fonds. Optimal wäre es, wenn etabliertere Betriebe und Projekte neuere durch ihre Ressourcen unterstützen. Jüngere Organisationen können wiederum neue Ideen bringen und eine Politisierung fördern, die laut der »Hessen-Studie« zur alternativen Ökonomie letztlich stabilisierend wirkt. Außerhalb des Netzwerks geht es um breite Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit zu Solidarischer Ökonomie, also die Verbreitung der Ideen, Werte und des Begriffs und die Förderung von Neugründungen sowie um Forderungen nach besseren Rahmenbedingungen: Hierzu zählt sowohl ein Ende der Subventionierungen konventioneller Ökonomie und der Diskriminierung Solidarischer Ökonomie bei Förderprogrammen und Ähnlichem, als auch die verstärkte Förderung Solidarischer Wirtschaftsweisen.

Entsprechend des Ziels der Vernetzung und stärkeren Zusammenarbeit ging es beim »Forum Solidarische Ökonomie« in 3 Themensträngen um die (Kultur der) Kooperation *innerhalb* von Betrieben/ Projekten, um Kooperation *zwischen* Betrieben/Projekten und schließlich um Kooperation *in der Gesellschaft* als Ganzes. Viele Betriebe und Organisationen haben im 1. und 2. Themenstrang sehr offen ihre Erfahrungen geteilt, darunter z.B. MitarbeiterInnen bzw. Aktive von »Kunst des Scheiterns e.V.«, der CONTRASTE e.V. , der Regenbogenfabrik, der Schnittstelle, der Tech.net, der taz eG, der GLS-Bank eG, der Greenpeace Energy eG, der Kommune Niederkaufungen, und einige lokale Akteure aus Kassel bzw. Nordhessen aus den Bereichen Energiegenossenschaften, Wohnen, Ernährung, Holzverarbeitung und Regiogeld. Hinzu kamen einzelne international besetzte Workshops mit ReferentInnen aus Frankreich, Belgien und Italien. Besonders Jason Nardi vom italienischen Netzwerk Solidarische Ökonomie (RES), bzw. dem europäischen Netzwerk für Solidarische Ökonomie (RIPESS Europe) hat viele hilfreiche Impulse für den Aufbau eines bundesweiten Netzwerks gegeben, darunter die positive Erfahrung des RES mit einer Art »Charta zur Solidarischen Ökonomie«. Einige Veranstaltungen und kurze Interviews finden sich als Video-Dokumentation im Internet unter: www.youtube.com/user/soliooeko.

2012 International Year of Cooperatives

Besonders viele junge Menschen haben am Forum teilgenommen, aber auch ältere und bekannte Gesichter vor allem aus der »Szene« der Alternativen Ökonomie haben zu einer schönen Mischung beigetragen. Dennoch war sicherlich nicht das ganze Spektrum dessen, was in anderen Ländern als »Solidarische Ökonomie« bezeichnet wird oder auch hier darunter gefasst werden könnte vorhanden: Beispielsweise aus dem Bereich des Fairen Handels waren nur zwei kleinere Organisationen vertreten. Auch aus dem (progressiven) Genossenschaftsbereich waren – teilweise auch krankheitsbedingt – über einzelne ReferentInnen hinaus viele Organisationen und Betriebe nicht oder nur kurz als InputgeberIn vor Ort. Andere eher junge Zusammenschlüsse wie z.B. der nordhessische Verein zur Förderung der Solidarischen Ökonomie (vfsö) oder das »Netzwerk Solidarische Landwirtschaft« waren mit Workshops, Info-Materialien und vielen TeilnehmerInnen sehr präsent. Dies zeigt, dass das entstehende Netzwerk noch nicht die verbindende Funktion hat, die es anstrebt. Und es zeigt, dass der Begriff »Solidarische Ökonomie« hierzulande nach wie vor für manche neu und fremd ist und dass der Sinn einer Kooperation zwischen unterschiedlichsten Organisationen und Betrieben/Projekten, die zwar einige grundlegende Werte in ihrer Wirtschaftsweise eint, nicht unbedingt gesehen wird. Ob die ca. 20 Kooperationspartner- und andere Unterstützungs-Organisationen aus dem Feld der Solidarischen Ökonomie sich über das Forum hinaus zusammenschließen werden, bleibt also vorerst offen.

Als Zusammenschluss von Einzelpersonen ist die »Initiative für ein Netzwerk Solidarische Ökonomie« sicherlich durch das Forum einen guten Schritt voran gekommen: Bei vielen TeilnehmerInnen war eine gewisse Aufbruchstimmung und Begeisterung zu spüren. Mit der Atmosphäre und den inhaltlichen Inputs und Debatten waren die allermeisten den Feedbacks nach offenbar sehr zufrieden. Besonders der Open Space kam sehr gut an. Das Konzept eines Forums, das weniger auf frontale Formate wie große Podien und unzählige hochkarätige internationale Gäste setzt, sondern vielmehr auf den direkten Austausch und die Fragen und Erfahrungen aller Teilnehmenden, scheint aufgegangen. Im Rahmen des Open Space und eines Vernetzungstreffens gegen Ende des Forum-SÖ wurde auch über die weitere Zusammenarbeit gesprochen. Dabei ging es vor allem um Aufgaben, Strategien und konkrete Schritte für den weiteren Aufbau eines Netzwerk Solidarische Ökonomie. Im Folgenden einige Ergebnisse und Pläne:

Internet

Die Internet-Seite unter www.solidarische-oekonomie.de soll grundlegend umgestaltet und überarbeitet werden. Damit im Zusammenhang sollen bestehende Betriebe und Projekte Solidarischer Ökonomie noch umfassender auffindbar werden und mittelfristig ein Social Web für Solidarische Ökonomie entstehen. Hierzu soll unter Beteiligung aller Interessierten zunächst ein Konzept erstellt werden, bei dem die tatsächlichen Bedürfnisse und bestehenden Angebote einbezogen werden. Dann erst folgt die entsprechende technische, gestalterische und inhaltliche Umsetzung. Auch der monatliche Newsletter [solidar-info] wird anschließend ein neues Gesicht bekommen.

Filmclip/Fotoslides

Es gibt diverse kreative Vorschläge um Idee und Begriff der Solidarischen Ökonomie bekannter zu machen. Die beliebtesten darunter sind ein einführender, möglichst humorvoll-ansprechender Filmclip (»Kinospot«) zu Solidarischer Ökonomie sowie eine Reihe von 5-10 Fotoslides (= mit Ton hinterlegte Fotoreihen, ähnlich Kurzfilmen von wenigen Minuten), die verschiedene Projekte/ Betriebe der Solidarischen Ökonomie porträtieren.

Beim Pausengespräch über das Kartenquiz »Kollektivbetriebe Berlin«

Folgekongress 2013 in Österreich

Schon im kommenden Jahr soll es einen weiteren großen Kongress zum Thema Solidarische Ökonomie in Österreich geben, für den wir unsere Kooperationsbereitschaft zugesagt haben. Genauer Termin und Konzept sind noch offen. Es ist aber nahe liegend, die Diskurse zunächst in verschiedenen deutschsprachigen Ländern zusammenzuführen und sich darüber hinaus an den internationalen Debatten und Aktivitäten zu beteiligen (RIPESS – Solidarity Economy Europe, Weltsozialforen etc). Ein erneutes bundesweites Forum SÖ wird es vermutlich in 2014 geben.

Regionale SÖ-Netze und Foren

Auf dem Forum sind auch fünf eher lose, regionale Zusammenschlüsse für Solidarische Ökonomie entstanden, was besonders erfreulich ist. Denn eine Solidarische Ökonomie sollte in erster Linie eine lokale und regionale Ökonomie sein, die es durch die Bildung von Wirtschafts-Ketten und Kreisläufen (wieder) aufzubauen und zu stabilisieren gilt. Als Basis hierzu sind verschiedene vor allem vernetzende und informierende Aktivitäten geplant: Weitere Kartierungen, Film- und Vortragsreihen, eine lokale Solidarische Ökonomie-»Messe« und regionale SÖ-Foren. Das UN-coopsyear 2012 werden sicherlich einige zum Anlass nehmen, um das Thema Genossenschaften/Kooperativen lokal mit anderen Organisationen und ggf. auch Betrieben in die Öffentlichkeit zu bringen und zu diskutieren.

Selbstverständnis/Charta

Nach italienischem Vorbild soll eine »Charta« als eine Art Selbstverständnis des Netzwerks diskutiert und verbreitet werden. Hierbei geht es um Fragen wie:

- Was verstehen wir als Netzwerk SÖ unter »Solidarischer Ökonomie«?
- Was sind unsere Ziele und worin sehen wir unsere Aufgaben?
- Wozu rufen wir auf bzw. was sind unsere Forderungen?

Wissenschaftlicher Beirat

Die »Initiative Netzwerk Solidarische Ökonomie e.V.« erhält immer wieder Anfragen von jungen Menschen, die ihre Abschlussarbeit oder eine Dissertation im Bereich Solidarischer Ökonomie schreiben. Es gilt, diese Menschen einerseits untereinander und mit erfahreneren WissenschaftlerInnen zusammenzubringen und andererseits diese und andere wissenschaftliche Arbeiten zusammenzutragen und öffentlich zur Verfügung zu stellen. Hierzu soll ein wissenschaftlicher Beirat eingerichtet werden, der außerdem das noch junge »Netzwerk Solidarische Ökonomie« beratend begleiten kann.

All diese Pläne sollen auf dem Perspektivtreffen Netzwerk SÖ vom **8.-10. Juni** in Kassel sowie weiteren Treffen konkretisiert und vorangebracht werden. Die Einladung inklusive Programm sowie diverse Kontaktpersonen für die einzelnen Vorhaben und Regionen finden sich unter www.solidarische-oekonomie.de. Alle LeserInnen der CONTRASTE sind herzlich eingeladen sich einzumischen!

In jedem Fall bleibt noch viel zu tun aber auch viel Gestaltungsspielraum für den weiteren Aufbau des Netzwerk Solidarische Ökonomie. Denn: Das Vorhaben ist groß und das Netzwerk noch lange nicht flügge.

...und nach dem Forum ist vor dem Forum!●

Video-Doku: www.youtube.com/user/soliooeko

22. JAHRESTAGUNG DER LOCCUMER INITIATIVE KRITISCHER WISSENSCHAFTTLERiNNEN VOM 30.3 BIS 1.4.2012 IN BREMEN

»Solidarische Ökonomie und Selbstverwaltungsgesellschaft«

Mit dieser Tagung sollte ein Beitrag zu den aktuellen Diskussionen über mögliche Alternativen zu einer »immer kurzatmigeren Politik einer Stabilisierung der globalen Ökonomie« geleistet werden, wie es in der Einladung hieß. Sie sollte sich auf die beiden Debattenstränge beziehen, in denen sich Gewerkschaften und ihr Umfeld einerseits und die ökologische bzw. globalisierungskritische Bewegung andererseits an der Entwicklung von Antworten auf die bislang einzigartige Zusammenballung ökonomischer, sozialer und ökologischer Krisen versuchen.

Von Wilfried Gaum ● Das eigenständige Profil der »Loccumer Initiative« als fraktions- und strömungsübergreifendem Ort der Selbstverständigung kritischer Theorie zeigte sich in einer Reihe ambitionierter Problemstellungen, die an diesem Wochenende bearbeitet werden sollten. Die Aufarbeitung der gescheiterten Sozialismuskonzeptionen gehörte dazu ebenso wie die Suche nach verallgemeinerungsfähigen Konzepten einer Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei sollte auch das schon lange diskutierte Spannungsverhältnis von betrieblicher Autonomie und gesamtwirtschaftlicher Planung beleuchtet werden. Von hohem Interesse und für eine alternative Produktionsweise essentielle Fragestellungen wie die Entstehung und Diskussion gesellschaftlicher Bedürfnisse und ihre Umsetzung in Produktion sollten ebenfalls thematisiert werden.

Die hohen Erwartungen, die sich aus dem Versuch der Veranstalter ergeben, nicht lediglich ein alternatives neues Produktionsregime, sondern auch die mit diesem zu erfüllenden gesellschaftlichen Bedürfnisse kritisch zu beleuchten, zugleich auch verschiedene Generationen von Kämpfen um die soziale Emanzipation des Menschen zu vermitteln, konnten nüchtern betrachtet nur enttäuscht werden. Fazit: weniger wäre mehr gewesen.

Kapitalismus und Demokratie ein schwieriges Paar

Michael Krätke leitete die Tagung mit einem Referat über die aktuelle Kritik des Kapitalismus und seine demokratischen Alternativen ein. Er beschrieb die derzeitige wirtschaftliche Situation als eine der großen Krisen, deren ökonomische und politische Bedeutung weit über die üblichen, etwa alle 7 bis 8 Jahre auftretenden kapitalistischen zyklischen Krisen hinausgehe. Seiner Ansicht nach befinden wir uns in einer Großen Depression, die zusammenfällt mit einer ökologischen und einer Hungerkrise. Aus Krisen dieses Typus kam der Kapitalismus immer anders heraus als er hineingegangen ist. In der aktuellen Situation erweise sich einmal mehr, dass Kapitalismus und Demokratie ein schwieriges Paar seien. Das Regime eines demokratischen Kapitalismus sei schwer beschädigt, zumal bis jetzt der Finanzsektor alle Runden im Kampf um seine Regulierung gewonnen habe. Die Tendenz zu einem weiteren Abbau des Staatssektors, zu mehr Privatisierung, mehr Staatsschulden, weniger öffentlichem Vermögen und höherem Massensteuerdruck sei ungebrochen. Krätke beschrieb vier Szenarien als denkbar, die aus der Krise führen könnten: ein neokonservativ-autoritäres, ein »Neoliberalismus light«, ein sozialdemokratisches und ein öko-sozialistisches. Als wichtigen internationalen Akteur machte Krätke die Occupy-Bewegung aus, die als organisierter Ausdruck der immer noch lebendigen moralischen Ökonomie der Unterklassen gelten könne und nicht nur eine andere Demokratie, sondern auch eine andere Wirtschaft einfordere.

»Fenster in eine andere Welt«

Im nächsten Block sollten die »Erfolgsbedingungen selbstverwalteter Ökonomien« diskutiert werden. Einstiegsstatements dazu hielten Gisela Notz (»Erfahrungen mit alternativen Betrieben in Deutschland«), Clarita Müller-Plantenberg (»Selbstverwaltete Produktions- und Verbrauchsketten und universitäre Unterstützungsstukturen«) sowie Dagmar Embshoff (»Aktuelle Entwicklung solidarischer Ökonomien und ihre Vernetzung«). Notz benannte einige Kriterien für eine der solidarischen Ökonomie verpflichteten Betriebsweise: Selbstverwaltung, Herstellung sinnvoller Produkte, Aufhebung von Hand- und Kopfarbeit. Zwischen 100.000 und 450.000 Menschen arbeiteten in Deutschland zur Zeit in solchen Betrieben. Trotz der immer drohenden Gefahr, dass sich innerbetriebliche Hierarchien durchsetzen und sich hinter dem Rücken der Genossen kapitalistische Leistungsnormen durchsetzten, sich Fremd- und Selbstausbeutung etabliere, meinte Notz mit diesen Betrieben habe sich ein »Fenster in eine andere Welt« aufgetan. Clarita Müller-Plantenberg stellte in ihrem Beitrag ganz praktisch eine Reihe von Beispielen solidarischer Ökonomie in Europa vor, die sich zum Teil zu komplexen Ketten von der Urproduktion, Verarbeitung bis zum Vertrieb ordnen. Dagmar Embshof schließlich stellte aktuelle Trends in der langsam wachsenden solidarischen Ökonomie vor, die von einer zarten Bewegung zur Neugründung solcher Betriebe über die aufkommende gewerkschaftliche Debatte um Wirtschaftsdemokratie zum Aufbau eines internationalen Netzwerkes in Italien, Frankreich und den USA führten. Immer mehr Menschen wollten nicht mehr im Widerspruch zwischen unseren eigenen Theorien und Überzeugungen und unserem Leben stehen. Die eigentliche Fragestellung nach den Erfolgsbedingungen solidarischer Ökonomie wurde durch die eher deskriptiv orientierten Einleitungsbeiträge nicht getroffen. Dafür wurden in der Diskussion kritische Fragen aufgeworfen:

- Richtet sich die solidarische Ökonomie nicht eher in Nischen ein, wie soll daraus ein Impuls für eine Bewegung werden?
- Gibt es nicht einen Zusammenhang mit einer kapitalistischen Selbsterneuerungsbewegung?
- Sind Genossenschaften Kinder der Not oder eine Bewegung zu einem anderen Arbeiten und Leben?

Interessant auch der Hinweis, dass Betriebe wie die von Longo Maï mit ihrem Ansatz, ein »gutes Leben« (»buen vivir«) aus dem alten Paradigma der Arbeiterbewegung der politischen Machtübernahme durch Reform oder Revolution ausbrechen.

Gisela Herbert, deren Thema eigentlich die Organisation einer selbstverwalteten Gesellschaft zwischen Markt und demokratischer Planung sein sollte, brachte Kritisches in die Diskussion ein. Die Genossenschaften sollten nicht mit Ansprüchen und Idealisierungen überfrachtet werden, so zum Beispiel dem Anspruch, diese sollten die Trennung von Hand- und Kopfarbeit aufheben etc. Sie seien als Selbsthilfeorganisationen mit regionalem Bezug zu verstehen, nicht mehr und nicht weniger.

Wirtschaftsdemokratie

Anschließend gelang es Alex Demirovic in seinem unter dem Titel »Wirtschaftsdemokratie – Konzepte und aktuelle Diskussion« angekündigten Referat die besonders von der IG Metall betriebene politische Diskussion über eine Alternative zuzuspitzen. Demirovics Ausgangsüberlegung war, dass allen Menschen ein vollständiges Beteiligungsrecht am gesellschaftlichen Leben zukommt. Die bereits von Marx kritisierte Trennung von Politik und Ökonomie ist und bleibt unplausibel, denn entweder ist Demokratie ein gesellschaftliches Prinzip, das für alle Sphären Gültigkeit hat oder sie ist keine. Die Debatte in der IG Metall nähert sich diesem Ansatz über die Tradition der Betriebsrätebewegung. Sie versteht Wirtschaftsdemokratie als Kontrolle oligopolistischer Unternehmensstrukturen und fragt daher danach, ob investiert wird, in was investiert wird, ggfls. in welche Produkte und wann. Demirovic betonte aber, dass Wirtschaftsdemokratie eben keine Gewerkschaftsangelegenheit sei. Eine solche Verengung würde sofort die Frage nach der Legitimität der Repräsentation der Beschäftigten durch eine Gewerkschaft aufwerfen und Interessenkollisionen zwischen Produzenten und Konsumenten systematisch vernachlässigen. Wirtschaftsdemokratie sei demgegenüber eine gesellschaftliche Fragestellung, von der lediglich eine Teilmenge durch die gewerkschaftliche Debatte thematisiert werde. Zur Demokratisierung der industriellen Produktion müsse die Sozialisierung der Kredit- und Sparfunktionen hinzutreten sowie ihre Abstimmung auf ökologische und transnationale Bedürfnisse.

»Multidimensionale Pluralität«

Im dritten Workshop der Tagung, in dem es um »Bedürfnisse« gehen sollte, sprach zunächst Friederike Habermann unter dem Titel »...will nicht so, wie ich wohl will« zu Bedürfnissen jenseits von Askese, Ausbeutung und autoritärem Staat. Ziel einer Neuausrichtung der mentalen Infrastrukturen sei eine »common based peer production«, die nach den Prinzipien »Teile, was Du kannst«, »Besitz statt Eigentum« und »Beitragen statt tauschen« funktioniere. Anschließend diskutierte Stefan Meretz Bedürfnisse in der gesellschaftlichen Produktion. Bedürfnisse drückten historisch spezifische Verhältnisse aus. Deshalb gebe es keine festen Bedürfnisse, woraus sich für eine Planökonomie ein handfestes Problem ergebe. Eine Planwirtschaft ermittele Bedürfnisse, um dann zu produzieren – Meretz nannte das eine statische Indirektion. Dem stehe die Marktwirtschaft als dynamische Indirektion gegenüber, bei der erst produziert und dann Waren an den Konsumenten vermittelt werden. Markt und Plan seien aber keine Gegensätze, sondern Varianten des Gleichen. Sie seien in einem Kontinuum der Warenproduktion eingespannt: Bedürfnisse werden lediglich ermittelt, dann Waren produziert und schließlich vermittelt. Ausgangspunkt für eine neue Produktion müsse aber sein, dass die Menschen ihre Bedürfnisse selbst ermitteln, produzieren und vermitteln. Anknüpfend an Arbeiten von Elinor Ostrom sei dies in »commons« möglich: Bedürfnisse werden ex ante ermittelt, Zielkonflikte intern ausgehandelt, Ziele bilden eine »multidimensionale Pluralität«, die Zeitverausgabung wird als Lebensqualität verstanden und insgesamt eine Logik der Inklusion erzeugt. Eine *neue* Produktionsweise setze sich nur durch, wenn sie sich als neue *Produktionsweise* durchsetze. Dazu biete das System der »commons« hinreichende Ansätze: die Selbststeuerung in diesen ersetze potenziell den Staat durch »meta commons«, Restrukturierung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, zunehmende Ersetzung des Geldes als Tauschmittel und damit den Abbau des Finanzsystems und der Nationalstaaten durch den Aufbau problemzentrierter »global commons«. Das entscheidende an diesem Ansatz ist wohl, dass durch die neuen technologischen Entwicklungen eine demokratische Kommunikation über die Produktion der Produktionsmittel möglich werde.

In der Diskussion wurden sehr an marxistische Utopie- und Bilderverbote erinnernde Einwände gegen Habermann und Meretz vorgebracht. Sie sind angesichts der sich zuspitzenden Krisenszenarien und der stupenden Einfallslosigkeit der traditionellen Linken (die selten mehr als Keynesianismus oder Zusammenbruchsszenarien vorbringen) zu vernachlässigen. Sie taugen nicht mehr als systematisch durchgreifende Argumente, nachdem die traditionelle Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung in mehr als 150 Jahren ihrer Existenz in keiner ihrer Ausprägungen überzeugende Argumente dafür liefern könnte, nicht mit großer Offenheit und soziologischer Phantasie neue Pfade in Utopia zu betreten.

Recht und Politik

Der letzte Tag der Tagung sollte der Diskussion von Fragestellungen um Recht und Politik vorbehalten bleiben. Michael Buckmiller referierte in seinem Vortrag zum Verhältnis von parlamentarischer und Rätedemokratie. Dabei bezog er sich zunächst auf die historische Konstellation bei Etablierung der ersten parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Die Sozialdemokratie nahm 1918 von ihrer Programmatik einer Strukturierung der Wirtschaft durch den Staat Abstand und eine Position des »Plakatsozialismus« ein (»Die Sozialisierung marschiert« – es marschierten dann aber nur die Freikorps). Dagegen entwickelten kritische Sozialisten Alternativmodelle. Karl Korsch beispielsweise vereinte Momente einer Sozialreform und der Rätedemokratie zu einem Modell, das weder reine Verstaatlichung noch eine rein syndikalistische Lösung darstellte. Vielmehr wurde die Widersprüchlichkeit der Interessen von Produzenten und Konsumenten gesehen und synthetisiert, indem industrielle Autonomie und die Feststellung öffentlicher Bedarfe zusammengebracht werden sollten. Dabei war zudem an die Herausbildung einer sozialistischen Moral auf der Grundlage einer intensiven Aufklärungs- und Bildungsarbeit als Vorbedingung einer rationalen Gestaltung der Gesellschaft gedacht. Die entscheidende historische strukturelle Schranke für die Realisierung der sozialistischen Modelle lag aber darin, dass mit den damals vorhandenen technischen Möglichkeiten eine zeitlich und sachliche Abstimmung der Produzenten und Konsumenten untereinander und in ihren jeweiligen Rollen nicht möglich war, ohne eine Planbürokratie in Kauf nehmen zu müssen. Das die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten für die Etablierung von Demokratie als Prinzip in Gesellschaft und Ökonomie auch heute gegeben sind, wies Buckmiller kurz unter Bezugnahme auf eine Arbeit Peter von Oertzens über die Vereinbarkeit von freiheitlicher Demokratie und Rätedemokratie auf. Danach ist es durch einfache Verfassungsänderung möglich, den repräsentativen Parlamentarismus durch direkte Formen der Demokratie abzulösen.

Schlussrunde

Das letzte Referat der Tagung bestritt Andreas Fisahn, der mit einem Vortrag zu den verfassungsrechtlichen Voraussetzungen einer selbstverwalteten Gesellschaft angekündigt war, jedoch zu den aktuellen Erscheinungsformen der europäischen Postdemokratie sprach. Er geht davon aus, dass das Projekt des europäischen Binnenmarktes eine passive Revolution gegen den in den nationalen Nachkriegsverfassungen festgeschriebenen Klassenkompromissen handelt.

In die Abschlussdiskussion brachte Buckmiller die Überlegung ein, dass gegen ein neoliberales Europa der Nationalstaaten ein Föderalismus der Regionen und Großräume gedacht werden könne. Wolfgang Nitsch plädierte für ein alternatives Europa der lokalen Initiativen. Europa soll weiterhin im Fokus der nächsten Diskussionen der »Loccumer Initiative« stehen. Den Entdemokratisierungsprozessen stellen sich soziale Bewegungen besonders in Südeuropa entgegen, die einer näheren Betrachtung wert sind und Gegenstand der nächsten Jahrestagung sein sollen.●

Kooperationspartner der Tagung waren:
Rosa-Luxemburg-Initiative/Die Rosa Luxemburg Stiftung in Bremen und DGB Bremen/Elbe-Weser

Anzeige

Ossietzky
Zweiwochenschrift für Politik / Kultur / Wirtschaft

Ossietzky erscheint alle zwei Wochen im Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin – jedes Heft voller Widerspruch gegen angstmachende und verdummende Propaganda, gegen Sprachregelungen, gegen das Plattmachen der öffentlichen Meinung durch die Medienkonzerne, gegen feigen Selbstbetrug.

VERLAG OSSIETZKY

Hiermit bestelle ich die Zweiwochenschrift »OSSIETZKY« als
❍ Jahresabo zu € 58,- (Ausland € 94,-)
❍ Halbjahresabo zu € 32,-

Vorname, Name

Straße, Nr.

PLZ, Wohnort

Das Abo kann innerhalb einer Woche beim Verlag schriftlich widerrufen werden. Wird es nicht acht Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt, verlängert sich das Abo um ein Jahr.

Datum, Unterschrift

Bestelladresse: Verlag Ossietzky GmbH
Weidendamm 30 B · 30167 Hannover
e-mail: ossietzky@interdruck.net

Die LINKE und das Netz

Netzpolitik ist längst Gesellschaftspolitik. Die durch das Internet ausgelöste kopernikanische Wende in Politik, Ökonomie und Privatleben wird von der LINKEN bislang nur unzureichend reflektiert. Es steht zu befürchten, dass die LINKE auch durch die Wahlerfolge der Piratenpartei nicht aus ihrem »analogen Tiefschlaf« erwacht und das von den Piraten und anderen symbolisierte Misstrauen am derzeitigen politischen System nicht produktiv aufnimmt und in ein neues, partizipatives Verständnis von Politik umsetzt.

Netzpolitik ist zwar seit dem Parteitag von Erfurt im Programm der LINKEN aufgenommen worden, für die Verankerung des Themas stehen aber nur wenige Prominente – die meisten dürften in dem hier anzuzeigenden Buch vertreten sein. Diese Publikation enthält zwölf Artikel von einem halben Dutzend AutorInnen sowie zwei Protokolle von Diskussionsrunden. Alle machen deutlich, dass »das Internet« eine technische *und* eine soziale Frage ist, ja dass sich diese beiden Aspekte oftmals gar nicht so leicht voneinander trennen lassen. Einige Beiträge kreisen um die Frage des (technischen) Netzzuganges für alle, sie argumentieren für ein »Grundrecht auf Internetzugang« und damit gegen die digitale Spaltung unter anderem entlang des Haushaltseinkommens. Nächster Aspekt ist die Nutzung: Demokratie braucht transparente Information und einen kompetenten Umgang damit. Dies betrifft zum einen die Bereitstellung von Daten im Netz, etwa seitens der Verwaltung (Stichwort »Open Data«), zum anderen den derzeit stattfindenden Übergang von einem Konzept der Medienkompetenz zu dem einer weiter gefassten Medienbildung. Ein weiterer Punkt, neben den allgemeiner bekannten wie dem Datenschutz, ist das vielfältige Thema »Netzneutralität«. Netzneutralität zu fordern, bedeutet ausdrücklich dafür einzutreten, dass Internetanbieter alle Daten unverändert und gleich schnell übertragen, unabhängig davon, woher diese stammen, zu welchem Ziel sie transportiert werden, was ihr Inhalt ist oder welcher Absender die Pakete erstellt hat.

Am spannendsten zu lesen und am fundiertesten ist der Beitrag von Wellsow und Wogawa, die die durchdachte Medienstrategie der Thüringer Landespartei und der Landtagsfraktion der LINKEN skizzieren. Diese besteht – getreu dem Motto »mit einem Rettich kann man nicht twittern« – aus einem analogen und einem digitalen Teil, die aber gleichwohl Berührungspunkte und Synergien haben. Der analoge entspricht der »normalen« Parteiarbeit und der persönlichen Kommunikation in und mit der Gesellschaft. Der digitale Teil nimmt die veränderte Mediennutzung nicht nur der ganz jungen Generationen positiv auf und nutzt das Web 2.0 in seiner ganzen Vielfalt.

Nach der Lektüre bleibt zusammengefasst der Eindruck, dass für die LINKE in ihrer Gesamtheit zu diesem Querschnittsthema noch viel zu tun ist. Die gesellschaftliche Linke ist jedenfalls weiter – umso dankbarer müsste die LINKE den hier aus ihren Reihen engagierten PolitikerInnen eigentlich sein.●

Bernd Hüttner

Bodo Ramelow / Petra Sitte / Halina Wawzyniak / Christoph Nitz (Hrsg.): It's the Internet, stupid! Die Linken und die Schienennetze des 21. Jahrhunderts, 148 S., 14,80 EUR, VSA Verlag Hamburg 2011

Kreuzberg kocht

Kreuzberg kocht. In diesen wie in jenem Sinne. Auf eine fast märchenhafte Art und Weise am Chamissoplatz. Dort tun sich alljährlich sieben Spitzenköche aus edlen Restaurants zusammen und kreieren ein Sieben-Gänge-Menue für sieben Euro für jedermann (und jedefrau). Karin Vogel hatte die Idee, die ehemalige Bürgermeisterin half dem Projekt ins Leben. Eine Parallelstraße weiter, in der Bergmannstraße erfand die Theaterregisseurin Isabella Mamatis eine »Lange Tafel«. Hier kochen und verspeisen Jugendliche zusammen mit Senioren Spaghetti. Es geht um die Wiederbelebung des Dialogs zwischen den Generationen. Und so fragen beim Tafeln die Jungen die Alten nach ihren Lebensgeschichten, die in Kreuzberg ja sehr häufig spannende Migrationsgeschichten sind. Zum Schluss bekommt dann der Bürgermeister eine Mappe mit den neu gesammelten Geschichten überreicht. Alltäglicher geht es im ruhigen Osten Kreuzbergs zu. Im ehemals besetzten Nachbarschaftszentrum Regenbogenfabrik entstand über die Jahre eine erfolgreiche Mittagskantine. Heute treffen sich dort vom Rechtsanwalt über den Arbeitslosen bis zur Ärztin Menschen der Nachbarschaft zum täglichen Mittagsmahl. Und die Kantine setzte so einige Menschen zusätzlich in »Lohn und Brot«. Und »mittenmang«, in der heute so hübsch grün-ruhigen Graefestraße unweit des Kottbusser Damms machen sich erwerblose Hausfrauen aus aller Welt mittels eines »Mittagstisches« selbstständig. Eine großzügige Mäzenin half ihnen, ein bereits existierendes Ladenlokal zu einer »Weltküche« umzugestalten. Jetzt warten sie auf eine hinreichende Zahl von Interessierten an ihren Speisen aus aller Welt.

Um Geld zu sammeln wird im Rebellen-Kino gekocht. Die Rebellen zeigen politische Filme aus Lateinamerika und kochen in ihrer Volksküche dazu aus zusammen gesammelten Geschenken zugunsten von Projekten in Südamerika. Kürzlich konnte die Gruppe einer Initiative erwerbloser Frauen in Argentinien eine ganze Serie Nähmaschinen schicken. Ernährungsberatung gibt es im »Heile-Haus« in der Waldemarstraße. Zudem werden dort seit 30 Jahren gegen Spenden Wannenbäder, Waschmaschinen und ärztliche Hilfe angeboten. Besonders beeindruckt hat mich die Stiftung »Umverteilen«, die ein selbstloser Erbe, der heute putzt um seine Rente aufzubessern, ins Leben rief. »Umverteilen« fördert Projekte im Globalen Süden dieser Welt. Aber auch Kleineres wie Kultur-Austauschreisen in die Türkei. Ähnlich sympathisch ist die Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrantinnen, die Asylsuchenden u.a. eine »Bleibe«-Beratung bietet. Klar wird einem beim Lesen auch, dass die Kommunen von zuverlässig langjährig Ehrenamtlichen wie etwa Erika Sorge vom Nachbarschaftshaus Urbanstraße bereits durchaus abhängig sind. Das gewissermaßen Kommunitäre der Projekte wird bei den meisten in gemeinsamen Koch- und Essaktionen gefeiert. Malte Zacharias, der Künstler vom Gartenstudio, kocht im Verbund mit vielen anderen (Garten)Projekten mit Kindern. Er meint: »Die Zeiten von Egokünstlern sind vorbei. Es sind eher Gruppenprozesse, die die Leute interessieren. Ich glaube, es ist heutzutage ganz gut, mit anderen zusammen eine kleine Insel zu bilden, wo man einen festen Stand hat, wenn alles andere drum rum wackelig ist oder zusammenfällt.«

Von den Rezepten eingeleuchtet hat der Autorin als »fauler Köchin« besonders das Kohlrabiblätterpesto der Foodcoop »FC Schinkel09« samt Rotkohlsalat. Auch die Süßkartoffel mit Feta und Minze der Herausgeberinnen-Crew überzeugt mich als gartennahes »low-budget« Gericht. Aber auch Exquisiteres wie das »Rote Bete«-Carpaccio mit Ziegenkäse sollte ich sicher unbedingt einmal nachkochen. Ungefähr 60 Projekte werden hier durch leider arg kurze Portraits in Wort und Bild vorgestellt. Die Herausgeberinnen-Gruppe hat jedes Einzelne Projekt selbst besucht. Zwei Jahre lang haben Ana Lichtwer, Cornelia Temesvari und HelferInnen interviewt, transcribiert und – gegessen! Nicht zuletzt dank der aussagekräftigen Fotos von Anna Schroll ist »Kreuzberg kocht« ein wunderbar inspirierendes und Mut machendes Buch, eine Hommage an das Kreuzberg der Überlebenskünstler und Zentrum zivilgesellschaftlichen Engagements. Ein wunderbares Geschenk für jeden und jede Berlinerin samt Seelen-Verwandtschaft, egal ob in »Westdeutschland« oder in »Far East«!●

Elisabeth Meyer-Renschhausen

Ana Lichtwer, Anna Schroll und Cornelia Temesvari: »Kreuzberg kocht – Portraits – Interviews – Rezepte«. Berlin: Edition Berliner Büchertisch 2012 16,90 EUR, www.kreuzberg-kocht.de

Schrumpfen und Überleben

Wittenberge ist eine Stadt an der Elbe zwischen Hamburg und Berlin im nordwestlichen Brandenburg. Einst eine Industriestadt mit einem führenden Nähmaschinenwerk, mit Ölmühle und Zellstofffabrik, hat sie nach dem Umbruch von 1989 ein Drittel ihrer Einwohnerzahl verloren. Die Schrumpfung zur Kleinstadt ging mit gesellschaftlicher Desintegration einher.

Schon seit geraumer Zeit ist Wittenberge zum Lieblingsobjekt sozialwissenschaftlicher Feldforschung geworden; eine Aufsatzsammlung dokumentiert jetzt Ergebnisse einer mehrjährigen teilnehmenden Beobachtung. Es geht den AutorInnen weniger um den konkreten Stadtumbau als vielmehr um die kleinteiligen Praktiken des Überlebens und die Generierung von »Sozialem Kapital« in Familien, Gemeinschaft und Selbsthilfe und um die Rolle, die charismatische Personen wie Bürgermeister, Unternehmer und Pfarrer dabei spielen.

Wittenberge erscheint nach dem Ende der »arbeiterlichen Gesellschaft« der DDR als fragmentiert, ohne gesellschaftlichen Zusammenhalt zwischen Gewinnern und Verlierern der städtischen Entwicklung. Die Massenarbeitslosigkeit führt aber auch zu vielfältigen Selbsthilfestrategien im prekären Alltag: Dazu gehören Nebenjobtätigkeiten, Subsistenzwirtschaft in der Datsche und rigide Lebensführungspraktiken. Während die einen in Nostalgie schwelgen und die Fürsorge des paternalistischen DDR-Staates zurückfordern, kapseln sich die Pendler, die bis nach Berlin oder Hamburg zur Arbeit fahren müssen, von ihren arbeitslosen Nachbarn zusehends ab.

Nicht nur das Leben in Wittenberge wird beleuchtet; die Studie zieht auch andere fragmentierte Städte in ganz Europa zum Vergleich heran. Neben London und Kleinstädten in Polen, Rumänien und Dänemark kommt dabei das westdeutsche Pirmasens in den Blick, das nach dem Zusammenbruch der dort dominierenden Schuhindustrie mit ähnlichen Problemen wie Wittenberge zu kämpfen hat.

Die Überblicksaufsätze von Heinz Bude und Andreas Willisch am Anfang des Bandes sind wegen ihrer theoretischen Fundierung besonders zu empfehlen. Herausgeber Willisch beschreibt den Umbruch von einer »industriellen, großbetrieblichen strukturierten und auf Wohlstand ausgerichteten Gesellschaft zu einer handwerklichen, kleinbetrieblich geprägten Gesellschaft« (S. 38).

Wie bei einer Aufsatzsammlung üblich, sind nicht alle Texte von gleicher Qualität. Dass auch in Wittenberge die Vereine vor allem von Älteren getragen werden und es einen Generationskonflikt gibt, ist die doch etwas schmale Erkenntnis eines Aufsatzes über die Vereine in Wittenberge. Auch die gut gemeinte Absicht der AutorInnen, dem steifbeinigen Soziologiedeutsch zu entkommen, gelingt nicht immer. Wenn ständig neue Kategorien wie »Wutsorger«, »Kümmerergesellschaft« und »Zitadellen-Familien« erfunden werden, wirken diese Begriffe bald ziemlich gewollt.

Die teilnehmende Beobachtung führt dazu, dass viele sonst unentdeckte Alltagspraktiken sichtbar werden. Im Ergebnis heißt das auch, dass Wittenberge und die anderen Städte nicht einfach als stigmatisierte »Verliererstädte« erscheinen, sondern als Orte, an denen Menschen überleben, etwas ausprobieren, scheitern und wieder Neues wagen.●

Frauke Klinge

Andreas Willisch (Hg.): Wittenberge ist überall. Überleben in schrumpfenden Regionen, Christoph Links Verlag, Berlin 2012, 325 S., 19,90 EUR

Anders gärtnern

Permakultur und ihre grundlegenden Prinzipien sind für Einsteiger nicht immer leicht zu durchschauen und bisweilen schrecken dicke, theoriebasierte Bücher Interessierte ab. Anders in dem Buch »Anders gärtnern«, in welchem Margit Rusch von ihren Erfahrungen berichtet, aus einem konventionellen Garten einen lebendigen Garten nach Permakulturregeln zu schaffen. In einem angenehm zu lesenden Schreibstil erläutert sie die Grundsätze ohne zu sehr ins Spezielle zu gehen.

Dafür gibt sie reich bebilderte Anregungen um Permakultur-Elemente in den eigenen Garten einzubinden. Neben Klassikern, wie der Kräuterspirale oder dem Hochbeet, erklärt sie auch die Bauweise eines Hügelbeets oder wie mit alten Autoreifen platzsparend Kartoffeln angebaut werden können. Nützliche Tabellen zum Beispiel über die richtige Zusammenstellung von Mischkulturen und Gründüngepflanzen, helfen schnell Informationen zu finden.

Besonders interessant für Menschen, die in der Stadt wohnen und häufig keinen großen Garten zur Verfügung haben, sind Ruschs Tipps für Permakultur auf Balkon und Terrasse. So lassen sich auch auf kleinstem Raum mit geringem Aufwand Obst und Gemüse anbauen.

Mit Vorsicht zu genießen ist allerdings der Teil über Kleintierhaltung. Hier wird davon gesprochen, dass Hühner, Schweine und Enten auch ohne allzu großen Aufwand gehalten werden können, ohne dabei zu betonen, dass man auch eine große Verantwortung übernimmt, wenn man Tiere hält und häufig mehr Arbeit auf einen zukommt als gedacht.●

Laura Meyer

Margit Rusch: »Anders gärtnern – Permakultur-Elemente im Hausgarten«. 2. Auflage 2011, 94 Seiten, Ökobuch Verlag, Staufen bei Freiburg, 13,95 EUR

Rettungswiderstand der »stillen Helden«

Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus ist mit Daten wie dem 20. Juli 1944, mit Namen wie Sophie Scholl oder Georg Elser verbunden. Im gegenwärtigen historischen Bewusstsein erscheinen Widerstandshandlungen vornehmlich als politische oder militärische Aktionen, die auf die Beseitigung des NS-Regimes gerichtet waren.

Der Frankfurter Publizist und Laienhistoriker Arno Lustiger, Jahrgang 1924 und selbst Holocaust-Überlebender, hat nun einen neuen Begriff geprägt: Rettungswiderstand. Damit ist das Handeln von Einzelnen oder auch von Gruppen gemeint, die ihre verfolgten jüdischen NachbarInnen und FreundInnen, aber auch Fremde unterstützten, versteckten und ihnen so das Leben retteten. Eine Hierarchisierung der Rettenden lehnt Lustiger ausdrücklich ab. Für ihn zählt »die Bereitschaft der Retter, ihre und ihrer Angehörigen Freiheit, Gesundheit und Leben einzusetzen, um den ihnen manchmal unbekannten Menschen beizustehen und sie zu retten« (S. 24).

Die Helfenden kamen aus allen Teilen der Bevölkerung und waren nicht immer ausgewiesene NS-GegnerInnen. Lustigers zweihundert größere und kleinere, gelungene und gescheiterte Rettungsgeschichten erzählen von Kindermädchen und Prostituierten, von Geistlichen, ganzen Dorfgemeinschaften und Wehrmachtsangehörigen. Neben den Hilfsaktionen im »Reich« betrachtet der Autor auch den Rettungswiderstand in über dreißig besetzten, neutralen und alliierten Staaten. Ein eigener Abschnitt ist dem »Zielort Palästina« gewidmet.

Neben Lustiger schreiben auch einige Gastautoren wie z. B. der Freiburger Militärhistoriker Wolfram Wette. Nina Gaiser gibt einen kompakten Überblick über den Frauenprotest in der Berliner Rosenstraße im Jahr 1943.

Lustiger will erzählen und würdigen. Er hat nicht den Anspruch, eine systematische Analyse des Rettungswiderstandes zu liefern. Die nach Ländern gegliederte Bibliografie fällt daher eher schmal aus; einige sachliche Fehler im Text sind offensichtlich. Letztlich fallen diese Punkte aber nicht ins Gewicht. Die Rettungsgeschichten und die Zivilcourage der heimlichen HelferInnen ins Bewusstsein geholt zu haben, ist die eigentliche Leistung des Buches. Widerstand erscheint in einem neuen Licht: als Versuch der Verteidigung grundsätzlicher menschlicher Werte im Angesicht der Barbarei.

Es bleibt zu hoffen, dass der Rettungswiderstand Eingang ins gesellschaftliche Bewusstsein und in das wissenschaftliche Holocaust-Narrativ findet. Ansätze dazu gibt es schon: In Berlin-Mitte widmet sich seit 2008 eine Gedenkstätte den »stillen Helden« des Widerstands (www.gedenkstaette-stille-helden.de).●

Frauke Klinge

Arno Lustiger: Rettungswiderstand. Über die Judenretter in Europa während der NS-Zeit, Wallstein Verlag, Göttingen 2011, 462 S., 29,90 EUR

Die Rückkehr der Tiger von Malaysia

In der Mitte des 19. Jahrhunderts waren sie schon einmal per Schiff, der Mentirosa, an den Küsten und auf den Inseln Asiens kämpfend unterwegs, die Tiger von Malaysia, alias Sandokan – ein malaiischer Prinz, und sein Freund Yanez de Gomara aus Portugal.

Paco Ignacio Taibo II nimmt die Saga dieser beiden Piraten wieder auf, deren Legende der italienische Autor Emilio Salgari schon Ende des 19. Jahrhundert veröffentlicht hatte. In drei Teilen erzählt Taibo von den Kämpfen der beiden Protagonisten – den Tigern – und deren Gefährten, einer bunten Schar von Mitstreitern aus den unterschiedlichsten Regionen Asiens.

Fast unglaublich, wie aggressiv die verschiedenen europäischen Mächte vorgehen in ihren imperialistischen Bestrebungen, sich im südchinesischen Meer, das Festland (von Malaysia bis China) und diverse Inseln (Sumatra, Borneo, Java bis inklusive Philippinen) als Kolonien einzuverleiben und unter sich aufzuteilen. Unfassbar wie die Situation der jeweiligen Bevölkerung beeinflusst und ausgenutzt wird.

Schon einmal hatten Sandokan und Yanez mehr als 20 Jahre zuvor Erfahrungen sammeln können, besonders im Kampf gegen die Briten, denen es gelungen war, Indien und andere Teile in der genannten Region zu unterjochen. Jetzt aber treten noch neue, weniger bekannte, aber nicht minder gefährliche Gegner auf den Plan.

Es ist spannend zu lesen und zu erfahren, was der Begriff Verschwörung alles beinhalten kann; Netzwerke – gute und böse – auf beiden Seiten, die genutzt, erkannt und zerschlagen werden müssen. Durch viel List und Tücke, Täuschungen und Tarnungen überschlagen sich die Ereignisse für die Tiger und ihre Mitstreiter.

Es sind aber nicht nur die aufregenden Situationen, die die Leserschaft in Atem halten, sondern auch die häufigen, komischen und launigen Momente, die beschrieben werden. Schmunzelnd registriert man die treffsicheren Beschreibungen bestimmter Menschentypen, stolpert über Figuren und deren Namen. Ebenso ist man erstaunt über technische Möglichkeiten und Eigenschaften, die die Tiger in der damaligen Zeit zu nutzen wissen und mit denen sie konfrontiert werden. Unglaublich!

Die klare Gliederung mit kurzen Kapiteln erlaubt ein »flottes Lesen«, von der Spannung ganz zu schweigen. Natürlich spart der Autor nicht an einem Vorwort und nicht an Bemerkungen über seinen Roman, die dazu beitragen, das eine oder andere »Kuriosum« besser zu verstehen und einordnen zu können.●

Jochen Wiegand

Paco Ignacio Taibo II: Die Rückkehr der Tiger von Malaysia, aus dem Spanischen von Andreas Löhrer, Verlag Assoziation A, Berlin/Hamburg 2012, Hardcover, 320 Seiten, 19,90 EUR.

Anzeige

PROJEKTE

Hausprojekt mit Garten nähe Berliner Müggelsee sucht MitbewohnerIn mit Kind zwischen 5 und 8 Jahren!
felix.tc@gmx.de
☎(01 51) 56 10 35 75

GESCHICHTE(N) BEWAHREN – ein Generationen verbindendes Projekt:
Lebenserinnerungen als gebundenes Buch sind ein wunderbares Geschenk für Eltern oder Großeltern, Kinder oder Enkel. CONTRASTE-Redakteurin Ariane Dettloff zeichnet sie auf, Grafikerin Anne Kaute gestaltet und illustriert; für CONTRASTE-LeserInnen gibt es 10% Preisnachlass.
www.werkstatt-fuer-memoiren.de
E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org
☎(02 21) 31 57 83
Kontakt: WOLF.WAGNER@ROCK.com

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 EUR** (jede weitere Zeile 1 EUR)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **21 EUR** (jede weitere Zeile 2,6 EUR)
Wichtig: alle Preise zzgl. **19% Mehrwertsteuer**
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 5 EUR
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 26 EUR. Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstorganisation
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
E-Mail: contraste@online.de
Internet: www.contraste.org
Spendenkonto: Volksbank Darmstadt eG, BLZ 508 900 00, Kto-Nr. 51512405

CONTRASTE wird von ca. 40 RedakteurInnen erstellt, die aus Überzeugung schreiben, ohne Bezahlung. Die Informationen und Artikel fließen über die Regional- und Fachredaktionen zusammen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb, und Anzeigenverwaltung erfolgt über den CONTRASTE e.V., Heidelberg. Wir freuen uns über weitere Mitwirkende.
Unser CONTRASTE-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/selbstverstaendnis.htm
Das Redaktions-Selbstverständnis ist nachzulesen unter
www.contraste.org/redaktionsselbstverstaendnis.htm

CONTRASTE ist offen für Beiträge, Artikel, Berichte usw. Redaktionsschluss ist jeweils der 1. des Monats vor dem Erscheinungsmonat.

Redaktionen :
06420 Könnern, Redaktion Sachsen-Anhalt, Richard Schmid, Bahnhofstr. 6, ☎ (01 76) 51 45 62 53, E-Mail: richard@attac.de, Internet: www.attac.de/koennern/villa/ **10961 Berlin, Redaktion Berlin**, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, Internet: www.ricardabuch.de, E-Mail: mail@ricardabuch.de, und Elisabeth Voß, ☎ (0 30) 216 91 05, E-Mail: post@elisabeth-voss.de / **22769 Hamburg, Redaktion Hamburg**, Hilmar Kunath, Karl-Theodor-Str. 16 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hilmarkunath@web.de / **28201 Bremen, Redaktion Bremen**, Bernd Hüttner, Yorckstr. 37, E-Mail: bhuettner@niatu.net / **37085 Göttingen, Redaktion Göttingen**, Kai Böhne, E-Mail: kai.boehne@rrf-online.de / **51063 Köln, Redaktion Köln/ Bonn**, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (01 70) 583 89 00, (02 21) 640 52 45, E-Mail: h.weinhausen@ina-koeln.org und 50678 Köln, Ariane Dettloff, Trajanstr. 18, ☎ (02 21) 31 57 83, E-Mail: arianedettloff@ina-koeln.org / **60389 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main**, **E-Mail:** uwe.weppler@paritaet.org / **69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg**, Postfach 10 45 20, E-Mail: contraste@online.de / **71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart**, Peter Streiff, Schulstr. 15/1, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: peter.streiff@netz-bund.de / **Österreich: AT-8010 Graz**, Brigitte Kratzwald, ☎ (0043-699) 11 28 65 57, E-Mail: brigitte.kratzwald@commons.at / **AT-9020 Klagenfurt**, Hans Wieser, Ehrenhausenerstr. 4, ☎ (0043-46) 341 85 90, mobil: (0043-664) 643 84 37, E-Mail: vereinleben@aon.at / **Portugal**: Dieter Poschen, ☎ (00351-289) 793 560, E-Mail: contraste@online.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (07 61) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de / **Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 13359 Berlin**, Th.-D. Lehmann, Grüntaler Str. 38, E-Mail: leh@zorrow.de und 27321 Thedinhausen, Uwe Ciesla, Finkenburg, E-Mail: finkenburg@verden-info.de / **Verkehr**: Lothar Galow-Bergemann, ☎(07 11) 560294, E-Mail: Galow-Bergemann@t-online.de / **Subversive Klangwelten**: Maurice Schuhmann, E-Mail: soziale_revolution@yahoo.de.

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., E-Mail: contraste@online.de; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 8/11
www.contraste.org/Anzeigenpreisliste.pdf
Herstellung:
Zündsatz GbR, Postfach 10 45 20,
69035 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o Zündsatz GbR
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
contraste@online.de
Internet:
www.contraste.org
Zusätzlich gibt es eine Mailingliste. An-/Abmeldung und weitere Informationen unter:
http://de.groups.yahoo.com/ group/ contraste-list

Vertrieb:
☎ (0 62 21) 16 24 67
Endredaktion:
contraste@online.de

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

NIEDERKAUFUNGEN

**Wir können auch anders!
Leben in der Kommune**

Die Kommune Niederkaufungen ist eine seit über 20 Jahren bestehende Lebens- und Arbeitsgemeinschaft von derzeit etwa 75 Personen. An diesem Wochenende wird es um Fragen gehen wie:

- Eine Kasse – und das funktioniert?
- Entscheidungen treffen ohne ChefIn und Abstimmungen?
- Geht im Kollektiv nix oder alles schief?
- Die Kleinfamilie – Hort des letzten Glücks oder Beziehungssackgasse?

Wir haben zwar keine fertigen Antworten, aber mittlerweile viele Erfahrungen im kommunitären Miteinander gesammelt und richten uns mit diesem Seminar an Leute, die Anregungen für ihre eigene weitere Lebensgestaltung suchen und Lust haben, sich mit alternativen Lebensformen auseinanderzusetzen.
Termin: 6.-8.07.2012
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, 34260 Kaufungen
☎ (0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
tagungshaus@kommune-niederkaufungen.de
www.kommune-niederkaufungen.de

HOF ROSSEE

Kommune-Seminar auf Hof Rossee

Unser Seminar soll Menschen, die an gemeinschaftlicher, »alternativer« Lebensgestaltung Interesse haben, einen ersten Einblick ins Thema Kommune-Leben geben. Außerdem ist es eine hervorragende Möglichkeit Hof Rossee zu besuchen und einige Menschen der Kommune kennen zu lernen. Wir werden uns mit gemeinsamer Entscheidungsfindung in Gruppen (Konsensprinzip) beschäftigen, uns mit den Möglichkeiten einer gemeinsamen Kasse für mehr als nur zwei Menschen auseinandersetzen und es wird Zeit und Raum für Eure Fragen und Wünsche geben. Wenn Interesse besteht, können wir uns am Abend eine Diaschau von dem Ausbau unserer ökologischen mit u. a. Strohballen und Lehm ausgebauten Ferienwohnungen anschauen. In diesen wunderschönen Räumlichkeiten wird auch das Seminar stattfinden, sodass auf jeden Fall Zeit zum Entspannen und Erholen bleibt.
Termine:
15.-17.6.2012 und 28.-30.9.2012
Weitere Infos:
www.hof-rossee.de

SOLIDARISCHE ÖKONOMIE

BRD

Wie gewöhnliche Menschen außergewöhnliche Dinge tun

Commons-Sommerschule 2012 für deutschsprachige Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus aller Welt

In den letzten Jahren und vor allem seit dem Wirtschaftsnobelpreis für Elinor Ostrom im Jahr 2009 hat die Diskussion über das uns Gemeine jenseits von Markt und Staat (neudeutsch: Commons) an Bedeutung gewonnen. Sie wird in unterschiedlichen Bereichen – ob in Umweltfragen, im kulturellen Bereich oder im sozialen Leben – und von unterschiedlichen Gruppen geführt. Dabei gibt es sehr verschiedene Schwerpunkte und Zugänge.
Termin: 22.-30.06.2012
Ort: Kulturhof Bechstedt, Schwarzatal, Thüringen
Ortsstraße 19, 07426 Bechstedt
Anmeldung & Infos:
brigitte.kratzwald@commons.at
Auf eure Teilnahme freut sich das Organisationsteam:
Silke Helfrich, Burkhardt Kolbmüller, Brigitte Kratzwald, Angelika Zdun

LANDWIRTSCHAFT

**Solidarische Landwirtschaft
– Auf dem Weg zur Schenkökonomie**

Höfesterben. Agrarpolitische Desaster. Die Ökologische Landwirtschaft unter Anpassungsdruck. Der gesellschaftliche Wunsch nach Ernährungsautonomie. Es gibt genug Gründe eine landwirtschaftliche Produktion jenseits des Kapitalismus zu organisieren.
Die »Solidarische Landwirtschaft« wagt diesen Versuch: Freiwilliges Beitragen und Schenken von Geld, Fähigkeiten und Ressourcen statt Tausch, Wert und Ware. Freies Tätigesein der BäuerInnen statt abstrakter Arbeit in Konkurrenz. Eine Produktion, die die konkreten Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Klar, ist das nicht einfach. Klar, gibt es Schwierigkeiten. Darüber wollen wir sprechen: Das Konzept in der Praxis, sein Potential aber auch seine Grenzen. In diesem Sinne: Fragend schreiten wir voran.
Jan-Hendrik Cropp hat mehrere Artikel veröffentlicht, in denen er theoretische Überlegungen und praktische Erfahrungen zur Solidarischen Landwirtschaft zusammenführt.
Termin: 15.06.2012, 19 Uhr
Ort: Kulturzentrum Karoshi, Gießbergstr. 41, Kassel
Info:
www.spunk.noblogs.org
www.karoshi-kassel.de

TAUSCHRINGE

Bundesarbeitstreffen der Tauschsysteme 2012

»Entwicklung und Optimierung – Zukunft in Tauschsystemen«

Mit spannenden Themen und einer dreitägigen Erweiterung verspricht das diesjährige Bundesarbeitstreffen der Tauschsysteme (BATT) vom **28. bis 30.9.2012** in Büdingen eine zukunftsweisende Tagung zu werden. Bis zu 300 deutsche Tauschringe diskutieren über Tauschen als soziale Alternative, Alters- und Pflegevorsorge durch ansparen von Zeit im Tauschring oder Solidarische Ökonomie und suchen gemeinsame Lösungen. Allein die Frage nach einer ergänzenden Alters- und Pflegevorsorge mit Hilfe des Tauschrings und seiner »Zeitwährung« birgt ein enormes Zukunftspotential. Viel Spannung verspricht auch die Frage nach der Entwicklung gemeinsamer Leitlinien für die Tauschringe in Deutschland.
Daneben gibt es auch 2012 ganz pragmatische Angebote, die vor allem einem guten »Funktionieren« dienen: Buchungssysteme für Tauschringe, die möglicherweise auch über das Internet eingesetzt werden können, die wichtige Frage nach dem Datenschutz nach innen und außen oder der Aufbau eines umfassenden Tausch-Wikis.
Anmeldeschluss: 30. Juni 2012!
Mehr Information:
www.vzfbe.org

ÖSTERREICH

Neuer Kongress 2013

Im Februar 2009 fand in Wien der Kongress »Solidarische Ökonomie« statt – etwa 1.000 aktive TeilnehmerInnen kamen zu den über 130 Workshops, Vorträgen, Foren, Lesungen, Theaterstücken u.v.m. (s. CONTRASTE Nr. 296, Mai 2009).
Termin: 22.-24.2.2013
Ort: BOKU Wien
Newsletter oder Mailingliste über:
sol-oek-2008@web.de
Mehr: www.solidarische-oekonomie.at

NICARAGUA

Nicaragua-Konferenz

Vom **19. bis 21. Oktober 2012** wird in Wuppertal ein großes Nicaragua-Bundestreffen stattfinden. Organisiert wird die Tagung von Menschen und Gruppen der Nicaragua-Solidarität aus dem gesamten Bundesgebiet. Mit der inhaltlichen Klammer, wie Solidaritätsarbeit heute und morgen aussehen kann und welche Perspektiven gegenseitiger Unterstützung denkbar sind, wird es um folgende Themen gehen: Fairer / Solidarischer Handel; Kooperativen und ländliche Entwicklung; Gewalt gegen Frauen; Zuckerrohr und Agrosprit; Klimawandel, Energiepolitik und alternative Energien in Nicaragua; Wirtschaftspolitik zwischen IWF und ALBA; soziale Bewegungen; Freihandel und Assoziierungsabkommen und ihre Alternativen.
Bei Fragen oder Interesse an einer Mitarbeit:
info@informationsbuero-nicaragua.org
Mehr Infos:
www.informationsbuero-nicaragua.org

ANARCHISMUS

Fußball und Anarchie

Der Ball ist rund, damit man ein A drauf malen kann!

Spaß am Fußball, aber dann doch betreten dreinschaun müssen? Mackertum, Nationalismus, Rassismus, Sexismus, Kommerz – das sind »Begleiterscheinungen« denen mittlerweile etliche Vereine und viele Fans den Kampf angesagt haben. Ist anarchistischer Fußball schönerer Fußball? Betrachtungen eines fußballsüchtigen couch potatoes.
Termin: 26.6.2012, ab 19 Uhr
Ort: Kulturschankwirtschaft BAIZ, Berlin
www.baiz.info

2. Libertäre Medienmesse

Es ist wieder soweit. Vom **24. bis 26.8.2012** werden libertäre Verlage, Zeitschriften, Radio-, Video- und Internetprojekte ihr Programm vorstellen. Drei Tage Messe, Projektvorstellungen, Lesungen, Kultur, Veranstaltungen, Infos, Leute treffen und Pläne schmieden für eine Welt jenseits von Krise und Ausbeutung. Parallel zum und in Anschluss an den Messebetrieb finden in verschiedenen Räumlichkeiten eine Vielzahl von Veranstaltung im Rahmen der libertären Mediennesse statt. AutorInnen werden ihre Bücher vorstellen, Projekte ihre Arbeit zeigen, erläutern und diskutieren. In Zusammenarbeit mit der anarcho-syndikalistischen Gewerkschaft »Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union« (FAU) wollen wir außerdem über die zunehmend prekären Arbeitsbedingungen von (nicht nur) Medien-ArbeiterInnen sprechen.
Ort: Bahnhof Langendreer, Bochum
Kontakt: contact@limesse.de
Info: http://limesse.de

SOMMERAKADEMIE

»/Teilhaben – Teil sein/«

Die Attac Sommerakademie findet vom **1. bis 5.8.2012** an der Johannes Gutenberg Universität in Mainz statt. Nicht nur Attac-Mitglieder, sondern viele politisch interessierte Menschen sollen motiviert werden, Teil der Bewegung zu sein und sich gemeinsam für Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum für alle stark zu machen.
Eines der Schwerpunktthemen der diesjährigen Akademie wird die Eurokrise und der Widerstand gegen die europaweite Kürzungspolitik und die Aushöhlung demokratischer Rechte sein. Eine Umgestaltung des Bankensektors gehört ebenso dazu wie die Frage nach Verteilungsgerechtigkeit, Perspektiven eines »Europas von unten« und alternative Wege zur Entschuldung öffentlicher Haushalte.
Neben den wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen wird auch die ökologische Krise eine bedeutende Rolle in Mainz spielen. In einem Forum und verschiedenen Workshops wird es darum gehen, Perspektiven für soziale Gerechtigkeit und eine tiefgreifende ökologische Transformation zusammenzuführen.
Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl wichtiger Themen, an denen in Attac gearbeitet wird, vom Grundeinkommen über Privatisierung, Welthandel und Nord-Süd-Gerechtigkeit, Migration, Kapitalismuskritik bis zum Widerstand gegen Militarismus und Krieg.
Politik und Kultur sind bei Attac eng miteinander verzahnt. Auch auf der Sommerakademie wird ein buntes und anspruchsvolles Kulturprogramm den Rahmen der Veranstaltung bilden. Konzerte, Kleinkunst, politisches Kabarett, Filmabende und Lesungen werden geboten.
Anmeldung:
www.attac.de/Sommerakademie

SOMMERCAMPS

Sommercamp 2012 der SJ-Die Falken

In diesem Jahr wollen die Falken Brandenburg mit euch zwei Wochen auf der Insel Föhr verbringen.
Zusammen mit 70 anderen Kindern und Jugendlichen aus Brandenburg und Rheinland-Pfalz machen wir uns auf den Weg, um ein Falkendorf zu gründen. Der Platz ist nah am Strand und wir werden dort über 400 Falken sein.
Ein Falken-Sommercamp kannst du für vieles nutzen. Bei uns kann man ausspannen, aber auch etwas erleben, man kann neue Leute kennen lernen und auch alte Freundinnen und Freunde wieder treffen. Bei uns kann man etwas lernen und diskutieren und genauso gut spielen und toben. Bei den Falken starten wir Projekte, singen zusammen, gehen baden, machen Sport, Kochen füreinander, Basteln, machen Workshops und und und.
Lass dir das Sommercamp 2012 nicht entgehen, sag's deinen Freundinnen und Freunden weiter und meldet euch gleich an!
Für alle Kinder ab sechs Jahren.
Anmeldeschluss: 15.06.2012
Termin: 19.07.-02.08.2012
Weitere Infos:
www.falken-brandenburg.de

Zweites Lausitzer Klima- und Energiecamp

Im vergangenen Jahr haben wir mit dem ersten Lausitzcamp in Jänschwalde dazu beigetragen, dass die Planung für CO_2-Endlager in Brandenburg vorerst beendet wurde. Nun wollen wir nachsetzen: keine neuen Braunkohletagebaue und -kraftwerke in Brandenburg oder anderswo. Deswegen wollen wir uns auch in diesem Sommer in Jänschwalde zu kreativen Aktionen und Diskussionen treffen.
Lasst uns gemeinsam für eine erneuerbare, demokratische & solidarische Energieversorgung streiten.
Termin: 12.-19.8.2012
Information & Anmeldung:
newsletter@lausitzcamp.info

Antinationales Sommercamp hoch 5 Nord & hoch 2 Süd

Ein verlängertes Wochenende lang Sonne und Theorie, Sommer und Diskussion, Tümpel und Argumente.
Ort: Bayern/Baden-Württemberg
Termin Nord: 26.7.-2.8.2012, Niedersachsen
Termin Süd: 22.-26.8.2012, Bayern/ Ba-Wü
Info: www.junge-linke.org

Der **Bund Deutscher PfadfinderInnen**, Jugendverband ohne Kluft, der das Pfadfinden aus dem Wald geholt hat, organisiert jedes Jahr die Veranstaltung »Über Stock und Stein«. Dieses Jahr geht es vom **6.-10.7.2012** paddeln, Rad fahren und wandern entlang der Werra. Ohne Kluft und ohne Morgenappell, stattdessen mit vegetarischem Kochen, offener Kommunikation und gemeinsamer Tourenplanung. Wer also mal sehen will, wie man Outdoor-Erlebnisse ohne strenges Baden-Powell-Regelwerk organisieren kann, der kann sich fix unter folgendem Link, in angestaubter Jugendverbandsmanier, die Ausschreibung ausdrucken, ausfüllen und anmelden:
www.bdp.org/uploads/media/

KONGRESS

2nd hand spaces

2nd hand spaces entstehen vielerorts auf der Basis von Zwischennutzungen. Sie ermöglichen die aktive Teilhabe von Stadtbewohnern an Entwicklungs- und Gestaltungsprozessen sowie die selbstbestimmte Nutzung von (Stadt-)Räumen. Dadurch fördern 2nd hand spaces Empowerment und involvieren Gruppen, die durch konventionelle Beteiligungangebote nicht erreicht werden. Sie entfalten eine nachhaltige Wirkung durch den Aufbau sozialer Netzwerke, durch die Identitätsbildung an vakanten Orten und durch eine bedürfnisorientierte Raumproduktion. Als Türöffner und Experimentierfelder können sie über temporäre Nutzungen hinaus zum Ausgangspunkt prozesshafter Um- und Wiedernutzungen werden.
Die ZZZ – ZwischenZeitZentrale Bremen hat über drei Jahre als Pilotprojekt der Nationalen Stadtentwicklungspolitik Zwischennutzungen im gesamten Bremer Stadtgebiet initiiert und begleitet: Brachflächen wurden für Stadtteilprojekte genutzt, Leerstände in kulturelle Produktionsstätten verwandelt und ein für den Abriss vorgesehenes Gewerbegebäude in einen selbstverwalteten Ort für kreative Selbständige transformiert.
Ausgehend von diesen Erfahrungen wird am ersten Kongresstag über Zwischen-, Um- und Wiedernutzungen vor dem Hintergrund partizipativer Planungs- und Aneignungsprozesse diskutiert. In drei Themenblöcken referieren Experten entlang folgender Fragen: Wie werden Zwischen-, Um- und Wiedernutzungen Bedürfnissen ihrer Nutzer, angesichts veränderter Ansprüche an den Stadtraum, gerecht? Sind Zwischennutzungen als Ausgangspunkte partizipativer Stadtentwicklungsprozesse geeignet? Warum bleiben sie vielerorts auf situationsbezogenes Taktieren in Problemlagen beschränkt? Welche Chancen bieten Zwischennutzungen für einen nachhaltigeren Umgang mit dem Bestand und der Stadt?
Am zweiten Kongresstag steht der Veranstaltungsort im Vordergrund. Er beginnt mit einem Urbanen Spaziergang über das Areal der ehemaligen Bremer Wollkämmerei (BWK). Anschließend stellen Experten Beispiele über die Entwicklungsprozesse auf unterschiedlichen aufgegebenen Industrieareralen vor.
Termin: 28.-29.6.2012
Ort: Bremen
www.palast-der-produktion.de
Verbindliche Anmeldung:
Bis zum 15.6.2012 über
sarah.osswald@zzz-bremen.de
Info: www.zzz-bremen.de

WEITERE TERMINE

Auf unserer Webseite:
contraste.org/terminka.htm

Widerstände vernetzen
Alternativen aufbauen
Rebellisches Zusammentreffen
25.Juli-1.August 2012
im Wendland
www.rebellisches.noblogs.org

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 45 EUR/europ. Ausl. 51 EUR (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum Kennenlernen? Gegen 5 EUR in Briefmarken/Schein (BRD) oder 10 EUR im europäischen Ausland bekommt ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, das Geld mit eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 45/51 Euro abonniert. Ich weiß, dass ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftl. widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg